

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pfg., bei Selbstabholung 50 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4158) vierteljährlich 1.80 Mk., für 2 Monate 1.20 Mk., für 1 Monat 60 Pfg. exkl. Postgebühren.

Chefredaktion:  
Dr. Bruno Schoenauk.

Inserate werden die Spaltenbreite betragend oder deren Raum mit 20 Pfennigen berechnet. Vereinskonzessionen 15 Pfennige. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im Voraus zu bezahlen. — Inserate müssen spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 7. Geschäftszeit 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6 part. Druckstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telephon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

## Ein Lesebuch.

\* Leipzig, 4. Dezember.

In Zürich, wo der Schilling des Königs von Saarabien, Herr Julius Wolf, den wissenschaftlichen Sozialismus in jedem Semester vernichtet, hat im Herbst dieses Jahres ein anderer Universitätsprofessor, Werner Sombart in Breslau, vor einem bunt zusammengesetzten größeren Hörerkreise einen Cyclus von Vorträgen über den Sozialismus und die soziale Bewegung im neunzehnten Jahrhundert gehalten.

Diese Vorträge, an vielen Stellen ergänzt und erweitert, zumeist auch in eine neue Form gegossen, werden dieser Tage in Buchform erscheinen, und es verlohnt sich, schon jetzt auf diese bemerkenswerte Veröffentlichung hinzuweisen. In einer Zeit, da streberhafte Unwissenheit und eitles Renegatentum die „marxistische Sozialdemokratie“ spielend überwinden, sei es mit utopistischem Krimstrans, sei es mit dem herufenen „Fluidum“, ist es von doppeltem Nutzen, einen wirklichen Forscher über das große Problem der Gegenwart zu hören, einen, der „was davon erfährt hat“, der mit tiefgründiger Sachkunde unbestechliche Objektivität verknüpft.

Wer von den Universitätsökonomien wäre auch berufener zu dieser Aufgabe, als Sombart, dessen wissenschaftliche Vergangenheit die besten Bürgschaften dafür bietet, daß er „das was ist“ rücksichtslos ausspricht? Seine Erstlingsarbeit über die römische Campagna enthält die Greuel der Agrarkrise im Lande der Hesperiden. Der junge Syndikus der bremischen Handelskammer legt, sicher nicht zur Freude der hanfischen Unternehmerschaft, den Finger in die Wunde bundesräthlicher Sozialreform: seine 1889 im Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik veröffentlichte Untersuchung über die deutsche Cigarrenindustrie und den Erlaß des Bundesrates vom 9. Mai 1888 deckt die Lückenhaftigkeit der Verordnung, die Flucht der Industriellen vor dem Arbeiterbeschutze in die ungefähigte Heimarbeit auf. Wir verdanken ihm treffliche Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte der Hausindustrie, und unerschrocken, zum Entsetzen aller gepuderten Berücken und stilisierten Geheimräte, wirft er in die Unsturzdebatten seinen fecken Streifzug: Mehr Mut, Germanen!

\* Sozialismus und soziale Bewegung im 19. Jahrhundert. Von Werner Sombart, Professor an der Universität Breslau. Nebst einem Anhang: Chronik der sozialen Bewegung von 1750—1896. II und 143 S. 8°. Kart. 2 Mk., geb. 2.50 Mk. Jena, Verlag von Gustav Fischer. 1896.

Die Fundamentallehre der Marx'schen Lehre, die Werttheorie, hat der Breslauer Hochschullehrer in einer eindringlichen Abhandlung, die zu lebhafter Diskussion angeregt hat, mit Fleiß und Geist erörtert; der alte Engels stellte ihm damals das Zeugnis aus, daß er „so ungefähr“ das Richtige getroffen hätte, als er sich bemühte, das Einheitliche, das Wesentliche in den verästelungenen Gedankengängen der Marx'schen Dialektik herauszuheben.

Als unser Friedrich Engels zur Rüste geht, setzt Sombart dem großen Vorkämpfer des internationalen Sozialismus in der Zukunft ein literarisches Denkmal, das durch die Wärme der Färbung und durch die Tiefe der Auffassung gleichermaßen wirkt.

Auch die neue Schrift Sombarts zeigt die alten Vorzüge, vornehme Klarheit, Energie des Gedankens, künstlerische Darstellung; sie faßt die Ergebnisse der Untersuchung ohne ängstliches Schwanken mit kühler Unbefangenheit kurz und entschieden zusammen. Er bietet in seinem Büchlein thatächlich „eine knappe, scharf umrissene, einheitliche Gesamtansicht des Sozialismus und der sozialen Bewegung im 19. Jahrhundert“.

Wie anschaulich zeigt er das Wesen einer sozialen Bewegung, wie lehrt er sie verstehen? Das Taciteische: Sine ira et studio, ohne Groll und ohne Guist, ist sein Leitstern. „Also vor allem einsehen lernen, daß die Bewegung nicht der Laune, der Willkür, der Böswilligkeit Einzelner entspringen, daß sie nicht gemacht, sondern geworden ist.“ So baut sich vor des Lesers Augen die Struktur der sozialen Bewegung unserer Tage auf: die eigentümliche Existenz des Proletariats, sein spezifisches Elend, Kontrast, Unsicherheit, abgeleitet aus den Erscheinungsformen des modernen Wirtschaftssystems, Neugestaltung aller Daseinsformen, durch die Zerreißen der früheren Verbindungen und Neubildung ganz neuer Gemeinschaftsformen auf kommunistischer Grundlage, neuer Zusammenschlüsse in den Großstädten und Großbetrieben; endlich zur letzten Erklärung die eigentümliche Zeitatmosphäre, in der sich die soziale Bewegung abspielt: Lebendigkeit, Nervosität, Revolutionarismus, d. h. die Tatsache, daß niemals eine Zeit wie die unserer eine solche gänzliche Umwandlung aller Daseinsformen (Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst, Sitte, Religion) erlebt hat.

Ein sicherer Führer, zeigt Sombart die Entstehungsgeschichte der sozialen Bewegung in Theorie und Praxis, das Werden des utopischen Sozialismus, der scheitert, weil er die realen Nachfaktoren des sozialen Lebens nicht erkennt, in falscher Taktik an den guten Willen sämtlicher Menschen appelliert,

der Klassenkampf und jede Politik ablehnt. Und wie fein ist der Hinweis darauf, daß man sich hüten solle zu glauben, als sei mit den großen historischen Vertretern des Utopismus sein Geist nun völlig aus der Welt verschwunden! „Kein Tag vergeht, ohne daß in einer Schrift, in einer Rede jene selben Gedankengänge nicht wieder auferstünden, die wir als das Wesen des utopischen Sozialismus erkannt haben. Vor allem in Kreisen wohlmeinender bürgerlicher Sozialpolitiker lebt sein Geist noch heute fort, aber auch im Proletariat selbst ist er noch längst nicht tot.“

Der Abschnitt über die Vorgeschichte der sozialen Bewegung weist den Geschichtsklitterern die Wege: auf wenig Seiten werden die Revolutionen von 1789, 1793, 1830, 1832, 1848 treffend gekennzeichnet. Die drei Typen der sozialen Bewegung, der englische mit seinem unpolitischen, rein gewerkschaftlich-ökonomischen Charakter, der französische mit seinem Revolutionarismus oder Purismus, und der deutsche Typus, die gesetzlich-parlamentarisch-politische Arbeiterbewegung sind mit sicherer Hand gezeichnet.

Für die neumannschen Kritiker des Sozialismus ist eine heilsame Lektion der Abschnitt über die prinzipielle Stellung, die der wissenschaftliche Beobachter gegenüber der Mannigfaltigkeit der sozialen Bewegung einnehmen soll, den Standpunkt der realistischen Geschichtserklärung.

Die Entfaltung der nationalen Eigenarten ist eine der anziehendsten Partien, ein Stück Sozialpsychologie, die uns darüber belehrt, wie sich die nationalen Eigenarten der sozialen Bewegung unter Berücksichtigung der thatächlich bestimmenden Faktoren der Geschichte als notwendiges Ergebnis bestimmter Entwicklungsreihen verstehen lassen: das heißt sie erklären.

Die Eigenart der englischen Arbeiterbewegung wird sachgemäß erläutert, die alten Gewerkschaften erscheinen als „die schlauesten Interessenvertretungen, die je erdacht sind“. Sie sind „diplomatisch, gewandt, gelatt nach oben — gegen das Unternehmertum; exklusiv, engherzig, brutal nach unten — gegen die 4/5 outsiders (Nichtgewerkschaftler), die ärmeren Schichten der Arbeiterschaft. Die Trade Unions sind echt kapitalistisch-geschäftsmäßige Gebilde, denen der berechnende, praktische, nüchterne Sinn des englischen Arbeiters den Geist verliehen hat.“ Was die englische Arbeiterbewegung der Bewegung des Proletariats dauernd als Erbschaft hinterläßt, ist, von den reichen Erfahrungen auf dem Gebiete der Gewerkschaftsbildung ganz abgesehen, die Stetigkeit, die Ruhe, die geschäftsmäßige Klarheit im Vorgehen der Arbeiterschaft. Es ist, sagt Sombart, mit einem Worte die Methode

## Seuilleton.

### Yvette.

Novelle von Guy de Maupassant.  
Uebersetzt von Heinz Lohde.

Frau Dbarbi hatte nicht mehr daran gedacht; sie ererbte, verwirrete sich, und voller Verlegenheit, wie sie sich für ein oder zwei Stunden frei machen konnte, stotterte sie: Es ist wahr, ich dachte nicht mehr daran. Du hast recht. Ich weiß nicht, wo ich meine Gedanken hatte. Yvette nahm eine Stickerel, die sie die „öffentliche Wohlfahrt“ nannte, und die sie höchstens fünf- oder sechsmal im Jahre in die Hand nahm, an Tagen ödster Langerweile. Sie setzte sich damit auf einen niedrigen Stuhl neben ihre Mutter, während die beiden jungen Männer, rittlings auf Feldstühlen sitzend, ihre Cigarren rauchten.

Die Stunden schlichen mit tragem Geplauder, das immer wieder abbrach, dahin.

Die Marquise warf Saval ganz ratlose Blicke zu und suchte einen Vorwand oder irgend ein Mittel, um ihre Tochter zu entfernen.

Als sie endlich einsah, daß es ihr nicht gelingen würde und ihr keine andere List einfiel, sagte sie zu Servigny:

Sie wissen doch, lieber Herzog, daß ich Sie heute abend nicht fortlassen werde. Wir wollen morgen im Restaurant Journalise in Chatou speisen.

Er verstand und verbeugte sich lächelnd:

Ganz wie Sie befehlen, gnädige Frau. . . .

Der Tag verstrich langsam und mühselig, während das Unwetter sich drohend am Horizonte hinschob.

Allmählich kam die Stunde des Dinners heran.

Der schwerlastende Himmel füllte sich immer mehr mit trüben schweren Wolken. Kein Windhauch regte sich.

Das Abendessen ging still vorüber. Ein Zwang, eine Verlegenheit, eine Art ungewisser Furcht schien den beiden Männern wie den beiden Frauen den Mund zu schließen.

Als abgedeckt war, blieben sie auf der Terrasse; nur hier und da ließ jemand ein Wort fallen. —

Die Nacht senkte sich langsam herab, eine erstickend schwüle Nacht.

Plötzlich wurde der Himmel von einem ungeheueren Feuerstrahl zerrissen, der seine blendend fahle Flamme über die vier Gesichter warf, die schon ganz in Dunkel getaucht waren.

Dann ging in der Ferne ein hohles Getöse über die Erde, noch schwach und dumpf; gleich als ob ein Wagen über eine Brücke rollte; und es schien, als ob die Wärme der Luft sich steigere, als ob sie noch drückender und das Schweigen des Abends noch tiefer werde.

Yvette erhob sich.

Ich will schlafen gehen, sagte sie, das Gewitter macht mich krank.

Sie bot der Marquise die Stirn zum Kusse, gab beiden Herren die Hand und ging.

Ihr Zimmer lag gerade über der Terrasse, und bald erhellten sich die Zweige eines großen Kastanienbaumes, der vor dem Hause stand, mit grünem Licht.

Servigny hielt die Augen fest auf diesen matten Schimmer im Laubwerk gerichtet, und er glaubte zuweilen einen Schatten vorübergleiten zu sehen.

Mit einmal erfolgte das Licht.

Frau Dbarbi senfte erleichtert auf:

Meine Tochter hat sich schlafen gelegt.

Servigny erhob sich:

Wenn Sie gestatten, Marquise, werde ich mich gleichfalls zurückziehen.

Er küßte ihr die Hand, die sie ihm reichte und verschwand seinerseits. —

Sie blieb mit Saval allein in der Nacht.

Sogleich lag sie in seinem Arm, umfaßte ihn und preßte ihn an sich.

Er suchte sie zu hindern, aber sie kniete neben ihm nieder und hauchte:

Ich will Dich beim Schein der Blitze küssen.

Als Yvette ihr Licht gelöst hatte, war sie mit bloßen Füßen lautlos auf den Balkon geeilt, und lauschte nun angestrengt, von einem qualvoll dunklen Verdachte gemartert. Sie konnte nichts sehen, da sie sich über ihnen auf dem Dache der Terrasse befand. Sie hörte nur ein Geflüster von Stimmen, und ihr Blut schlug so stark, daß es ihr vor den Ohren brauste.

Ueber ihr wurde ein Fenster geschlossen. Servigny war also hinaufgegangen, und ihre Mutter war mit dem anderen allein.

Ein neuer Blitz spaltete den Himmel in zwei Teile und warf eine Sekunde lang über die ihr bekannte Landschaft eine jähe, unheilswangere Helle.

Sie sah den breiten Fluß, der eine Farbe wie geschmolzenes Blei hatte, so wie man sich die Flüsse in phantastischen Ländern vorstellt.

Im selben Augenblicke hörte sie unter sich eine Stimme flüstern: „Ich liebe Dich!“

Dann war alles wieder still. — (Fortsetzung folgt.)

der Bewegung, die vom englischen Typus herüberkommen und im Proletariat bleiben wird, auch wenn die Richtung der Bewegung eine wesentlich andere sein wird.

Wie wohlthuend berührt gegenüber der auch in unseren Kreisen nicht seltenen Ueberschätzung des französischen Sozialismus die nüchterne Untersuchung über die soziale Bewegung in Frankreich, die deren Verdienste gerecht würdigt, ohne die Schwächen zu übersehen! Die wirtschaftsgeschichtlichen Ursachen dieser Sachlage aber werden dargelegt, der starke Einfluß kleinbürgerlicher Elemente betont. Es kommt die wichtige Thatsache hinzu, daß ein großer Teil gerade der spezifisch französischen Industrien, dank der eigentümlichen Organisation in „Ateliers“ noch immer einen halb handwerksmäßigen, kleinbetrieblichen Charakter trägt, und daß es vielfach Kunstindustrien sind. So die Dyoneseer Seidenindustrie, so zahlreiche der Pariser Luxusindustrien.

Doch hätte Sombart den zunehmenden Einfluß der in der Arbeiterpartei organisierten Sozialisten (Guesdisten, „Marxisten“), die der deutschen Sozialdemokratie am nächsten stehen, betonen sollen: hier ist eine Lücke in seiner Auseinandersetzung.

Vortrefflich ist das, was er über den Anarchismus sagt. „Was ist denn der Anarchismus im Grunde anderes als die neue Form des reinen Revolutionismus als Methode, Kleinbürgerliche Ideale als Ziel? Sind nicht Navachol und Caserio die echten Söhne jener Verschwörertypen, die das soziale Frankreich der 1830er und 1840er Jahre erfüllten? Sieht es einen legitimeren Vater des Anarchismus als Blanqui? Der Anarchismus — so könnte man es ausdrücken — ist geboren aus der Vereinigung der Sozialphilosophie des 18. Jahrhunderts mit dem Revolutionismus des 19.; er ist eine blutige Wiedergeburt des sozialen Utopismus.“

Eines wird die französische Bewegung der großen, internationalen Bewegung dauernd zurücklassen, „den Idealismus, den Elan, den Schwung, der sie von den Bewegungen anderer Nationen unterscheidet“.

Der deutsche Typus wird mit seinem Verständnis erläutert. „Die Steghaftigkeit des deutschen Typus in der internationalen sozialen Bewegung, wie er durch Lassalle geschaffen wurde, liegt zum wesentlichen in dem Umstande begründet, daß Lassalles Agitation schon stark, noch mehr dann freilich die spätere deutsche Bewegung von dem Geiste jenes Mannes erfüllt ist, der berufen sein sollte, die theoretischen Sätze zu formulieren, die das Gemeinsame aller zielbewußten proletarischen Bewegung zum scharfen, pointierten Ausdruck bringen. Sie wissen, ich meine Karl Marx.“ Der Marxismus ist eben die Tendenz zur Internationalität der sozialen Bewegung, zu ihrer Einheit.

Und nun auf dieser Höhe der Darstellung zeichnet Sombart Karl Marx, dessen grundlegende wissenschaftliche Entdeckungen er mit dem stolzen Worte des attischen Historikers einen „Erwerb für die Ewigkeit“ nennt. Die Theorie der sozialen Bewegung, wie sie in den Schriften der Dioskuren Marx und Engels sich entfaltet hat, ist der Springquell der realistischen Auffassung, des sozialpolitischen Realismus, der allem Utopismus und Revolutionismus wenigstens grundsätzlich den Garauß macht. Marx befreite von der Phrase auf sozialpolitischem Gebiete. „Indem Marx als das Ziel der sozialen Bewegung die Bergesellschaftung der Produktionsmittel, als Weg den Klassenkampf bezeichnete, richtete er die beiden Grundpfeiler auf, auf denen sich die Bewegung aufbauen mußte. Es war genug, um sie zu einheitlichem Bewußtsein zu bringen, es war nicht zu viel, um die nationalen und sonstigen Eigenarten nicht zur Entfaltung gelangen zu lassen. Indem er die soziale Bewegung in den Fluß der historischen Entwicklung stellte, brachte er sie theoretisch in Einklang mit den objektiv und subjektiv bestimmenden Faktoren der Geschichte, begründete er sie auf die realen Bedingungen der Wirtschaft und der Charakterveranlagung der Menschen, wies er ihre ökonomische und psychologische Bestimmtheit nach. So fasse ich Marx auf, wenn ich den Geist seiner Lehre zu ergründen versuche: das ist der tiefere Sinn des Marxismus.“

Wie wirkt gegenüber dem platten Gerede der Bülgärkonomen und den Fabeleien des kapitalistischen Zeitungsgeindeg das prächtige Kapitel über Strömungen der Gegenwart, über einzelne Differenzpunkte (Gewerkschaften und politische Bewegung, Agrarfrage, selbständige Arbeiterpartei oder nicht, Revolution oder Evolution, Ideal und Programm, Religion, Stellung zur Nationalität)! Er zeigt, daß sich Idealismus und Realpolitik verschmelzen müssen. „Das Wort des sterbenden Saint Simon wird ewig gelten, mit dem er Abschied nahm von seinem Lieblingsjünger Rodrigues: „Vergessen Sie niemals, mein Freund, daß man begeistert sein muß, um große Thaten zu vollbringen.“ Schwindet jene ideale Begeisterung, kommt der Schwung einer Bewegung abhanden, verläuft sie sich in kleinliche Alltagsorgen, in öde Politikafterei, so stirbt sie ab, wie ein Körper ohne Leben. Und es ist ganz gewiß einer der unerquicklichsten Züge vieler der modernen Vertreter der proletarischen Bewegung, daß sie jene Begeisterungsfähigkeit in der ständigen Lust der Alltagspolitik verloren haben und auf das Niveau des politischen Abgiers hinabgesunken sind. Aber man darf auf der anderen Seite Idealismus nicht mit Phantasie und Utopismus verwechseln. Der Erwärmung für die letzten Ziele soll die Erleuchtung in der Behandlung praktisch politischer Maßnahmen zur Seite stehen. Dort die Wärme, hier die Klarheit; dort das Ideal, hier das Programm, das die Mittel und Wege angeben soll zur Erreichung der letzten Ziele.“

Der Klassenkampf, so zeigt Sombart, ist der Hebel der Entwicklung; aber „im Namen der Kultur und Menschlichkeit“ heißt er von den Kämpfenden, daß sie den Kampf „mit anständigen Mitteln“ führen. Und sicher ist er im Rechte, wenn er es ausspricht, daß hier „auf beiden Seiten

gefehlt wird“. Aber ohne pro domo, als Wortführer der eigenen Sache zu reden, die Sozialdemokratie ist zum weit-aus größten Teil bei solchen Vorstößen in der Rothwehr, in einer Zwangslage gewesen. In der physischen Macht fügten die Widerfächer zu oft nur die verächtlichste Kampfesweise. Wie sehr der Ton und die Haltung der Parteipresse sich von 1864 bis 1878 und von da bis heute gehoben hat, weiß jeder Sachkennner. Daß noch mancherlei geschehen kann und muß, versteht sich. Doch „quo commoncent messieurs les adversaires“, mögen doch die Herren Feinde einmal den Anfang machen!

Sombarts Schrift sei Allen, die sich gründlich und angenehm über den Sozialismus und die soziale Bewegung unseres Jahrhunderts unterrichten wollen, als Lesebuch auf das beste empfohlen; der sehr dankenswerte, zum Nachschlagen brauchbare Anhang giebt eine knappe Chronik der sozialen Bewegung von 1750 bis 1896.

Nachdem man sich mit dem politischen und literarischen Kropozgen hat herumgeschlagen müssen, das dem Sozialismus tödliche nachläßt, wie der Spitz im Stalle dem Reiter, dann erscheint die Sombartsche Schrift dem Kritiker wie dem Leser als eine Erfrischung.

### Politische Uebersicht.

Lohnstreit oder Kampf um die Macht? Die Hamburger Großkapitalisten haben im Vertrauen auf ihre großen Gelbfäden auf das brutalste die friedlichen Anerbietungen der Arbeiter zurückgewiesen, und die Begründung, die sie dazu geben, ist fast noch skandalöser, als die That selbst: nicht um einen Lohnstreit, sondern um einen Machtstreit handele es sich, so sagen sie, und deshalb wollten sie keinen Frieden, sondern den Krieg.

Die Gewissenlosigkeit dieser Beweisführung wird auch in den bürgerlichen Kreisen erkannt, und ist von dem Genossen Auer im Reichstage gebührend gekennzeichnet worden. Daß auch Herr v. Voetticher als Regierungsvertreter sich ohne jeden Vorbehalt auf die Seite des Großkapitals stellte und Arm in Arm mit Herrn v. Stumm gegen die „Fribolitäten“ der Arbeiter zu Felde zog, das zeigt deutlich, wohin wir es im Reiche der Sozialpolitik gebracht haben. Die amtliche Sozialreform ist tot, manstot. Was er von den hohen Bühnen der Schauerleute sagte, entspricht nicht den Thatsachen, und es heißt Sozialpolitik à la Stumm treiben, wenn man den Arbeitern eines Ortes den Versuch zur Besserung ihrer Lage deshalb verweigert, weil es anderswo noch schlechter gestellte Proletariat giebt.

Ganz recht, Herr Staatssekretär: in China giebt es noch gedrücktere Klassen, wie bei uns, und in Patagonien vielleicht noch größere Hungervirtuosen! Nur immer konsequent sein...

In der That: in Hamburg handelt es sich jetzt um eine Machtfrage, oder richtiger um eine Uebermachfrage. Die Millionäre wollen die Arbeiterbewegung gleich bei ihrer ersten ernsthaften Regung zerdrücken, wollen ihre absolute Herrschaft nicht antasten lassen. Aber sie werden sich bitter täuschen: bei guter Organisation, erringt das Proletariat den Sieg trotz alledem und alledem.

Polnisches. Baron Stanislaus Chlapowski, Mitglied des Provinziallandtags und des Provinzialausschusses der Provinz Posen sowie des deutschen Reichstages, früher auch langjähriges Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses, hat an seine „deutschen Kollegen und Freunde“ einen offenen Brief gerichtet, worin er u. a. hinweist, daß der zur Polenhat und zum Polenboykott gegründete Hansemann-Rennenmannsche Verein, der sogenannte Heftistenverein der Provinz Posen, gelegentlich des vor zwei Jahren stattgehabten Besuchs vieler Deutschen aus der Provinz Posen in Friedrichshagen vom Fürsten Bismarck angeregt worden sei, „um unter dem Vorwande einer Stärkung des angeblich gefährdeten Deutschthums der Regierung auch hier Schwierigkeiten zu bereiten“.

Dann heißt es: Wann hat denn der Verein, d. h. seine Leiter, sein die Ostmarken zerschendendes Treiben angefangen? Gerade in der Zeit, wo nach dem Abgang des Fürsten Bismarck und den hochherzigen Auserwählungen zweier Monarchen es den polnischen Abgeordneten möglich wurde, oft mit der Regierung zu stimmen. Ich kann nicht wissen, welche Anstalten über die Tendenz des Vereins beim Gesamtministerium obwalteten, aber es ist mir bekannt, daß der Minister v. Müller die Entstehung des Vereins als gegen die Regierung des neuen Kurtes gerichtet aufsaß, und einem oder einigen Abgeordneten polnischer Nationalität zugehört hatte, bei seinem Sturz den Boykott, wie ihn der Verein inszenierte, zu mißbilligen. Warum der hohe Herr dies nicht nur nicht gethan, sondern das Gegenteil, entzieht sich vorläufig der Diskussion. Wie es den Provinzialbehörden möglich sein soll, mit einer solchen Nebenregierung an den Rockhößen die Provinz erpfindlich zu regieren? Diese Frage sollte sich das königl. Ministerium vorlegen.

Das sind verhängliche Fragen, die der Vertreter des polnischen Adels und Großbürgertums an die Regierung richtet. Wie schwerfäst die neueste Polenpolitik ist, haben wir schon mehrfach gezeigt. In Oberschlesien, dem Lande der Wasserpoladen, wo von einer national-polnischen Bewegung überhaupt keine Rede war, wird sie durch die Mißgriffe der Verwaltung — wir erinnern an den Ausschluß von Polen aus dem Eisenbahndienste in dem Kattowiger Direktionsbezirke — geradezu künstlich aufgezüchtet.

### Deutsches Reich.

#### Berliner Brief.

#### Sum Prozeß Ledert und Genossen.

K. Berlin, 3. Dezember.

Die Zeugenvernehmung, die den heutigen Tag ausfüllt, giebt dem Prozeß ein wesentlich anderes Gepräge, als gestern vorauszu sehen war.

Heute begreift man, wie das Auswärtige Amt dazu kommen konnte, Klage gegen zwei Leute wie Litgow und Ledert einzuleiten.

Schon die erste Vernehmung, die des Berichterstatters des Wolffschen Bureaus, de Graf, bringt neue Gesichtspunkte über den Vorfall des Jarentoastes. Er sowohl wie ein bei dem Festmahl auch anwesender Stenograph haben den Wortlaut des Toastes des Jaren so verstanden, wie er in der ersten Mittheilung des Wolffschen Bureaus gelaute hätte (also: wie mein Vater). Der andere Text beruht auf einer Nachschrift des Staatssekretärs v. Marschall, die dieser dem Chef des Civillabinetts v. Lucanus zur Weiterverbreitung übermittelte.

Der Zeuge de Graf schilbert den Pressdienst bei Hofe sehr anschaulich und unter gespannter Aufmerksamkeit des Auditorsiums. Während der nächste Zeuge, Dr. Kippeler, der Redakteur der Täglichen Rundschau, seine Beziehungen zu Ledert und Litgow erzählt, ist es 12 Uhr geworden und die Stunde verbreitet sich im Saale, soeben sei der Reichskanzler in der Equipage vorgefahren. Sofort eilt der Oberstaatsanwalt ihm entgegen und kehrt nach einiger Zeit zu dem Vorsitzenden zurück, der die sofortige Vernehmung Hofenlohes anordnet.

Der Reichskanzler erscheint. Der Gerichtshof und die Angeklagten begrüßen ihn; ein Stuhl wird ihm zum Sitzen angeboten, doch er lehnt dankend ab. Er giebt seine Personalien an und schwört dann den Zeugen. Der Reichskanzler ist sichtlich erregt, denn er steht zum erstenmal als Zeuge vor dem Strafgericht.

Auf die Frage, ob er den Ledert kenne, verneint er; doch sei es möglich, daß Ledert mit dem Herrn identisch sei, der in Breslau sich in sein Ankleidezimmer gedrängt und dem er vielleicht die Fragen beantwortet habe, die jeuer an ihn gestellt.

Damit war die Vernehmung zu Ende; mit einer tiefen Verbenkung vor den Richtern verläßt der Reichskanzler den Saal.

Dem Oberstaatsanwalt ist die Aussage des Reichskanzlers ziemlich peinlich; er hat gestern die Unmöglichkeit einer solchen Audienz stark betont, und heute wird ihm das Gegenteil bewiesen.

Doch sein Unmut braucht nicht lange anzuhalten. Herr v. Marschall erscheint und wird vernommen. Ob das noch Vernehmung ist?

Herr v. Marschall hält eine wirkungsvolle 1 1/2 stündige Rede über das System von Angriffen, die schon zu Köllers Zeit begannen und sich bis zur Einleitung dieses Prozesses fortgesetzt haben. Namentlich ist er über die Staatsbürgerzeitung und deren Haltung auf tiefste empört.

Aus seiner Rede merkt der Zuhörer das eine, daß das Treiben der Presse innerhalb der Regierung zu einer Reihe schwerer Verlegenheiten geführt hat. In vollster Deffentlichkeit sollte daher festgestellt werden, daß das Auswärtige Amt in keiner Weise gegen andere Männer der Regierung durch die Presse gewirkt habe.

Wozu alle diese wichtigen Eröffnungen? Noch weiß der Zuhörer nicht, wohin das alles soll. Aber aus dem Tone, den Herr v. Marschall anschlägt, aus dem hohen Ernste, womit er selbst die Einzelheiten vorträgt, schließt man auf die politische Bedeutung der ganzen Angelegenheit.

Nach Marschalls Vernehmung kommen die Legationsräte an die Reihe. Am längsten spricht Dr. Sammann über die Beziehungen der Presse zum Auswärtigen Amt.

v. Marschall entfernt sich nach seiner Vernehmung nicht aus dem Saale, er setzt sich auf einem Zeugenplatze fest; er hat also wohl hier noch zu thun.

Und so ist es auch. Es ist schon gegen Abend, da wird der Kriminalkommissar v. Tausch vorgelassen. Mit einer Sicherheit, die sturzig machen muß, fängt er an, sich für den notorischen Polizeispiegel Litgow ins Zeug zu werfen und bringt damit den Oberstaatsanwalt Drescher in eine von Sarkasmus gegen den Herrn v. Tausch getränkte Stimmung. Der arme Tausch! Er konnte einem leid thun, wie er da im Volksgefühl seiner Unwissenheit Behauptungen und Urteile aufstellte, auf die ihn der Staatssekretär wie, der Oberstaatsanwalt sofort festnagelten. Wenn einmal, so ist heute das Spitzelwesen der Polizei vor Gericht gebracht worden, und zwar in einer Weise, die für die Berliner Polizei geradezu niederschmetternd ist.

Diese Blide, dieses Achselzucken des Oberstaatsanwaltes und des früheren Staatsanwaltes v. Marschall muß man gesehen haben, um ihre vorsichtigen Worte in ihrer Tragweite zu verstehen. Die tiefe Mißachtung, die in den Mienen zum Ausdruck kam, spiegelte sich in den Worten selber nicht.

Doch auch so ist die Biglantenwirtschaft gerichtet. Herr v. Tausch machte einen Fehler, nach dem anderen. Alle Anwesenden waren im Laufe der heutigen Verhandlung zu der Ansicht gekommen, daß der vielgenannte Hintermann des Ledert nicht existiere, sondern eine Phantasie des Angeklagten sei. Herr v. Tausch blieb es vorbehalten, in seiner Verlegenheit den „großen Unbekannten“, wie ihn Herr v. Marschall nannte, wieder aufmarschieren zu lassen und sich anheißig zu machen, ihn sofort zu nennen.

Staatssekretär und Oberstaatsanwalt begrüßten die Absicht des Herrn v. Tausch, und allgemeine Spannung herrschte. Wer ist wohl der Gewächsmann? Nun? Ein Herr René in Stettin, der politisch thätig sei und an die 14 Briefe täglich absende.

Allgemeines Rächeln über diese polizeiliche Enthüllung! Jedermann war über diese Findigkeit der Berliner politischen Polizei erstaunt, und Herr René, der große Sünder, wird alsbald geladen.

Doch Scherz beiseite! Die Sache ist ja dazu angethan, eine Operette zu schreiben, deren Titel sich jeder denken kann.

Warum aber hat nun das Auswärtige Amt geklagt? Wozu will es diese öffentliche Markierung der Pressangriffe? Wie entstanden innerhalb der Regierung die mannigfachen Verlegenheiten?

Der Polizeipräsident v. Windheim ist bekanntlich ein einflußreicher Herr, der namentlich auch beim Kaiser ein geneigtes Gehör findet.

Nun, dieser Herr v. Windheim wird über politische Angelegenheiten, namentlich über Pressfragen, durch Herrn v. Tausch, den Helden des heutigen Tages, informiert. Herr v. Tausch hat sich zu seiner Information eine Reihe von Spitzeln, die er ja als ehrenwerte Männer bezeichnet, gegen Entgelt engagiert, die dem Kriminalkommissar ein Z für ein U vormachen. Herr v. Tausch ist aber gutgläubig und berichtet weiter. Obgleich er von Litgow schon gehörig dupliert worden ist, hat er doch noch heute Vertrauen zu ihm.

Das wußte Litgow und handelte danach. Und da kam es z. B. im allerletzten Falle, daß Litgow sich die Geschichte mit dem Grafen Eulenberg kombinierte, diese den Ledert in eine Zeitung lancieren ließ und dann einen Bericht an Herrn von Tausch ausfertigte, wonach der betr. Artikel von Ledert herrühre und dieser Ledert seine Informationen in dem Auswärtigen Amt erhalten habe. Herr v. Tausch glaubt die Geschichte natürlich und berichtet die Sache weiter an Herrn v. Windheim, den Berliner Polizeipräsidenten. Welchen Grund hat dieser, den amtlichen Ermittlungen seines gewissenhaftesten Beamten nicht zu glauben? Er kommt mit Majestät zusammen und wie leicht ist es, daß Majestät dann davon erfährt, daß das Auswärtige Amt gegen Personen des Hofes, hier den Oberhofmarschall Grafen zu Eulenburg, in der Presse intriguiert.

Nun ist der Grund zu Verstimnungen, zu Verlegenheiten und selbst zu Ministerkrisen gegeben.

Verstehen die Leser nun, wo der Prozeß hinaus will, und warum es so schneidig der Polizeispindelwirksamkeit gilt? Freilich jetzt entsteht erst die Frage für uns: Ist die Berliner politische Polizei wirklich nur gutgläubig gewesen?

Herr v. Tausch hat sich sehr lebhaft mit dem Verteidiger des Bülow unterhalten, der sich erst zwei Tage vor dem Prozeß als Prozeßbevollmächtigter gemeldet hat. Was mögen beide gesprochen haben? Haben beide immer noch das Bestreben, Bülow „retten“ zu wollen?

Parlamentsbrief.

Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 3. Dezember. Der letzte Tag der Etatsberatung gehörte der Sozialdemokratie. Sie und der Feldenkampf der Hamburger Hafenarbeiter gegen das übermächtige Rhabderkapital ständen im Mittelpunkt der Debatte. Vier hervorragende Reden unserer Mittheilung brachte der heutige Tag. Liebnecht, Auer und Wollenbutz griffen nacheinander in die Diskussion ein. Den Reigen eröffnete unser alter Liebnecht mit einer frischen 1/2 stündigen Rede; ein ganz unmotivierter Ordnungsruf des Vorsitzenden, der ihn traf, bewies nur, welchen Grad die Schwerehörigkeit des Herrn v. Bülow erreicht haben muß. Als Liebnecht die allgemeine Politik des jetzigen Kurzes einer gründlichen Kritik unterzog, erhielt er einen zweiten Ordnungsruf!

Die Darstellung des Hamburger Kampfes veranlaßte Herrn v. Voelttker, das Wort zu ergreifen. Die Rede des Ministers wird in den Kreisen der Hamburger Rhabder lebhaft Anerkennung finden. Das genügt! Er verkündete, daß die Hamburger Schauerleute, die er in seiner Sachkenntnis beständig Stauer nannte (!), zu den bestbezahlten Arbeitern Deutschlands gehörten, daß ihr Streit ganz grundlos vom Banne gebrochen sei (!) und daß die sozialdemokratische Partei die Verantwortung dafür trage (!).

Der Minister wurde in seiner unternehmerfreundlichen Gesinnung vom König Stumm noch übertrumpft, der ja jeden Streit für ein Verbrechen an der Majestät des Kapitals erklärt und speziell den Hamburger Ausstand als frivol bezeichnet, weil — die Hamburger Arbeiter noch mehr verdienen, als der Durchschnittslohn der deutschen Arbeiter beträgt.

Genosse Auer, der nun in die Debatte eintritt, nahm sich den Minister und seinen Helfershelfer in seiner klaren und eindringlichen Weise, die sich stets die gespannteste Aufmerksamkeit aller Zuhörer erzwingt, gründlichst vor. Er zeigte auf Herrn Stumm mit Fingern als auf den Vertreter einer Politik, die unseren Arbeitern jede Organisation unmöglich machen möchte.

Herr v. Voelttker glaubte in seiner Erwiderung seine ersten Bemerkungen noch verschärfen zu müssen: er verteidigte jetzt sogar die Ablehnung des Schiedsgerichtes seitens der Arbeitgeber, dessen Einsetzung ja bekanntlich von Mitgliedern der Hamburgischen Staatsregierung angeregt war.

Herr Müggemann warnte davor, beim gegenwärtigen Stand der Dinge Del. ins Feuer zu gießen und durch Verlegung einer von beiden Seiten einen Ausgleich unmöglich zu machen.

Genosse Wollenbutz, der eben vom Kampflage zurückgekehrt war, brachte viel thatsächliches Material vor, das nur zu deutlich die Verächtlichkeit des Ausstandes erkennen ließ.

Für die deutsche Arbeiterschaft aber wird diese Debatte der wirksamste Appell sein, ihre Sympathie für die kämpfenden Proletarier in Hamburg zu verdoppeln.

Aus dem preussischen Landtage.

H. Berlin, 3. Dezember. Der Inhalt und die Bedeutung des Gesetzentwurfes betr. anderweitige Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen, ist von uns bereits hervorgehoben worden. Es sei nur noch darauf hingewiesen, daß nach den Erklärungen des Generaldirektors Burg-hart auch andere Bundesstaaten mit einer ähnlichen Besteuerung vorgehen werden. So wird die vom 1. Januar ab in Kraft tretende Gewerbenovelle ihre schädlichen Wirkungen noch weit mehr geltend machen, als dies bei ihrer Beratung im Reichstage vermutet wurde.

Erhebliche Bedenken gegen den Entwurf brachten die Abgeordneten Richter (fr. Volksp.) und v. Cynern (natl.) vor, während die Redner der Konservativen und des Centrums das Zustandekommen des Gesetzes gar nicht erwarten zu können scheinen. Nur daraus erklärt es sich, daß die aus diesen Parteien sich zusammenschließende Mehrheit gegen den national-liberalen Fall gestellten Antrag auf Kommissionsberatung stimmten, obgleich es sonst im Hause üblich ist, dem Verlangen nach Kommissionsberatung Folge zu geben. Die zweite Lesung wird bereits in der nächsten Sitzung im Plenum erfolgen.

Berlin, 4. Dezember. Der „gemäßigtere“ Pfarrer Werner, der auf das Geheiß des Evangelischen Oberkirchenrats als vorstichtiger Mann daheimblieb, statt in Erfurt zum „Martyrer“ zu werden, findet in der Kreuzzeitung einen Verteidiger. Werner sei dem Einsender und seinen Freunden, „zu denen auch Großgrundbesitzer und Industrielle gehören, in unserer Thätigkeit zur Bewahrung der Arbeiter vor sozialdemokratischen Irrlehren ein freundlicher und geschickter Gehilfe gewesen“.

Hübisch ist folgende Stelle des Verteidigungsschreibens: „Der Evangelische Oberkirchenrat hat früher seine (Werner) sozialpolitische Thätigkeit günstig beurteilt, wie daraus hervorgeht, daß er ihm zweimal 1891 und 1892 längeren Urlaub und Geldunterstützung zu sozialen Studien im In- und Auslande bewilligt hat. Deshalb hielt Werner es für eine Ehrenpflicht, die Resultate seiner Studien zum gemeinen Ruhm verwerten zu sollen. Seine 900 Seelen zählende Gemeinde hat sich über seine Reisen zu diesem Zwecke nicht beschwert; denn er hat sie, wie ich weiß, nicht vernachlässigt, auch seelsorgerisch nicht.“ Der mit Urlaub und Reiseunterstützung unterstützte Werner wird dann „gemäßigter“, welcher Summe!

Zu näherer Kennzeichnung des „Journalisten“ Heinrich Beckert erzählt die Vossische Zeitung, daß Beckert nicht bis zum Jahre 1893 Schüler des Französischen Gymnasiums gewesen ist, sondern diese Anstalt schon zu Ostern 1892 verlassen hat. Die Schulbildung dieses zwanzigjährigen journalistischen Brunnensvergiffers hat bereits in der Unter-Tertia ihren Abschluß gefunden.

7101 Petitionen um Beseitigung des Duellunwesens in der Armee und um Beschränkung der Militärgerichtsbarkeit auf die Aburteilung von Dienstvergehen sind nach dem 15. Petitionsverzeichnis im Reichstage eingegangen.

In der Münchener Allgemeinen Zeitung, dem Blatte der süddeutschen Regierungen, lesen wir: Zahlreiche Blätter bringen fortwährend Mitteilungen über die Stellung der bayerischen Regierung zu dem Entwurfe der Militärstrafprozessordnung

für das deutsche Reich. Wir sind in der Lage, alle diese Mitteilungen als bloße Kombinationen zu bezeichnen, da die Feststellung der Instruktionen für die Vertretung Bayerns im Bundesrate erst noch bevorsteht und unter diesen Verhältnissen von Verhandlungen oder auch nur verbindlichen Besprechungen über die Stellungnahme Bayerns bisher noch nicht die Rede sein konnte. Die Behandlung dieses Gegenstandes in der Presse entbehrt überhaupt zur Zeit jeder verlässigen Grundlage, da der Entwurf der Strafprozessordnung noch nicht öffentlich bekannt gegeben, sondern lediglich den Regierungen vertraulich mitgeteilt worden ist. Wie offiziell! — Das Umsinken beginnt. Wie die Nationalzeitung hört, hat das Centrum mit der Regierung über die Justiznovelle die Kompromißverhandlungen begonnen. Seine Führer sind bereit, die Beseitigung der Strafkammern mit 5 Richtern preiszugeben, ebenso die Beseitigung des Zeugniszwanges gegen die Presse. Die Berufung soll nicht an das Oberlandesgericht, sondern an ein anderes Landgericht als das, welches in erster Instanz geurteilt hat, gehen. Gleichwohl gelten bis jetzt die Aussichten für eine Verständigung für gering. Für den Beginn der dritten Lesung soll der 10. Dezember in Aussicht genommen sein. Das ist dasselbe Centrum, das im Kulturkampfe alle Abscheulichkeiten des Zeugniszwanges hat durchlöchernt müssen: jetzt ist man aber Regierungspartei. — In der Redaktion und Druckerei des Blattes: Der Sozialist hat gestern eine Hausung staltgefunden.

München, 3. Dezember. Der Reichstanzler Fürst Hohenlohe, der auch Münchener Bürger ist, ließ bei der Gemeinderatswahl durch Reichstanzler Ritter v. Maffei sein Wahlrecht im 8. Bezirk ausüben. Onkel Chlodwig hat, wie die Münchener Post schreibt, wahrscheinlich ultramontan wählen lassen.

Belgien.

Die Schöffentris. Vom Glücksspiel. — Chinesische Konsulate.

Brüssel, 3. Dezember. Im Schluß der Sitzung des Gemeinderats erklärte der Bürgermeister Buis, die Schöffen und er hielten ihre Entlassungsgründe unwiderstlich aufrecht. Der Bürgermeister verließ sodann den Gemeinderat auf Montag zur Wahl des neuen Schöffenskollegiums zusammen.

Im Senat erklärten sich am 2. Dezember sämtliche Redner der Rechten wie der Linken für den Gesetzentwurf des Senats, früheren Justizministers Dejeune, der das Hazardspiel gänzlich zu unterjagen bezweckt, während ein Gegenantrag der Regierung dahin geht, denjenigen „Privat“-Kasinos, die die 400000 Mk. betragende Abgabe entrichten können (Ostende und Spa), zu erlauben, das Spiel fortzusetzen. Es bleibt aber doch alles beim alten.

In Belgien sollen chinesische Konsulate errichtet werden.

Frankreich.

Der Fall Drehfus.

Paris, 4. Dezember. In der Petitionskommission wurde über eine Petition der Frau des Kapitäns Drehfus verhandelt, worin die Revision des Prozesses Drehfus beantragt wird. Die Kommission ließ durch ihren Berichterstatter erklären, daß nach den vorliegenden Äußerungen des Generals Billot eine neue Erörterung der Angelegenheit durch die Kommission nicht notwendig erscheine. Sie schenke der Entscheidung des Militärgerichts, völliges Vertrauen und beantrage daher, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Großbritannien.

Italiener und Engländer im Sudan.

London, 2. Dezember. Der Unterstaatssekretär des Aeußern, George Curzon, fängt schon an über das Grenzverhältnis zu jammern, das ihm bevorsteht, wenn das Parlament zusammentritt und die Abgeordneten zu wissen verlangen, was es um die auswärtige Politik Englands steht, was in Sachen der Arabier getan wird und was in Südafrika vorgeht. Auch die ägyptische Angelegenheit dürfte dem Herrn Curzon bange machen, besonders da fest zu stehen scheint, daß Italien gänzlich sich von den afrikanischen Abenteuer zurückziehen will, denn wenn Italien Erythra aufgibt, muß England für Ägypten die Hinterlassenschaft antreten, soweit wenigstens das früher dem Rhabde botmäßige Gebiet in Betracht kommt. Ueber diesen Punkt sind die Enthüllungen, welche Harrison Smith in einem militärischen Fachblatt über Italiens Politik seit 1882 macht, sehr bemerkenswert.

H. Smith war nämlich Sekretär des Admirals Hewitt als dieser im Jahre 1884 eine Sondermission zum König Johann von Aethiopien unternahm und beschreibt die von Italien besetzte Politik als verhängnisvoll und doppelzünftig, nur darauf abzielend, im Hochland von Aethiopien Fuß zu fassen. Das italienische Auswärtige Amt führte eine verschiedene Sprache mit Johann und mit Menelik, König von Schoa, der aber schau genug war, seine Briefe an Johann zu schicken, und als er selbst Johanns Nachfolger und Regent wurde, wußte er genau, was er von Italien zu gewärtigen hatte. Italien hat durch sein Vorgehen England in den Augen der Aethiopianer arg bloßgestellt. Bevor Massauah an Italien abgetreten wurde — ohne Aethiopien um Rat zu fragen, wohlverstanden — genöthigt der Regent das Recht, durch Massauah Waren, worunter Waffen und Munition unter britischer Aufsicht zu beziehen, und als Gegenleistung für diesen Vorteil half er den Aethiopianern, die in Kassala und einigen anderen Posten eingeschlossen waren, aus der Klemme. Admiral Hewitt sollte König Johann über die Absichten der Italiener aufklären und beruhigen, trotzdem Italien den ersten Paragraphen des von Hewitt mit ihm abgeschlossenen Vertrags verletzete. Es verstand sich von selbst, daß der Hafen von Massauah den Aethiopianern verschlossen blieb.

Die Italiener bleiben voraussichtlich nur so lange in ihrem afrikanischen Besitz, bis es den Engländern und Aethiopianern paßt, Kassala und die anderen festen Plätze wieder zu besetzen. Die Engländer haben eigentlich ihre Freunde, die Italiener, in den Sumpf geritten, und es ist nur billig, daß sie ihnen jetzt wieder aus der Patzsch helsen.

Rumänien.

Das neue Ministerium.

Dem Sturze des Ministeriums Stourdza ist die Neubildung auf dem Fuße gefolgt. Der Kammerpräsident Aureliano ist Chef den neuen Kabinetts geworden.

Afrika.

Die neue italienische Schluppe. — Zollschuß für die Industralisten.

Muldtschu, wo sich die Muthat abspielte, die wir gestern verzeichneten; ist einer jener Hafenplätze an der Somalifüste,

nördlich des Gebietes der Britisch-Ostafrikanischen Gesellschaft, die bis zum Jahre 1892 noch im Besitze des Sultans von Sansibar waren. Nachdem die Engländer die Oberhoheit über das Sultanat erlangt haben, wurden die vier sankabarischen Küstenpunkte in Somaliland vertragsweise Italien übertragen, d. h. zur Verwaltung auf eine bestimmte Anzahl Jahre übergeben, nachdem dieses Reich den größeren Teil der Somalifüste ohnedies in Besitz genommen hatte. Es handelte sich angeblich um eine Expedition zur „Erforschung“ der Flußufer des Webi-Selebeyshi. Die italienische Karawane ist niedergemetzelt worden.

Der Erste Zollrath in Transvaal hat einen Gesetzentwurf angenommen, durch den den künftig im Lande sich aufstellenden Fabrikanten besonderer Zollschutz zugesichert wird.

Ein Prozeß gegen die Neue Welt.

z. Breslau, 3. Dezember.

Heute hatte sich vor den Schranken des hiesigen Landgerichts der Redakteur der Neuen Welt, Genosse Edgar Steiger aus Leipzig, zu verantworten und zwar wegen Vergehens gegen § 130 des Reichsstrafgesetzbuchs (Anreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewaltthätigkeiten gegeneinander). Die Breslauer Staatsanwaltschaft hatte dies Vergehen in einem Gedicht in Nr. 43 der Neuen Welt gefunden, betitelt: Wächterruf. Der Dichter, Emil Gauth, lebt in Brixen, war also für die Breslauer Staatsanwaltschaft unerreichbar und so mußte sie sich an der Person des Genossen Steiger genügen lassen.

Sehr schwer hatte sich der Vertreter der Staatsgewalt die Begründung seiner Anklage nicht gemacht. Er nahm einfach einige Zeilen des Gedichtes aus dem Zusammenhang und suchte aus diesen Bruchstücken das Verbrechen der Anreizung zu Gewaltthätigkeiten festzustellen. Besonders aufreizend erschien dem Staatsanwalt der Vers: „Wacht auf, laßt zu eherner Männerthat die geschlehten Geister entflammen.“

Der Angeklagte Steiger erklärte schon in seiner Erklärung auf die Anklage, daß das Gedicht sich lediglich als eine in poetische Form gekleidete Aufforderung an die Armen darstelle, sich im geistigen Kampfe größere Freiheit und günstigere Lebensverhältnisse zu erringen. Jede einzelne Strophe des Gedichtes beweise, daß es sich nur um die geistige Erweckung des Volkes und nicht um die Anreizung zu Gewaltthätigkeiten, um die Revolution mit der Feigabel handle, wie die Staatsanwaltschaft meine. Der Dichter habe seine Gedanken vielfach in Metaphern, in poetischen Bildern ausgedrückt, zum Teil in solchen kriegerischer Art.

Aber das gebe doch der Anklagebehörde nicht das Recht, hier die Absicht anzunehmen, daß zu Gewaltthätigkeiten angereizt werden sollte. Da müsse man schon jeden Dichter unter Anklage stellen, da solche und ähnliche Bilder von allen Dichtern gebraucht würden. Auch in der Bibel finde man vielfach ähnliche Bilder. Wie oft spreche nicht der Apostel Paulus im biblischen Sinne bei der Darstellung des Kampfes für die Ausbreitung der christlichen Lehren vom Schild, vom Speer und vom Schwerte u. s. w.

Sarkastisch fragt Steiger, ob denn der Staatsanwalt z. B. die Verfassung des Dichters in der ersten Strophe: „Ich stoße ins Horn, ich schwinde den Speer“ ernst nehme, oder ob er nicht vielmehr mit ihm, dem Angeklagten, der Meinung sei, daß eine solche Art, Gewaltthätigkeiten auszuüben, in moderner Zeit etwas eigentümlich erscheinen dürfte?

Die große Masse der Arbeiter, die Leser der Neuen Welt, sind, erklärt Steiger weiter, so aufgeklärt, daß sie beim Worte Revolution durchaus nicht an rohe Gewalt, sondern nur an den geistigen Kampf für ihre idealen Güter denken. Und sie sind weit entfernt, derartige poetische Bilder so zu verstehen, wie es der Staatsanwalt annehme.

Der Staatsanwalt Dr. Keil, bekannt sowohl durch seine scharfe Verfolgung der Sozialdemokratie, wie durch eine jüngst gelegentlich der Konferenz deutscher Stillschlichtervereine gehaltene Rede, in der er sehr entschieden für die größere Stillschlichter der Arbeiterblätter im Vergleich zu den bürgerlichen Prozeßorganen eintrat, suchte die Anklage zu retten, indem er behauptete, das Gedicht suche geistlich, unter poetischen Vergleichen versteckt, zu Gewaltthätigkeiten aufzureizen. Warum habe denn der Dichter nicht irgendwie im Gedicht das angebliche Bestreben der Sozialdemokratie betont, auf friedlichem Wege durch Aufklärung das Ziel zu erreichen? Unter „eherner Männerthat“ könne er selbst bei größter Liberalität gegen dichterische Ausdrucksweise nicht das Abgeben des sozialdemokratischen Stimmzettels, sondern nur die Aufforderung, gewaltsam vorzugehen, erblicken. Das Gedicht wende sich besonders an die ungebildeten Arbeiter und suche deren Begehrlichkeit zu wecken. Diese Leute aber hätten die Führer nicht in der Hand, wie diese selbst gern behaupteten und sie würden die von Gewaltthätigkeiten fernhalten können, selbst wenn sie wollten. Der Staatsanwalt beantragte daher wegen Vergehens gegen § 130 R.-St.-G.-B. eine einmonatliche Gefängnisstrafe.

Rechtsanwalt Schreiber-Breslau verteidigte den Angeklagten dann noch in einer längeren, wirkungsvollen, besonders die juristische Seite des Falles behandelnden Rede.

Der Staatsanwalt entgegnete kurz und machte dabei dem Angeklagten den literarischen Vorschlag, daß er sehr gut an Stelle der „ehernen Männerthat“ hätte setzen können: „geistliche Männerthat“. Die sarkastische Abfertigung, die Genosse Steiger dafür dem offenbar sehr poetisch veranlagten Staatsanwalt zu teil werden ließ, suchte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Lindenbergh, dadurch abzumildern, daß er meinte, der Herr Staatsanwalt habe wahrscheinlich nur einen Scherz machen wollen.

Nach längerer Beratung verkündete dann das Gericht die kostenfreie Freisprechung des Angeklagten. Begründet wurde sie damit, daß, wenn auch einzelne „bedenkliche Wendungen“ in dem Gedicht gefunden seien, doch die Kriterien des § 130 nicht voll gegeben wären. Der Ausdruck „eherne Männerthat“ ließe auch eine mildere Auffassung zu, da man wohl annehmen könne, es sei dem Dichter nur darauf angekommen, die geistige That, zu der er auffordere, mit einem schmeichelnden Beiwort zu versehen.

Der Angeklagte selbst, der noch unbestraft sei, habe jedenfalls nach Annahme des Urtheils nicht das Bewußtsein gehabt, mit Aufhebung jenes Gedichtes in sein Blatt gegen den § 130 R.-St.-G.-B. zu verstößen. Schon aus diesem Grunde mußte seine Freisprechung erfolgen.

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen! Seid unausgesetzt thätig für die Werbung neuer Abonnenten!

Hierzu drei Beisagen.



Reichstag.

189. Sitzung vom 8. Dezember 1896, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, Graf Posadowsky, Hollmann, v. Goltz.

Die erste Verlesung des Reichshaushalts-Etats für 1897-98 wird fortgesetzt.

Abg. Reichsrecht (Soz.): Ein Mitglied des Hauses sagt, mein Genosse Schwarz habe die Braven des „Jltis“ mit Roth beworfen, und der Sekretär für das Marine-Amt hat das gebilligt. Das ist eine vollständige Verleumdung der Thatsachen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich weise erkläre solche Ausdrücke zurück. Als hier ein Mitglied der bewaffneten Macht, das nicht Mitglied des Hauses ist, beleidigt wurde, wurde der Redner zur Ordnung gerufen. Mein Genosse Schwarz, der früher Mitglied des Hauses war, hat wahrlich ebenso viel Ehre wie jener Herr. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die, welche ihn beschimpft, mit Roth beworfen haben, haben nicht gesehen, was er gesagt hat. Sie haben selbst begangen, was sie ihm zum Vorwurf machen. Das Protokoll des Göthaer Konfresses sagt: „Schwarz (Rübeck) richtet die Aufforderung an die Fraktion, den Staatssekretär für die Marine bei der Budgetberatung zu fragen, ob es gebrauchlich sein sollte, das auf Schiffen, die sich in höchster Gefahr befinden, das Flaggenlied angestimmt und Hochs ausgebracht werden. Da in Deutschland alles nachgeahmt wird, soll es nicht wundern, wenn sich auch auf Kanalfahrtschiffen ähnliche Szenen wie beim Untergang des „Jltis“ ereignen. In solchen Momenten heißt es für das eigene Leben zu arbeiten und nicht zu singen. Ich habe zwei schwere Schiffbrüche mit durchgemacht, aus denen ich nur mein nacktes Leben rettete. Hätten wir gesungen, statt alles daran zu setzen und zu retten, so stände ich heute nicht hier.“ Wer ist hier getadelt worden? Der Kapitän, nicht die Mannschaft. Der Mensch in der äußersten Lebensgefahr ist mit einem gewissen Heiligenschein umgeben für jeden Menschen und keinem meiner Genossen wird es einfallen, an seinen Worten Kritik zu üben. Hier aber handelt es sich nicht um eine heroische That der Mannschaft selbst; die hier getadelt werden soll, sondern darum, daß dieses Singen des Flaggenliedes kommandirt worden sein soll (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und dagegen weidet man sich mit Recht. Der Untergang der gesamten Mannschaft war keineswegs unvermeidlich, denn es ist eine Anzahl gerettet worden. Das Schiff war noch nicht zertrümmert, eine Rettung noch möglich und der Kapitän mußte alles aufbieten, um auch nur einige Wenige zu retten. Wir haben die Seeleute auf den Kriegsschiffen und Handelschiffen niemals gehässig angegriffen, sondern im Gegenteil ihre Interessen hier stets vertreten. Ueber die Ausrüstung des Vertreters der Kaiserlichen Marine, daß, wer den Kaiser vor Augen hat, Gott vor Augen hat, zu urtheilen, ohne einem Ordnungsruß zu verfallen, halte ich für unmöglich. Mögen sich die Vertreter der christlichen Anschauung mit dem Staatssekretär Hollmann darüber auseinandersetzen. Jene Ausrüstung ist gar nicht christlich, sie steht auf heidnischem Boden, sie kennzeichnet den modernen Cäsarismus; aus dem die Majestätsbeleidigungen hervorgegangen sind, wonach der Kaiser oder die Majestät etwas Uebermenschliches ist. Divus Augustus hieß es bei den Römern, göttlicher Kaiser, der Vertreter Gottes auf Erden. Dagegen kann eigentlich auch das Zentrum nichts haben, hat doch ein seiner Mitglieder erklärt, daß sogar der Unteroffizier der Stellvertreter Gottes auf Erden sei. (Beifall.) Wir sind die letzten, die in den Tod gegangenen Männer anzugreifen oder abzuweiden zu kritisieren, aber wenn man hier so thut, als ob etwas Verdorbenes gesehen wäre, wenn es überhaupt geschehen ist, so muß ich dagegen protestieren. Hunderttausende von Arbeitern schweben alle Tage in Lebensgefahr (Zustimmung bei den Sozialdemokraten) und gehen zu Grunde in Bergwerken und bei anderen Gelegenheiten (Brava! bei den Sozialdemokraten). Dazu geht doch genau derselbe Geldernuß (Präsident v. B. u. o.): Der Redner geht jetzt dazu über, die Haltung der Seeleute in betriebswichtigen Fällen zu kritisieren; ich kann das nicht gestatten und rufe den Redner zur Ordnung. Das ist von mir nicht gesehen; im Gegenteil, ich bin überzeugt, daß diese Männer heldenmüthig gestorben sind, aber ich glaube, daß jeder andere genau dasselbe thun würde. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ich kenne keine besondere Offizierslehre, keine Marinelehre; die Arbeiter haben dieselbe Ehre wie andere Leute. (Sehr richtig! links.) Durch das Geschrei über die Heldenthat sollte wohl bloß die Aufmerksamkeit von den wirklichen Schuldigen abgelenkt werden. Der „Jltis“ ist schon früher als ein schwimmendes Coffin (schwimmende Aste) bezeichnet worden. Der Untergang des „Großen Kurfürst“ verursachte große Aufregung, aber im Gefolge über das Attentat 1878 verschwand die Behauptung, daß ein falsches Kommando daran schuld war. In den „Hamburger Nachrichten“, dem Organ für Landesverrath und sonstige Niederträchtigkeiten (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), sind die Engländer beschuldigt worden, den Hamburger Ausbruch angeregt zu haben. Da ist von englischer Brandstifterei gesprochen worden. Das ist einfach eine frivole Verleumdung. Tom Mann ist erst nach Hamburg gegangen infolge der Nachricht, daß dieser Streik schon ausgebrochen war, um die Lage der Dinge zu erkunden. Die Organisation der Arbeiter ist erst gegründet worden zur Vertheidigung gegen eine internationale Organisation der Arbeiter, welche die Löhne niedrig und die Verkürzung der Arbeitszeit zurückhalten wollten. Ein für alle Mal erkläre ich: Die Sozialdemokratie hat mit diesem Streik so wenig wie überhaupt mit Streiks zu thun. Alle Streiks ohne Ausnahme finden statt zur Vertheidigung. Die Arbeiter provozieren, seltene Fälle ausgenommen, nicht. Der sogenannte Klassenkampf wird von den Bourgeois organisiert, nicht von den Arbeitern. Von oben ist der ganze Klassenkampf aggressiv, die Arbeiter sollen unterdrückt und ausgebeutet werden. Die Arbeiter befinden sich in der Defensive und die Sozialdemokratie hat mit den Streiks nichts zu thun, gerade so wenig wie mit dem früheren Bergarbeiterstreik. Die Verhältnisse haben diesen Streik hervorgerufen. Es herrscht jetzt eine gewisse Prosperitätswelle, wie lange weilt sie nicht. Das Hederereigenschaft hat kolossale Profite in der letzten Zeit gemacht und die Arbeiter wollen, daß auch von den Reichen der Reichen Hederer einige Profite für sie abfallen. Das ist ihr gutes Recht; es ist auch ihre Pflicht. Sie sind es allen Menschen schuldig, daß sie sich nach Möglichkeit eine menschenwürdige Existenz verschaffen. Ihre Forderungen sind außerordentlich bescheiden. Sie wollen zu einem Lohn von 4,20 noch 80 Pf. hinzu haben. Oberflächlich betrachtet ist das ein hoher Lohn, aber einen Theil des Jahres haben die Leute keine Beschäftigung, und sie sind gezwungen, im Wirthshaus zu essen. Trodem haben sich die Arbeiter zu einem gütlichen Abkommen bereit erklärt. Von neutraler Seite wird angeboten, die beiden Parteien möchten sich einem Schiedsgericht unterziehen. Die streikenden Arbeiter in Hamburg berathen unter sich, es werden Genossen von uns dorthin geschickt, um mitzuberathen, und einstimmig wird beschlossen, das Schiedsgericht anzunehmen im Interesse des Friedens, der Wohlthat Hamburgs, aus Gemeinwohl. Von entgegengelegter Seite aber wurde das Schiedsgericht zurückgewiesen in einer — ich kann nicht anders sagen —

geradezu brutalen Weise (Zustimmung bei den Sozialdemokraten), weil man sagte: „Wenn wir jetzt nachgeben, dann sieht sie der Daser, und bei Gelegenheit kommen sie wieder mit dertartigen Dingen. Es handelt sich hier um eine Machtfrage; wir wollen die Leute unterdrücken.“ Früher hieß es, die englischen Kapitalisten wollten den Streik, damit der Hamburger Seehandel zu Grunde gehe. Jetzt machen die Hamburger Hederer den englischen Kapitalisten das große Vergnügen, den Streik zu verlängern. Die Kapitalisten wollen ihre Macht zeigen, die Arbeiter sollen unterworfen werden. Die Brutalität des Kapitalisten will den Arbeiter zum Sklaven machen. Im „Staubard“, dem Organ der englischen Regierungspartei, stand am Dienstag ein langer Artikel, daß es in England mehr Amusement als Kerger erregt habe, daß man in Deutschland den Engländern die Schuld am Streik gäbe; den englischen Hederern sei dieser Streik, weil er Hull und andere Häfen bedrohe, mindestens ebenso un bequem wie Hamburg.

In den „Hamburger Nachrichten“ wird auch behauptet, die englische Regierung habe früher Geld hergegeben, damit die „Freiheit“ von Moss in London gedruckt und in Deutschland Brandstiftungen erregt würden. Die Angeklagten waren aber nicht Mitglieder der Regierung, sondern sie hatten als Privatpersonen für den flüchtigen Moss einiges Geld hergegeben; so wurde wenigstens behauptet, ich habe die Herren nicht zu vertheidigen. 1888 ist hier festgestellt worden, daß die preussische Regierung, insbesondere Herr v. Puttkamer sich Verdienste in der Schweiz gehalten hat, u. a. einen gewissen Schöder, und daß dieser wochenlang für den Druck der „Freiheit“ 100 Fr. gegeben hat, um die „Freiheit“ nach England zu bringen und dort Brand zu stiften. Wie schon bei der Cholera, so haben auch diesmal unsere Genossen ihren Gemeinwohl im Gegensatz zu den Kapitalisten an den Tag gelegt. Sie wollten im Interesse des Gemeinwohls auf das Schiedsgericht eingehen, während die Kapitalisten es ablehnen im Interesse des Geldsackes. Daß der Streik Hamburg schadet, kann ja niemand bestreiten. Was hätten unsere Kapitalisten gesagt, wenn man bei dem großen englischen Kohlenstreik ihnen vorgeworfen hätte, sie hätten im Interesse der schließlichen Kohlen den Streik mit Geld unterstützt. Sie würden einfach gelacht haben. Die Arbeitgeber werden immer mit den Arbeitern in Frieden leben, wenn sie sie als gleichartige Menschen behandeln, ihnen eine menschenwürdige Existenz ermöglichen. An den Streiks sind fast immer die Kapitalisten schuld, wie die Regierungen bei jeder Revolution, wie ein bekannter Geschichtsforscher gesagt hat.

Wenn Herr Kardorff meint, daß die Landarbeiter niemals auf eine solche Stufe des Glücks sinken würden wie die Stadtarbeiter, so kennt er beide nicht. In der Stadt ist der Arbeiter auch Lohnknecht, dort wo er aber wenigstens unter zivilisirten Verhältnissen. Auf dem Lande werden die Arbeiter wie Hunde behandelt. Der Gedanke von Gleichheit und Freiheit ist heute, hundert Jahre nach der französischen Revolution, nicht in die entferntesten Dörfer gedrungen. Behandeln Sie die Arbeiter besser, dann werden sie nicht in die Stadt rennen. Die Schuld liegt bei Ihnen (rechts). Die Wähllinge, welche die Regierung nach Herrn v. Kardorff vor der Sozialdemokratie machen soll, möchte ich mal sehen. Daß sie uns in die Gefängnisse hineinkomplimentirt, sind das Wähllinge? Vor dem Kapitalist macht'ste allerdings Wähllinge. Der Großgrundbesitzer gehört aber auch zu der Großkapitalisten-Klasse. Was sind denn die Liebesgaben, die kleinen und großen Mittel anders als Wähllinge?

Die Kulturaufgaben, sagt man, werden nicht vernachlässigt. Das ist falsch. Die deutsche Volksschule ist so im Rückgang begriffen; daß jeder erröthen muß, wenn er von der deutschen Volksschule hört, die dem Auslande zum Muster dienen soll. In England sang man mir noch das Märchen vor. Ich sagte ihnen: Ihr braucht nur den preussischen Etat Euch ansehen und die Millionen Kinder, die nicht in genügenden Schulräumen und nicht von genügenden Lehrkräften unterrichtet werden. Frankreich ist noch nicht so weit herabgekommen, wie wir. Während es mit der einen Hand seine verschmetterte Armee reorganisirt und vermehrt, hat es mit der andern Schulen gebaut. Sie hat 2 Milliarden für das Schulwesen ausgegeben und heute ist sein Schulwesen besser als das deutsche. Der Militärstaat hat bei uns den Intelligenzstaat und den Schulstaat zu Grunde gerichtet.

Herr Zimmermann hat zu meinem Erstaunen die Konsumvereine angegriffen. Ich bin ja aus dem Hessenland, wo die Herren Bödel und seine Freunde den Bauern vorgepredigt haben, durch Konsum-Vorshupvereine und so weiter müssen sie sich kuriren, wo sie liberal Konsumvereine gegründet haben. Aber in Sachsen, wo man das Kleinbürgertum fangen wollte, da geht man gegen die Konsumvereine. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist antisemitische Wahrgastigkeit!

Unser Etat ist gegenüber dem von 1872 schon durch eine äußere Erscheinung merkwürdig. Wie ist er seitdem gewachsen: 1872 waren es 881 568 448 M., heute sind es 1 828 801 824 M. Der Etat hat sich also vervierfacht. Der Militär-Etat hat sich verdoppelt. Der Marine-Etat sogar verdacht. Der jetzige Etat ist gegen den vorjährigen um 81 277 000 M. gewachsen, wesentlich für Heer und Marine. Von 55 Abdrücken des Etats weisen 45 ein Mehr auf und bloß 10 ein Weniger. Der Militarismus hat eine Höhe erreicht, die kaum noch übertroffen werden kann.

Man hat daraus hingewiesen, daß in der Schweiz Regierung und Volk des Militarismus müde sind; allerdings haben einige französische Offiziere, die Anhänger der Willig sind, in Broschüren vorge schlagen, das schweizerische System mehr dem stehenden Heer zu nähern. Ihre Aeusserungen haben in den weitesten Kreisen Entrüstung hervorgerufen; es wurde ihnen der Prozeß gemacht, sie haben einen Verweis bekommen und das schweizerische Volk hat den Versuch, es zu verpreußen, zurückgewiesen. Das letzte Mandat ist auch von unwürdigen tüchtigen Offizieren sehr unglücklich beurtheilt worden. Das Militär ist weit härter als das stehende; es ist weit billiger und macht Militär-mißhandlungen unmöglich. Das Gegenteil ist auf Grund einiger Schweizer-Motiven behauptet worden. Die amtlichen Nachrichten geben aber: daß es Fälle seien, begangen von einem Menschen, dem die Uniform, nicht des Königs, aber der Republik, in den Kopf gestiegen sei, der sich in dem Augenblick als etwas mehr gefühlt hat, weil er Offizier geworden war. Es sind also einfach Ungehörigkeiten, die sofort rektifizirt worden sind.

Wenn man gemeint hat, der Fall Bräsewits könne in allen Städten vorkommen, so verweise ich darauf, daß die „Kreuzzeitung“ ausdrücklich erklärt hat, Bräsewits hätte als Offizier mit seiner militärischen Ehre gegen diese bürgerliche Kanaille, die ihm seinen Uniformrock beschmizt hätte, nicht anders handeln können. (Hört, hört! links.) Dies hat gerade die Empörung im bürgerlichen Volke hervorgebracht. In Bezug auf das Militär-Strafgesetz hat man uns einen

merkwürdigen Handel vorgeschlagen. Ohne Justiznovelle im Sinne der Regierung sollen wir auch keine Militär-Strafprozeß-Ordnung bekommen.

Zum Militarismus ist der Marinismus gekommen. Können wir denn eine Flotte haben so groß wie die russische und die französische Flotte zusammengenommen für einen Krieg mit zwei Fronten? Wo soll das Geld dazu herkommen? Ein solches Vorgehen ist unmöglich, denn die anderen Staaten vermehren sofort ihre Kriegsbereitungen ebenfalls, und schließlich werden alle Kräfte des Volkes lediglich für die Rüstungen in Anspruch genommen, als wenn nach uns die Sintfluth käme. Statt den großen Machtzweck zu haben, sollte man an die Schaffung des Friedens denken.

Der Kriegsminister sprach bei der Bräsewits-Debatte von Verhegung; er wurde deswegen nicht direkt zur Ordnung gerufen, weil der Reichstag nicht einmal in seinem eigenen Hause Herr ist. Kein Präsident hat es bisher gewagt, einen Vertreter der Regierung zur Ordnung zu rufen. In Frankreich kann überhaupt ein Minister gar nicht anders als durch die Wahl ins Parlament kommen. Die ganze Reichsverfassung ist eine Konfliktverfassung. Wir haben die äußerste Demokratie des allgemeinen Wahlrechts und den russischen Absolutismus (Widerspruch), sonst würden wir nicht so viel hören von Nebenregierungen u. s. w. (Sehr richtig links.) England hat schon vor zweihundert Jahren und Frankreich vor hundert Jahren mit dem Gottesanbetherum ausgeräumt. Aber wir haben hier immer noch ein X, über welches nicht gesprochen werden darf. In England wird die Krone nicht in die Debatte hineingezogen, weil sie außerhalb der Parteien steht. Hier wissen wir, daß die Minister eintreten für Dinge, die längst geschehen sind ohne ihren Willen. Es ist niemand vorhanden, der da wüßte, was das X morgen oder übermorgen thun wird über die Köpfe aller Herren (auf den Bundesrathstisch weisend) hinaus. Das allgemeine Wahlrecht kann man nicht antasten, da hat man die schicksalige Regierung zu einem Experiment vorgeschickt in der Rückwärtsentwicklung des Wahlrechts. In England hat die Regierung zu gehen, wenn das Parlament etwas gegen sie beschließt; in Deutschland aber muß der Reichstag gehen.

Wir wissen, wo die Flottenpläne herrühren, wir wissen, daß dieselbe Stelle mitten in den Parteikämpfen besangen ist, sie hat die Sozialdemokratie, die stärkste Partei Deutschlands angegriffen; und da soll man halt machen vor dem X! Das sind Zustände, die des deutschen Reichstages und des deutschen Volkes unwürdig sind. (Präsident v. B. u. o. ruft den Redner zur Ordnung!) Es spielt sich jetzt ein Prozeß ab, der ein Skandalprozeß zu sein scheint und zeigt, daß in den oberen Regionen Intriguen schlimmster Art vorkommen. Das Mißverhältnis von Produktion und Konsumtion ist sehr groß geworden. Es werden noch mehr Ausstände kommen und man sollte dafür sorgen, daß den Arbeitern ihr Koalitionsrecht gewahrt bleibt. Der Kapitalismus hat Angst vor dem Sozialismus und treibt die Regierung zu Maßregeln gegen die Sozialdemokratie. Wenn die Regierungen sich vom Kapitalismus auf die schiefe Ebene locken lassen, so kann eine reformatorische Entwicklung nicht eintreten, dann muß es zu Katastrophen kommen, für welche allein diejenigen verantwortlich sind, welche sie veranlaßt haben. Es steht aus, als ob Deutschland sich auf einem Schnelzug befindet, auf dessen Gefohrten kein Lenker steht. Und da droht man mit der Auflösung des Reichstags. Die Sozialdemokratie (fürcht) sich davor nicht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Bötticher: Der Vorredner vertritt eine von der untrigen so abweichende Meilanschauung, daß es fruchtlos wäre, ihn belehren zu wollen. Er weicht auch so sehr ab von der Rechts- und Verfassungsauffassung, die wir als Mitglieder der verbündeten Regierungen und Sie als Vertreter des deutschen Volkes haben, daß ich kaum glaube, daß er mit dieser Welt- und Verfassungsauffassung in weiteren Kreisen des Volkes Propaganda machen wird. Wenn er von einem Anwachsen der sozialdemokratischen Partei spricht, so werden wir das abwarten müssen. Vorkäufig bin ich der Meinung, daß die sozialdemokratische Partei nicht sehr erheblich mehr zunehmen wird und daß alle diejenigen, die an der Wäter Thaten sich erbauen und an der schönen Entwicklung unseres deutschen Reiches ein Interesse nehmen, zusammenstehen werden in dem Kampf gegen das Anwachsen der Sozialdemokratie. (Beifall.) Im übrigen kann ich den Vorredner beruhigen. An Verfassungsbruch denkt keine der verbündeten Regierungen; und daß der Reichstag aufgelöst werden soll, ist mir bis zu dieser Stunde noch nicht bekannt. Das sind alles Phantome, Suppositionen, die aufgestellt werden, um schöne Rede zu halten, die aber jeder thatsächlichen Unterlage entbehren. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Abwarten!)

Ich habe nur noch das Interesse, die Auflösung des Vorredners über die Streikbewegung in den Hafenstädten nicht un widersprochen zu lassen. Wenn es je eine Arbeitseinstellung gegeben hat, die nach objektiver Beurtheilung der Verhältnisse unbegründet war, so ist es der Streik, den die Stauer (Zuruf links: Schauer!) jetzt in Hamburg inszenirt haben. Ich kann mir denken, daß jemand, der um des Lebens Noth schwer zu kämpfen hat, das Bedürfnis empfindet, sich mit seinen Genossen zu associiren, um bessere Lebensbedingungen für sich zu erkämpfen; wenn aber, wie hier in Hamburg, die Lebensbedingungen für diese Arbeiter solche sind, daß Hunderttausende und Millionen von deutschen Arbeitern sich danach sehnen, diese Lebensbedingungen zu erreichen (Lebhafte Jurens links), dann sage ich: Welte Kreise des Volkes werden diese Arbeitseinstellung als eine gerechtfertigte nicht ansehen. Der Vorredner hat von der Brutalität der Arbeitgeber gesprochen. Wo ist denn diese Brutalität? Anfangs November jetzt sich eine Kommission der Hamburger Schauer hin und begehrt von den Hederern, mit der Aufforderung in kürzester Frist eine Entscheidung zu fassen, eine Erhöhung ihres Durchschnittslohnes von 4,20 auf 5 M. Ich frage Sie: welcher deutsche Arbeiter oder wieviel deutsche Arbeiter verdienen 4,20 M. im Durchschnitt täglich? (Zuruf links.) Glauben Sie (zu den Sozialdemokraten) nur nicht, daß Sie mit der Behauptung, dieser Lohn sei niedrig und müsse erhöht werden, weil er den Lebensunterhalt des Arbeiters nicht deckt, bei den binnenländischen Arbeitern Glück haben. Aber weiter. Die Hedererei lehnt es ab, in der kurzen Frist auf die Forderung einzugehen, aber sie erklärt sich bereit, eine Erhöhung auf 4,60 Mark vorzunehmen. Das genügt den Schauern nicht. Es wird eine neue Leitung der Arbeiter gewählt und der Streik wird in Scene gesetzt. Ich lasse dahingestellt, ob der Ausstand von englischer Seite Nahrung empfangen hat. Das würde das Vorgehen in einem eigenthümlichen Lichte erscheinen lassen. Ich weise solche Vermuthungen zunächst zurück. Das ist aber unlegbar, daß der englische Führer Tom Mann nach Hamburg gekommen ist und sich der Ausstandsbewegung angenommen hat. (Hört, hört! rechts; Heiterkeit links.) Er ist nach England zurückgegangen. Daß die Streikbewegung einen internationalen

Charakter hat annehmen sollen, dafür sprechen eine ganze Menge Anzeichen. Die ausländischen Hafenplätze Rotterdam und Antwerpen sind zur Beteiligung aufgefordert worden, sie sind aber so klug gewesen, die Aufforderung abzulehnen. Als das bekannt wurde, waren die Arbeiter zum Nachgeben geneigt, aber die Meigung kam nicht zum Durchbruch, weil den Arbeitern gesagt wurde, daß zu anderer Zeit der Streik ausichtslos sei. Die Sozialdemokratie soll völlig unschuldig an dieser Bewegung sein. Was haben wohl die Reichstags-Abgeordneten v. Ein, Segen und Mollenhuth in Hamburg zu thun, hatt hier anwesend zu sein und den Saal füllen zu helfen? Der eine dieser Herren hat sich an Bord der Schiffe begeben, wo er nichts zu suchen und wozu er keine Erlaubnis hatte, um die Arbeiter zu haranguiere. Was denken sich die, welche die ordentlichen, braven Arbeiter in den Streik hineingeführt haben? Handelt es sich um eine Nothlage und um den Widerstand der Arbeiter gegen jede Verbesserung? Was soll aus den Arbeitern werden, wenn der Kampf noch Wochen und Monate fortgesetzt wird? Der Hamburger Arbeiter hält es länger aus, weil er Zugang von Arbeitskräften erhalten hat, auch aus England. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) So weit reicht die Internationalität nicht. Die englischen Arbeiter heimlich gern den Gewinn für sich ein. Der Winter ist vor der Thür, tausende von Arbeitern und ihre Familien hungern. Die Mittel sind bald erschöpft. Kann man es noch länger verantworten, die Arbeiter in ihrer Streikbewegung zu unterstützen? Diese Frage müßte jeder Vaterlandsfreund vernehmen. In Bremen war der Streik gerechtfertigter, als in Hamburg, denn die Löhne sind niedriger; aber die Fürsorge der Arbeitgeber für ihre Arbeiter macht auch diesen Streik ungerechtfertigt. Western ist es gelungen, auf Grund der Propositionen, welche am ersten Tage die Lagerhaus-Gesellschaft gemacht hat, zu einer Einigung zu kommen. Wer erhebt aber den Arbeitern ihren Sinn: Ausfall? Hoffentlich findet der Hamburger Streik auch ein schnelles Ende. Ich habe es anzuerkennen, daß die Arbeiter sich vollkommen korrekt benommen und keineswegs schuldig gemacht haben. Ich habe die korrekte Behandlung der Angelegenheiten seitens des Senats und der Rhetorikreise ebenfalls anzuerkennen. Aber wer es gut meint mit der Ordnung, der kann nur wünschen: Möge dieser Streik bald ein Ende finden! (Beifall.)

Staatssekretär Hollmann: Unter den vielen Angriffen des Vorredners sind manche, die ich nicht unwillkürlich lassen darf. Der Vorredner hat es als eines meiner vornehmsten Aufgaben erkannt, daß ich für die Sicherheit der Schiffe Sorge; ich soll es zugelassen haben, daß ein feindliches Schiff noch verwendet wurde. Das allein habe den Schiffbruch verursacht. Das ist der schwerste Vorwurf, der mir gemacht werden kann. Ein solches Urtheil sollte man nicht mit so leichtem Herzen aussprechen. Ich erkenne meine Verantwortlichkeit voll an in diesem wie in jedem anderen Fall. Wir sind nicht so leichtsinnig wie Herr Liebknecht. Wir lassen uns von jedem Schiffe Bericht erstatten über seine Seetüchtigkeit. Der letzte Bericht des Schiffskommandos vom März d. J. meldet, daß der Zustand des Schiffkörpers und der Kessel des Schiffes „tadellos“ noch vorläufig eine zweijährige Indiensthaltung des Schiffes gestattet. Es ist gar keine Rede davon gewesen, daß dieses Schiff in Seemuth gekommen ist, es ist außerhalb seines Kurzes gewesen. Weder der Kommandant, noch irgend einer von der Besatzung hat die Voraussetzung haben können, daß dieses Schiff scheitern würde. Alles deutet darauf hin, daß die Maschine langsamer ging. Dem Herrn Schwarz gönne ich das mehrfach aus dem Schiffbruch rettete Leben. Aber dabei bleibe ich, er ist nicht ein Seemann nach meinem Geschmack, auch nicht nach dem Geschmack unserer Marine; es fehlen ihm die Eigenschaften, die wir besonders schätzen: Wahre Gottesfurcht und ein lamenterbachtliches Gefühl für seine Berufsgenossen und das Vaterland für die eigene Ehre der Seemannschaft. Herr Schwarz fragt: Warum hielt der Kommandant seine Leute nicht zur Rettung an? Glauben Sie, daß er ein besonderes Vergnügen daran gehabt, auf diese Weise zu Grunde zu gehen? Er hat sich eben gefügt, daß Rettung unmöglich war. Es wären seine Boote und seine Rettungsgürtel zu benutzen. (Zuruf Hebel's: Und Land kommen!) Es war auch niemandem eingefallen, an seine Rettung zu denken aus eigenen Kräften. Der Kommandant ist todt. Man hat ihm den schwersten Vorwurf entgegengeschleudert ohne jeden Grund. Nun noch etwas, was gestern Herr Lieber schon sagte. Wenn man meine Worte aus dem Zusammenhang reißt, dann kann ihnen eine falsche Deutung gegeben werden. Alljährlich werden die Marinerekruten vor Ablegung des Eides in eine kirchliche Feier geföhrt, welcher der Kaiser selbst beivohnt. Die jungen Leute leisten danach den Eid vor Gott. Mit welchem Stolze, daß ist meine Meinung, müssen diese jungen Leute diesen Platz verlassen! Das würden die Herren auch sagen, wenn sie der Feier beigewohnt hätten. Wenn der Ernst der Situation herantritt, wenn der Eid verwirklicht werden soll, dann wird jeder von ihnen diese kirchliche Feier vor Augen haben. Sie werden aus ihrem Gemüth heraus zu Gott gezogen. Etwas anderes ist mir nicht in den Sinn gekommen. Ich muß mich wundern, daß diese Seite des Hauses (zu den Sozialdemokraten gewendet) dieser Dinge sich annimmt. Denn aus Ihren Aeußerungen hier im Hause und in der Presse kann ich kaum annehmen, daß Sie bereit sind, Gott zu geben, was Gottes ist, und dem Kaiser, was des Kaisers ist. (Beifall rechts.)

Abg. v. Stamm (Rp.): In bezug auf die Ausführungen des Abgeordneten Liebknecht beschränke ich mich auf die Hoffnung, daß die staatsrechtliche Stellung der Krone und ihres Verhältnisses zum Parlament niemals derartig beschaffen sein wird, daß sie den Beifall des Abg. Liebknecht findet. Hinsichtlich des „Kaisers“ konstatire ich, daß, nachdem die Mehrheit dieses Hauses sich in sympathischer und zustimmender Weise nicht bloß zum Verhalten der Mannschaft, sondern auch des Kommandanten geäußert hat, es den Sozialdemokraten nicht gelingen wird, Herrn Schwarz weß zu machen. Herr von Kardorff hat lediglich von den Wohnungsverhältnissen auf dem Lande gesprochen, und auch die Sozialdemokraten werden nicht bestreiten können, daß die ländlichen Arbeiter besser wohnen, als die städtischen. Ich billige ebenso wenig, wie mein Freund Kardorff, die Wege, welche auf Grund der kaiserlichen Erlasse von 1890 eingeschlagen sind. Ich bleibe nach wie vor auf dem Boden dieser Erlasse stehen, aber nicht in dem Sinne, wie sie der sonst hochverehrte frühere Handelsminister zum Theil ausgelegt hat. So bin ich beispielsweise nicht einverstanden mit der Thätigkeit der Kommission für Arbeiterstatistik und mit dem Richtungs-Beschluß u. s. w. Ich bestreite, daß diese Verordnung der notwendigen Ausfluß des hochherzigen und von mir gewiß so hoch wie von irgend jemand gestelltes Geistes sind, aus dem die allerhöchsten Erlasse hervorgegangen sind.

Was den Hamburger Streik anbetrifft, so konstatire ich, daß Tom Mann nicht bloß jetzt, nach dem Streik, in Hamburg erschienen ist, sondern daß von langer Hand her, seit weit über ein Jahr, englische Emigranten nicht bloß in Deutschland, sondern auch in Holland und Belgien sich herumgetrieben haben, um die Leute aufzuwiegeln. Die holländische und die belgische Regierung haben diese Leute ausgewiesen. Daß das englische Kapital dabei im Spiel ist, glaube ich nicht, jedenfalls weiß ich es nicht. Daß aber die englischen Arbeitervereine die Hamburger und sonstigen kontinentalen Hafenarbeiter aufzuwiegeln versucht haben, ist unzweifelhaft. Die Hamburger Arbeiter sind in erheblicher Weise von sozialdemokratischen Agitatoren unterstützt worden; und wenn Herr Liebknecht besritten hat, daß die Sozialdemokraten in diesen Streik überhaupt eingetreten seien, so hat er sich damit widersprochen. Er sagte: wir billigen jeden Streik; er hat von den Hamburger Arbeitern als seinen Genossen gesprochen. Die Sozialdemokraten sind für diesen Streik, wie

für jeden andern Streik verantwortlich. Herr Liebknecht sagte, daß der Lohn von 24 M. unzureichend sei; das ist sonderbar, wenn man bedenkt, daß das durchschnittliche Einkommen eines jeden Familienhauptes in Deutschland, gleichgültig ob arm oder reich, noch nicht 4,20 M. beträgt. Die englischen Gewerkschaften haben sich zu Zeiten entwickelt, wo die Arbeitgeber noch gar nicht daran dachten, sich zu assoziieren, und erst der Terrorismus der Gewerkschaften hat die Arbeitgeber gezwungen, zusammenzutreten im Interesse der Selbstverteidigung. Interessant ist aber das Zugeständnis, daß es sich in Hamburg gar nicht um eine wirtschaftliche, sondern um eine Machtfrage handelt. Das habe ich ja hier seit 20 Jahren immer behauptet, gegen den Willen der Sozialdemokraten, daß es sich hier nicht um ethische Fragen, sondern um eine reine Machtfrage handelt. (Abg. Liebknecht: Ich habe es nicht gesagt.)

Herr Liebknecht hat gegen unser Schulwesen die schrecklichen Vorwürfe erhoben und alles in den Himmel erhoben, was in England und Frankreich geschieht. Wer einigermassen die Statistik des Schulwesens verfolgt hat, der weiß, daß auch heute noch die Zahl der Analphabeten im Auslande sehr groß ist. Die deutsche Schule steht thurmhoch erhoben über der anderer Länder. (Lebhafte Zustimmung rechts, Widerspruch links.) Wenn aber der Abg. Liebknecht die Verhältnisse Frankreichs und Englands so bewundert, so bewundere ich sehr gutes Herz; wenn jemand eine Regierung, die zwei seiner besten Freunde ausgewiesen hat, lobt, dann hat er ein gutes Herz. (Beifall links.)

Abg. Graf Schwerin-Admiral (L.): Herr Richter hat den preussischen Landwirtschaftsminister jede Befugnis, Erhebungen anzustellen und hierbei die Mitwirkung der Provinzialämter in Anspruch zu nehmen, abgeprochen. Das widerspricht dem Befehl. Herr Richter tritt doch sonst für das öffentliche Verfahren ein, auch bei der Arme; warum soll aber die Einfuhr der Provinzialämter ein Geheimniß verbreitet werden. Wenn die billigen Preise die besten sind, dann könnte die Arme nur russischen Roggen einkaufen. Aber wenn man niedrige Getreidepreise für ein Unglück hält, dann muß die Militärverwaltung sich als einen Theil des Ganzen betrachten und darf nicht das Unglück dieser niedrigen Preise noch vergrößern. Ich hoffe, daß die Kriegsverwaltung ihr bisheriges Verfahren beibehalten wird. (Beifall rechts.)

Abg. Richter (fr. Sp.) behält sich vor, auf verschiedene Aeußerungen anderer Redner bei der zweiten Beratung zurückzukommen. Der Vorredner steht auf dem agrarischen Standpunkt, daß es nicht im Interesse der Steuerzahler liegt, möglichst billig zu kaufen. Damit läßt sich nicht diskutieren. Bezüglich der Preisnotirungen kann der Erlaß der preussischen Minister nur gebilligt werden, sobald unparteiische Beobachter die Preise ermitteln. Hier handelt es sich aber um einseitige Ermittlungen der Landwirtschaftskammer in Pommern, die kein Recht hat zu solchen Preisnotirungen, da darüber Bestimmungen noch gar nicht erlassen sind. Solche Bestimmungen würden sich nur auf die Börse beziehen, aber nicht auf anderweitige Preise. Die Landwirtschaftskammer wollte die Preisermittelung auch nicht für sich selber haben, sondern für die pommersche landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft, um, wie die Provinzialämter benehmen, eine Preisbremserei in Szene zu setzen.

Abg. Anze (Soj.): Als Herr von Kardorff der Regierung beschleunigte, daß sie zum alten sozialpolitischen Kurse zurückgekehrt sei, glaube ich nicht, daß Herr von Bötticher das so schnell bestätigen würde. Ueberraschend kommt uns das nicht, aber wie ich das verträgt mit dem kaiserlichen Erlass vom 4. Febr. 1890, das zu entscheiden muß ich dem Herrn überlassen. Herr Bötticher hat den Hamburger Ausstand als nach jeder Richtung hin unberechtigt bezeichnet. Derartige Ausführungen sind wir sonst in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und in der übrigen Unternehmerrpresse zu finden gewohnt. Kein Streik ist bisher von den Unternehmern als berechtigt anerkannt worden. Nur ein Streik, der der Konfektionsarbeiter, wurde von der Regierung als berechtigt anerkannt, und das mußte wohl wieder gut gemacht werden, nachdem Herr v. Werleber gegangen ist. Hunderttausende Arbeiter sollen sich nach den Hamburger Löhnen sehnen! Wer sich selbst in einer Lebenslage befindet, die mit der der Arbeiter nicht zu vergleichen ist, der sollte sich hüten, die Bestrebungen der Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lebenslage als unberechtigt zu erklären, zumal wenn er kein objektives Bild von der Lage der Arbeiter hat. (Sehr richtig! links.) Die Hafenarbeiter werden oft tagelang nicht beschäftigt, wenn infolge des Schwindels die Schiffe nicht die Erde herauskommen können, oder wenn im Winter diese Arbeiten überhaupt stocken. Von einem regelmäßigen Verdienst von 4,20 Mark kann keine Rede sein. Die Arbeiter kommen aber einen Jahreslohn von 800-900 M überhaupt nicht hinaus. Ist ein solcher Lohn für die Hamburger Verhältnisse wirklich so hoch? In Hamburg selbst, die Unternehmertreife ausgenommen, häßt man eine Lohnaufbesserung für zweckmäßig, zumal die Arbeiter durch den Zollanschluß in die Vorhände getrieben sind, wo sie ihre Miete zahlen müssen, während die Arbeiter deshalb außerhalb der Wohnung Mittag essen müssen. Von dem gewerkschaftlichen Ausschuss wollen die Hafenarbeiter auch etwas haben; sie befolgen den Rath, den der Kaiser beim Bergarbeiterstreik gegeben hat, daß diejenigen, welche an dem reichen Gewinn der Bergwerke theilnehmen, etwas mehr Geld für die Arbeiter geben möchten. Wer über diese Verhältnisse spricht, der hat die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, sich ein richtiges Bild zu verschaffen. Daß die sozialdemokratischen Agitatoren den Streik angefangen haben, ist unrichtig. Alle Kreise sind von dem Ausbruch des Streiks überrascht. Es besteht unter den Hafenarbeitern schon lange eine Bewegung, nicht infolge von Heberlein, sondern infolge des besseren Geschäftsganges. Als die Unternehmer ein Angebot machten, riefen die Leute, die Sozialdemokraten waren, zum Frieden. Sie wurden aber nicht angenommen. Das kam daher, weil die Hafen-Arbeiter das Angebot des Herrn v. Stamm befolgt haben, weil sie noch nicht organisiert waren, also den augenblicklichen Impulsen folgten. (Sehr richtig! links.) Wenn selbst die Bourgeoisie so dumm ist, den Schwindel von den englischen Millionen zu glauben, warum sollen die Arbeiterhaufen nicht ebenfalls daran glauben und dadurch in ihrem Widerstand bestärkt werden? Das sind die Folgen des Feudalsocialismus. Der Staatssekretär sprach von der englischen Brandstiftung in etwas eigenthümlicher Weise, anders als ein Mann sprechen sollte, wenn man eine große Follie, die Hunderttausende kostet und doch auch etwas leisten muß, was ja der neueste Prozeß zeigt, zur Verfügung hat. Ich vermute, Herr v. Bötticher, Sie sind sehr gut unterrichtet (Beifall rechts), aber Sie möchten es nur nicht sagen. Wenn von Brandstiftung aus diese englische Brandstiftung besonders kultiviert wird, so muß ich sagen: Der alte Reichskanzler kennt seine Leute; er meint, diese Leute sind eine Schwelmenzunft, der man alles zutrauen kann. Er muß sie ja kennen. Man sieht keinen hinter dem Dien, außer man hat selbst dahinter gestanden. (Sehr richtig! links.) Der Engländer Tom Mann ist an ärgerlichen über den Ausstand gewesen, er hat daraus geschimpft wie ein Hochverräter. Die Wünsche der englischen Arbeiter gehen auch auf eine Lohnaufbesserung, und sie hatten nicht aus Streiklust, sondern um etwas durchzusetzen, gleichzeitig streiken wollen, wenn es nicht anders ginge. Wenn das Koalitionsrecht vorhanden ist, muß man den Arbeitern auch gestatten, dasselbe anzuwenden. Die drei Abgeordneten, welche der Staatssekretär nannte, wohnen in Hamburg und Altona und an Herrn v. Ein hat sich der Polizeikommissar Nachmann wegen eines Schiedsgerichts gewendet. Herr Mollenhuth ist der Vertreter des Hamburger

Wahlkreises, welcher den Hafen einschließt. Wenn der Streik länger anhauert, wird es den Arbeitern schlecht gehen. Aber weiß der Staatssekretär nicht, daß seitens des Senats Herrmann, seitens des Vorsitzenden der Bürgerchaft und des Gewerbergerichts der Versuch zur Vereinbarung gemacht ist, daß die Arbeiter auf dieses Vorgehen bereitwillig eingegangen sind? Wenn dadurch nichts erreicht ist, so treffen alle Vorurtheile diejenigen, welche den Schiedspruch abgelehnt haben. Das sind die Hamburger Arbeitgeber, die den Frieden nicht wollen, weil sie hoffen, die Arbeiterschaft würde machen zu können, weil sie auf ihre Bundesgenossen, den Hunger, die Noth und das Elend der Arbeiter rechnen. Diese Bundesgenossen werden schlimme Wirkungen ausüben; aber die niederächtslichen Arbeiter werden sich nicht unterlegen lassen, namentlich wenn sie von der Arbeiterschaft ganz Deutschlands unterstützt werden. Über der Streik trifft die Unternehmung an der empfindlichsten Stelle, nämlich am Geldbeutel. Die Streikbrecher haben der schweren Arbeit fast sämmtlich den Rücken gekehrt. Die „Hamburger Nachrichten“ haben die Turner und die jungen Ebbens, der Bourgeoisie aufgefordert (Beifall rechts), an die Stelle der Arbeiter zu treten. Die gehen nach Hamburg, um sich zu amustren; wir haben ja gehört, wohin sie gehen (Beifall rechts), aber zu solchen schweren Arbeiten sind unsere Reserveoffiziere nicht zu gebrauchen (Beifall rechts). Im Hamburger „Fremdenblatt“ wird festgestellt, daß die Schauerleute jede Woche meist 8 Tage in Arbeit sind. Die Stauer, die Zwischenmeister, erhalten 75 Pf. für die Tonne, sie geben aber den Schauerleuten nur 50 Pf. Die Stauer haben ein Jahreseinkommen von 40-60 000 M.

Staatssekretär v. Bötticher: Der Vorredner hat nichts beigetragen, was meine Informationen als falsch darstellte. Meine Informationen beruhen auf amtlichen Berichten, da ich aus eigener Erfahrung nicht urtheilen kann. Daß meine Angaben richtig sind, beweist ein Artikel der „National-Zeitung“, in dem ein Schauermann selbst erklärt hat, daß der Jahresverdienst auf 1135 M zu schätzen ist. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: die vier Worte vorher: „in besonders günstigen Jahren!“) Danach gehören die Leute zu den besser situierten Arbeitern Deutschlands. Ich kann mich auch auf Herrn v. Stamm beziehen. Daß die Arbeiter außerordentliche Verluste zu erleiden haben, ist richtig. Die Werthe, die für den Hamburger Handel und die Hamburger Schifffahrt verloren gehen, sind enorm, deshalb müßte es Aufgabe jedes Vaterlandsfreundes sein, den Frieden herbeizuföhren. Man macht den Rednern den Vorwurf, daß sie auf den Schiedsrichteranspruch nicht eingegangen sind. Man wird ihnen aber nicht unrecht geben können. Einmal sollte nur ein Arbeitgeber ins Schiedsgericht aufgenommen werden bei der Vertretung der Arbeiter. Wenn auch die drei vorschlagenden Herren im Schiedsgericht sitzen, so muß man doch bei dieser lausmännlichen Frage die Theilnahme von lausmännlichen Sachverständigen verlangen. Ein anderer Grund für die Abweisung des Schiedsgerichts war wohl der Umstand, daß drei Reichstags-Abgeordnete daran betheiligt sein sollten. Die Herren waren wohl so vaterlandsfreundlich, daß sie die Reichstags-Abgeordneten nicht der Thätigkeit in diesem Punkte zuziehen wollten. Ob englischer Einfluß betheiligt ist, habe ich nicht zu untersuchen, sondern es gilt nur, einen zufriedenstellenden Zustand herbeizuföhren. Daß der englische Agitator manufakturen ist aber den Ausbruch des Streiks ist begründlich; es sollte eine große Ausstandsbewegung in allen europäischen Häfen inszeniert werden. Die Herren haben kein Glück gehabt in Norwegen, Schweden, Dänemark, Belgien u. s. w., bloß der weniger vorsichtige deutsche Arbeiter ist darauf eingegangen. Das genügt natürlich Herrn Tom Mann nicht. Ich hoffe, wenn wieder eine solche internationale Bewegung sich zeigen sollte, daß der deutsche Hafenarbeiter, gerührt durch die Erfahrung der Gegenwart, die anderen Arbeiter die Anstalten aus dem Feuer holen lassen wird.

Überföhrender Populärredner Klüppmann: Der schwere Streik der Hafenarbeiter in unserer ersten Handelsstadt schafft viel Unlust in Hamburg, nicht bloß unter den Arbeitern, sondern auch in allen Kreisen, vor allem auch in denen, deren ganzes Leben darauf gestützt ist, ihr Wort zu halten und die jetzt daran verhindert werden. Es war das höchste Interesse auch der Hamburger Regierung, möglichst bald diesen Streik zu beendigen; nichtsdestoweniger hat sie sich durchaus im Sinne der Reichsgesetze der Einmischung, sowohl nach der einen als nach der anderen Seite hin in Thaten wie in Worten enthalten, und es wäre sehr erwünscht gewesen, wenn dasselbe Verfahren auch im Reichstage eingehalten worden wäre. (Zusimmung.) Wer weiß hier die Sache ausgegangen? (Zuruf: Naachsel!) Wer hat hier heute Sympathie nur von der von ihm präparierten Sache allein zu beanspruchen gesucht? (Zuruf links.) Sie (zu den Sozialdemokraten) haben gesagt: Die Sozialdemokratie wäre durch den Streik überrascht worden, sie sei gegen den Streik gewesen. Damit geben Sie zu, daß der Streik unberechtigt war. (Lachen links.) Zweisellig. Tom Mann soll gegen den Streik gewesen sein. Er ist aber gerade von England herübergekommen, um den Streik zu machen und Unfrieden zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern zu stiften. Er hat eine Proklamation an die Arbeiter Hamburgs erlassen, in der er sagt, er sei von der internationalen Föderation her gesandt worden, um mit den Arbeitern Hamburgs gemeinsame Sache zu machen, und er fordert sie auf, nicht eher zu ruhen, als bis ihre sämmtliche Forderungen erfüllt seien. Es ist also Tom Mann nicht eingefallen, von dem Streik abzurathen, sondern er hat dazu gerathen. Die Hamburger Arbeiter sind in die falsche Vorstellung hineingekommen, als komme ihnen von außen die Hilfe, als würden sämmtliche Hafenarbeiter gemeinsame Sache mit ihnen machen, als wenn sie von England nicht nur Sympathie, sondern sie nicht leben können, sondern Geld und Unterstützung zu empfangen hätten. Dadurch würden die sozialdemokratischen Bemühungen, den Streik möglichst bald zu beendigen, gehemmt, und deshalb war die Ausweisung des Tom Mann vollständig gerechtfertigt. Was den Streik selbst betrifft, so handelt es sich nicht allein um die Lohnfrage; es sind auch andere Streitigkeiten hineingekommen worden. Man hat es falsch so dargestellt, als ob die Schauerleute nur einen durchschnittlichen Lohn von 800 M. jährlich hätten. Ich werde Ihnen das Gegenbeispiel beweisen aus einer Quelle, die Sie garnicht bestreiten können. Ihre Quellen (zu den Sozialdemokraten) rühnen wohl von Zeitungsgeschreibern her veröffentlicht aber ist das Lohnangebotsbuch der Schauer. Sie werden selbst zugestehen, daß die für die Speiserei und Speisungsberufsgenossenschaft eingereichten Lohnlisten unverfälscht Daten geben. Es sind da 15 Nummern aufgeführt: Der erste hat erhalten 1168 M., der zweite 1119, der dritte 1482,70, der vierte 1488, der fünfte 1829, der sechste 1224, der siebente 1782, der achte 1898, der neunte 1845, der zehnte 1774, der elfte 1880, der zwölfte 1482, der dreizehnte, der nur 175 Tage gearbeitet hat, 880, der vierzehnte, der 287 Tage gearbeitet, 1890, der fünfzehnte, der nur 184 Tage gearbeitet hat, 813,40 M. Wie wollen Sie nun selbst bei den Hamburger Lohnverhandlungen behaupten, daß diese Leute Hungerlöhne gehapt haben? Die Leute sind aufgereizt worden zu diesem Streik. (Widerspruch links.) Jauchsel! Die Sozialdemokraten reden täglich auf die Leute ein, daß ihre Lebenshaltung unvertäglich sei, und dann wundern sie sich, wenn die Arbeiter nachher streiken. Dann haben Sie (zu den Soj.) es nicht gethan, sondern es sind Ihnen die anderen zuvor gekommen, die Sie nicht haben zurückhalten können. Wir wollen hier nicht den Schiedsrichter spielen darüber, ob die Arbeitgeber recht haben oder nicht. Herr Liebknecht hat sie hier ausgehimpft (Zusicherung). Jauchsel! Enthalten wir uns, irgend eine Partei zu nennen und hoffen wir, daß es zum Frieden kommt; vor allen Dingen enthalten Sie sich, das Feuer noch zu schüren dadurch, daß Sie sich einseitig auf die eine Seite stellen gegen die andere Seite. Dadurch werden Sie zum Frieden beitragen und Ihre Freundschaft für Hamburg beweisen.

Herr v. Bismarck (Soz.) stellt zunächst fest, daß ein von ihm gebrachter Ausbruch bezüglich der Offiziersrede nicht aus einem von ihm angelegenen Artikel der 'Kraus-Zeitung' entnommen war, sondern seine eigene Äußerung gewesen. Die Arbeiter haben das Schiedsgericht nicht zurückgewiesen, sondern die Arbeitgeber. Die Zusammenziehung des Schiedsgerichts hatte nicht und Schritten gleichmäßig vertheilt. Der Herr Senator hätte seine Mahnungen also an Herrn v. Bismarck richten sollen. Herr v. Bismarck hat die merkwürdige Fähigkeit, mich stets mißzuverstehen. Nicht ich habe von einer Machfrage gesprochen, sondern daß haben die Arbeitgeber gethan. Wir wollen keine Streiks anstellen, aber wenn die Fortsetzung des Streiks von den Arbeitgebern so frivoll erzwungen wird, so ist jetzt jedenfalls das Recht auf Seiten der Arbeiter. In besonders günstigen Jahren verdienen die Schauerleute 1100 M.; können die Herren Arbeitgeber davon leben? Der Streik hat die organisierten Arbeiter überrascht. Der Vorredner irrt, wenn er sagt, daß ich die Sache hier zuerst zur Sprache gebracht habe. Das ist seitens des Herrn Vaasche geschehen, der im Interesse des Kapitals gegen die Arbeiter mit ungerathen Vorwürfen kam, so daß wir dagegen aufstehen mußten. (Sehr wahr! laut.) Was ich bezüglich der Verantwortlichkeit des 'Littis' gesagt habe, hat wochenlang in den bürgerlichen Zeitungen gestanden, ohne daß Widerspruch erhoben worden wäre. Wenn Herr v. Bismarck bloß von den Wohnungen auf dem Lande gesprochen hat, so widerspricht das den Mittheilungen, welche Westliche darüber gemacht haben. Das Urtheil über die Wohnungsverhältnisse auf dem Lande wurde zusammengefaßt in die Worte: lässlich — schändlich! Eine Untersuchung hat geradezu haarsträubende Ergebnisse zu Tage gefördert.

Herr Graf Schwerin (L.) bezieht die Ausführungen Richter's über die Befugnisse der Landwirtschaftskammern als unrichtig.

Herr v. Mollenhuth (Soz.): Ich war nicht wenig überrascht, zu hören, in welcher brillanten Lage sich die Schauerleute befinden. Wäre die Angabe richtig, dann wäre der Streik frivoll. Herr Klugmann theilte die Höhe von 15 Schauerleuten mit; es sind das wohl Leute in bester Stellung; aber in dieser Lage befindet sich nur ein geringer Bruchtheil. Von den Löhnen müssen erhebliche Abzüge gemacht werden. Die Schauerleute müssen täglich mehrmals ein Fährboot benutzen; dafür kommen täglich 40 bis 60 Pf. in Abzug, ferner die Ausgabe für Essen in Gastwirtschaften, außerdem wird der Lohn auch meist in Gastwirtschaften ausgegibt. Gerade die organisierten Arbeiter, die Sozialdemokraten, haben vor den Auswanderern gewarnt. Vor zwei Jahren räumte Simon sich, daß es ihm gelungen sei, den Lohn für das Getreidetrödeln um 5 Pf. per Tonne herabzubringen. Einen solchen Druck üben die Steuer auch aus; es ist deshalb begreiflich, daß in guten Zeiten die Arbeiter das Verlorene wieder einzubohlen suchen. Die Hafenarbeiter verlangen denselben Lohn wie andere ungelernete Arbeiter. Die Handlanger bekommen schon 5 M. Lohn in Hamburg; sie verlangen eine bessere Eintheilung der Arbeit, damit sie nicht immer dort und fort hin- und herkommandirt werden können. Das Schiedsgericht ist zurückgewiesen. Daran waren nicht bloß die Hamburger Arbeiter betheilig, sondern auch andere industrielle Verbände, namentlich auch die englischen Arbeiter. Wir ist vorgeschrieben worden, was ich in Hamburg zu thun habe, wo ich hier sein sollte. Ich bin ziemlich regelmäßig hier, aber ich hielt es für nothwendig, die Interessen der Arbeiter meines Wahlkreises zu fördern. Die Arbeiter haben bewiesen, daß sie den Frieden wollen, die Arbeitgeber wollen die Fortsetzung des Kampfes. Sie wollen nur durch das Zusammenziehen von Arbeitslosen einen Druck ausüben, denn die Zugiehenden sind für die Hafenarbeiten kaum zu gebrauchen. Wenn solche ungelerneten Arbeiter das Verkaufen der Waaren besorgen, dann könnte leicht einmal auf See die Sabung überhandnehmen und das Schiff zu Grunde gehen. Dafür wären dann die Unternehmer verantwortlich, welche die ungelerneten Arbeitskräfte verwenden haben.

Nachdem nochmals Herr Richter auf die Frage der pommerischen Landwirtschaftskammer zurückgekommen, wird die Debatte mit einigen persönlichen Bemerkungen geschlossen.

Der größte Theil des Etats wird darauf der Budgetkommission überwiesen.

Schluß nach 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Erste Beratung von Rechnungsvorlagen und des Vertrages mit Nicaragua, Petitionen.)

Prozeß Tschert-v. Lühow.

Als Wiederholung der Sitzung findet der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Müller den Anwalt Dr. Pöhl, ob der Angekl. v. Lühow ihm einmal einen demüthigenden Artikel über eine Krankheit des Kaisers angehängt habe. Dr. Pöhl bestritt dies. Er habe den Artikel zurückgewiesen, weil er seinen Inhalt medizinisch nicht für zutreffend hielt. Oberstaatsanwalt Drescher: Um alle Mißverständnisse zu vermeiden, muß gesagt werden, daß es sich um den in der Presse mehrfach aufgewärmten Rath von einem Ohrenleiden Sr. Majestät handelt.

Oberstaatsanwalt Drescher: Ich möchte den Angeklagten v. Lühow ganz bestimmt fragen, ob er von dem Kommissarius v. Tausch nicht den Auftrag erhalten habe, Ermittlungen nach der Autorschaft eines Artikels der 'Münchener Neuesten Nachrichten' anzustellen, welcher sich mit der Militär-Strafprozeßnovelle beschäftigte und ganz zu Unrecht gegen den damaligen Minister v. Müller ausgesprochen wurde, dem man fälschlich den Vorwurf der Indiskretion machte. — v. Lühow: Er erinnere sich nicht eines Artikels der 'Münchener N. N.' sondern nur eines solchen im 'Dann. Courier', der von dem Redakteur Heller herrühren sollte. Er habe einen Auftrag zur Aufklärung von Herrn v. Tausch weder direkt noch indirekt erhalten, ferner diesen Herrn aber schon seit Jahren, möglicherweise — setzte er hinzu — haben wir darüber privatim gesprochen. — Oberstaatsanwalt: Ich habe nichts weiter anzuführen, glaube aber, daß dem Angekl. v. Lühow Material noch gelte genug in die Erinnerung gebracht werden wird.

Zeugenerkennung.

Als erster Zeuge wird der Berichtshalter des Wolff'schen Bureaus vernommen, der Graf, 68 Jahre alt: Das Telegraphen-Bureau hatte ein Interesse daran, die Depesche über den Verlauf des Kaiserthums in Breslau sobald wie möglich in einem Vorbericht zu erhalten. Er glaube, da der Zar seine Absicht mit ziemlich leiser Stimme hielt und er sich nur in einem Nebenzimmer untergebracht war, den Ausbruch 'quo mon père' gehört zu haben. Der Ausbruch erschien ihm im ersten Augenblick etwas fremdartig, obgleich er wußte, daß auch Kaiser Alexander III. bei einer Tischrede die Worte des Kaisers Wilhelm I. ähnlich mit einem Hinweis auf die traditionellen Freundschaftsbeziehungen zwischen beiden Höfen erwidert hatte. Er (Zeuge) habe zu seiner Sicherheit den Stenographen des Zivilkabinetts gefragt, welcher die Worte ebenso verstanden zu haben glaubte; er habe dann aber versucht, den Chef des Geheimen Zivilkabinetts, Herrn v. Lucanus, zu sprechen, was ihm aber nicht sofort gelang. — Die Feststellung solcher Tischreden allerhöchster Personen geschieht niemals durch das Hofmarschallamt, sondern stets durch das Zivilkabinet. Er sei an jenem Tage sehr abgelenkt gewesen und habe zu seinem großen Bedauern den Fehler begangen, den von ihm verstandenen Text in dem Vorbericht hierher zu telegraphiren ohne vorher über die Wichtigkeit

im Zivilkabinet sich erkundigt zu haben. Er habe aber sofort, als er später den vollständigen Text aus dem Zivilkabinet erhielt, diesen ohne jeden Verzug seinem Bureau überreicht. — Durch Befragen des Reichsanwalts Lubczynski wird festgestellt, daß das Wolff'sche Bureau den Wortlaut einer Kaiserrede niemals erhält, ehe sie nicht dem Geheimen Zivilkabinet vorgelegt hat und daß es in Breslau das erste Mal war, daß der Zeuge in dieser Form selbständig einen Vorbericht über eine Kaiserrede telegraphirte. Der Vertheidiger erklärt es für sonderbar, daß in einer so hochpolitischen Angelegenheit Herr v. Lucanus und der Zeuge, die doch dabei auf einander angewiesen seien, sich zur Ablehnung des Telegramms nicht zu treffen vermochten. — Der Zeuge erwidert, daß er sich nicht in demselben Saale wie Eggelsen v. Lucanus befand und dieser ihn unmöglich treffen konnte. — Um die Glaubwürdigkeit des Zeugen zu prüfen, richtet Reichsanwalt Lubczynski einige Fragen an diesen, die sich auf die Raumverhältnisse des Breslauer Schlosses beziehen und darauf hinauslaufen, daß der Zeuge an seinem Standpunkte schwerlich überhaupt etwas von der Rede des russischen Kaisers habe hören können. Der Vorsitzende schneidet diese Fragen als unerheblich ab. — Der Zeuge erklärt noch, daß er den Hofmarschall Grafen v. Gulemburg überhaupt erst am Sonntag, den 8. September, gesprochen habe, um von ihm zu erfahren, wen der Kaiser von Rußland empfangen habe. — Oberstaatsanwalt: Damit erledigt sich wohl die Behauptung, daß Graf v. Gulemburg Ihnen den falschen Text in die Feder diktiert habe. — Der Zeuge erklärt dies für eine durchaus erkundete Behauptung. Jeder Journalist von Fach wisse, daß er seine Berichte nicht vom Hofmarschallamt, sondern vom diensttuhenden Flügeladjutanten erhalte und daß der Text solcher Reden lediglich von dem Zivilkabinet und nie vom Hofmarschallamt ausgefertigt werde. Außerdem pflege der Kaiser seine Reden im Zandale frei zu sprechen, sie werden dann von einem Stenographen aufgenommen und der Wortlaut später im Geheimen Zivilkabinet festgesetzt.

Angeklagter v. Lühow sucht in längerer Ausführung über die räumlichen Verhältnisse des Breslauer Schlosses darzulegen, daß es Herrn de Grahl unmöglich gewesen sei, von seinem Standorte überhaupt etwas zu hören. Er verweist ferner auf eine Reihe französischer, russischer und deutscher Blätter, die f. Z. übereinstimmend gemeldet hatten, daß der Text thatsächlich die Wendung 'quo mon père' enthalten habe, daß dieser Text aber nicht recht gefiel, ebenso wie auf russischer Seite der Hinweis des Kaisers Wilhelm auf die Waffenbrüderschaft von 1818—15 nicht bequem war und daß infolge dessen der abgeänderte Text zu Stande gekommen sei.

Reichsanwalt Lubczynski verweist darauf, daß der Zeuge in seinem Vorberichte die übrigen Worte der Kaiserrede so verstanden habe, wie sie der Wirklichkeit entsprechen und daß nur gerade in bezug auf die qu. Stelle ein Irrthum passiert sei. Der Vertheidiger beantragt ferner, den Staatssekretär Herrn v. Marschall aufzufordern, den Bericht mitzubringen, in welchem behauptet wurde, daß Herr de Grahl 'auf einer Gallerie' (nicht in einem Nebensaale) gestanden habe. — Der Zeuge erklärt, daß dieser Bericht doch nicht von ihm herrühre, also ein Widerspruch mit seiner heutigen Aussage daraus nicht zu konstruiren sei.

Der Gerichtshof beschließt, diesem Antrage zu entsprechen. Zweiter Zeuge, Redakteur Hippel von der 'Täglichen Rundschau', bekundet, daß der Angeklagte Ledert zum ersten Male Ende August d. J. in die Redaktion gekommen sei, sich als Berichtserstatter vorgestellt und um Annahme seiner Artikel gebeten habe mit dem Hinweis, daß er vorzügliche Verbindungen habe. Der Zeuge hat seines Wissens nur zwei kleine Artikel aufgenommen. Als Ledert sich darüber beschwert habe, daß so wenig Artikel von ihm genommen würden und als der Zeuge ihm erwidert habe, daß Nachrichten, deren Quelle der Redakteur nicht kenne, dadurch an Werth verliere, habe Ledert auf Ehrenwort versichert, daß er vom Staatssekretär v. Marschall empfangen werde und daß dieser auf die Veröffentlichung seiner Artikel besonderen Werth lege. Ledert habe überhaupt mit seinem Ehrenwort herumgeworfen. Nachdem der Artikel in der 'Täglichen Rundschau' erschienen war, sei Ledert wieder in die Redaktion gekommen, habe seiner Enttäuschung über den Artikel Ausdruck gegeben und erklärt, daß er den Inhalt des ersten Artikels in allen Punkten aufrecht halte, er werde es der Redaktion der 'Deutschen Tages-Zeitung' schon besorgen. Zeuge ergibt sich dann das weitere über seine Auffassung der Beziehung zwischen Ledert und Lühow, die er als sehr intim ansieht. Die Intimität der beiden geht auch daraus hervor, daß v. Lühow immer ganz genau davon unterrichtet war, was Ledert bei ihm (Zeugen) that. Ledert wiederum habe alles, was v. Lühow erzählt hat, stets als Selbsterlebtes dargestellt. Dazu gehören wohl auch seine angeblichen Beziehungen zu Herrn v. Bronsart.

Angekl. Ledert: Ich hatte keine Beziehungen zu Herrn v. Bronsart. Präsi.: Angeklagter, ist bei Ihnen vielleicht eine starke Erinnerung mit im Spiele? Sie sind ein junger Mensch und aus Ihren Korrespondenzen ergibt sich, daß Sie an starker Selbstüberschätzung leiden. Haben Sie vielleicht geglaubt? — Der Angeklagte giebt dies als möglich zu. — Oberstaatsanwalt: Ist möglich die Behauptung von der beim Reichsanwalt erhaltenen Äußerung auch auf diese Meinung des Angeklagten zurückzuführen?

Angeklagter Ledert: Nein, die Mittheilung über die Besprechung mit dem Reichskanzler halte ich für aufrecht.

Ämtliche Auskunft über den Sittich Lühow.

Da der Zeuge Hippel u. a. auch erwähnt hatte, daß Dr. Hamann ihm den Herrn v. Lühow als Agenten der Polizei bezeichnet hat, beantragt Oberstaatsanwalt Drescher die Verlesung der ämtlichen Auskunft des Polizei-Präsidenten darüber, inwiefern es in der Lage sei, ein Urtheil über die Zuverlässigkeit des Herrn v. Lühow als Vertrauensmann der Polizei abzugeben. Aus der ämtlichen Auskunft werde hervorgehen, daß Herr v. Lühow in der That wiederholt Aufträge zur Ermittlung als Vertrauensmann der politischen Polizei erhalten und daß er sich dabei nach der Ansicht des Polizeipräsidenten nicht mehr oder minder glaubwürdig erwiesen habe als alle seine Leute.

Vors.: Der Gerichtshof wird darum zu prüfen haben, ob das Soeben vom Staatsanwalt überreichte Schriftstück etwa ein Zeugniszeugnis ist. — Oberstaatsanwalt: Um keine Schwierigkeiten zu machen, verzichte ich übrigens auf die sofortige Verlesung des Schriftstückes; die Sache kann bei Vernehmung des Herrn v. Tausch erledigt werden. — H. A. Lubczynski: Nachdem der Herr Oberstaatsanwalt in dieser Weise auf den Inhalt des Schriftstückes Bezug genommen, beantrage ich die Verlesung. — Der Gerichtshof beschließt, die Auskunft nicht zur Verlesung zu bringen, da sie, soweit sie Thatfachen betrifft, auf die Berichte des Herrn v. Tausch Bezug nimmt, soweit sie dagegen Urtheile über Lühow enthält, als Zeugniszeugnis angesehen und deshalb die Verlesung für unzulässig erklärt werden muß.

Nunmehr erscheint als Zeuge

Reichskanzler Fürst Hohenlohe.

Vors.: Der Gerichtshof ist in der Lage gewesen, Frau Durchlaucht als Zeuge laden zu müssen, da der Angeklagte Ledert behauptet, in Breslau von Frau Durchlaucht zu kurzer Unterredung empfangen worden zu sein. Zeuge: Ich kann keine bestimmte Auskunft geben. Ich weiß nur, daß ich im Vorzimmer meiner Wohnung in Breslau einen jungen Mann gesprochen habe,

der vielleicht der Angeklagte gewesen sein kann. Was er mir gesagt hat, weiß ich nicht mehr, ebenso wenig, was ich ihm gesagt habe, so wenig Bedeutung legte ich der Sache bei. Ich habe aber meinen Kammerdiener gefragt, ob ihm etwas von dieser Begegnung noch im Gedächtnis geblieben ist. Nach dessen Erinnerung ist folgendes festzustellen, daß während ich mich ausklebete, um auszugehen, an der Thür geklopft wurde. Der Kammerdiener sah nach und fand einen jungen Mann vor, welcher eine Karte und eine Mandatverfälschung vorwies und von mir empfangen sein wollte. Ich ließ ihm sagen, daß dies nicht angehe, er erwiderte aber, daß er mir wichtige Mittheilungen zu machen habe. Als ich aus meinem Zimmer kam, fand ich den jungen Mann im Vorzimmer. Er theilte mir etwas mit, ich kann jedoch mit Sicherheit darüber eine Auskunft nicht geben. — Vors.: Irigend etwas? — Zeuge: Er theilte mir etwas mit und ich habe an ihn vielleicht auch eine Frage gerichtet. — Oberstaatsanwalt Drescher: Michete der junge Mann an Frau Durchlaucht die Frage, wer etwa Nachfolger des Fürsten Lobanow sei? — Zeuge: Es ist möglich, daß dies der Fall gewesen ist, da die Sache damals durch die Zeitungen ging. Ich hätte jedoch schwerlich etwas antworten können, da mir nichts darüber bekannt war.

Angeklagter Ledert: Ich richtete an Frau Durchlaucht eine Frage über die Aussichten des Grafen Kapnist als Nachfolger des Grafen Lobanow. — Zeuge: Es kann dies möglich sein.

Staatssekretär von Marschall.

Vors.: Das Zeugnis Frau Eggelsen ist vom Gericht in zwei Richtungen für erforderlich erachtet worden, einmal dahin gehend, in welchen Beziehungen Frau Eggelsen selbst oder das auswärtige Amt zu den Angeklagten Ledert und v. Lühow gestanden haben, sodann, welche Stellung das auswärtige Amt gewissen Zeitungen und den in den reichsoffiziösen Zeitungen veröffentlichten Artikeln gegenüber einnimmt. Ich frage zunächst, ob Frau Eggelsen einer von den beiden Angeklagten bekannt ist? — Zeuge: Nein. Den ersten Angeklagten habe ich nie gesehen. — Vors.: Haben Frau Eggelsen den Ledert jemals empfangen? — Zeuge: Gehen so jungen Menschen würde ich überhaupt nicht empfangen. Ich erkläre bestimmt, daß dies nicht der Fall ist. Die einzige Möglichkeit wäre, daß er mir vielleicht mal im Reichstage, wo mir manche Herren von der Presse vorgestellt werden, gleichfalls vorgestellt worden ist. Jedoch erinnere ich mich dessen nicht. — Vors.: Ist Frau Eggelsen bekannt, daß sich der Angeklagte auf Beamte des auswärtigen Amtes als Gewährsmann seiner Nachrichten beruft und daß er behauptet, er habe die Information zu seinen beiden Artikeln, die unter Anklage stehen, von Beamten des auswärtigen Amtes, von der 'Umgebung des Herrn v. Marschall', wie er sich ausdrückt? Haben Frau Eggelsen vielleicht eine Auftragsunter den Beamten des auswärtigen Amtes gehalten, um diesen Gewährsmännern auf die Spur zu kommen?

Zeuge: Nachdem mir bekannt geworden ist, daß sich der Angeklagte auf Beamte des auswärtigen Amtes als seine Gewährsmann beruft, habe ich sofort eine schriftliche Anfrage unter allen Beamten des auswärtigen Amtes bis herab zu den Subalternen und Unterbeamten gehalten, ob sie jemals eine Beziehung zu dem Angeklagten unterhalten haben. Alle haben ohne Ausnahme erklärt, daß dies nicht der Fall sei. Ich habe mich auch dem Herrn Oberstaatsanwalt gegenüber bereit erklärt, eventuell als Zeuge als Zeugen laden zu lassen und sie von ihrem Dienstgeheimnis zu entbinden. Nach meiner Ansicht handelt es sich jedoch in dieser ganzen Sache um den bekannten 'großen Unbekannten', der hier im Gerichtssaale sehr wohl bekannt ist. Was meine Kenntnis über das Zustandekommen der Depesche über den Kaiserthron betrifft, so setze ich voraus, daß der Stenograph des Geheimen Zivilkabinetts nicht in der Lage sei, steno-graphisch die Stenographiren, ich habe deshalb den Tschert des Kaisers von Rußland sofort so aufgeschrieben, wie ich ihn gehört habe und habe den Text von einem hochgestellten russischen Beamten verifiziren lassen. Unter den Theilnehmern der Galathea konnte gar kein Zweifel darüber obwalten und wußte nicht ob, was der Kaiser von Rußland gesagt habe. Ich reiste am 7. September nach Karlsruhe ab und ließ in der Zeitung zu meinem Ersinnen, daß das Wolff'sche Bureau einen falschen Text der Rede veröffentlicht habe. Ich telegraphirte deshalb von Karlsruhe aus sofort an das auswärtige Amt und wies dasselbe an, Nachforschungen darüber anzustellen, wie es möglich war, daß das Wolff'sche Bureau noch vor der Zustellung des ämtlichen Wortlautes einen Vorbericht mit einem falschen Text veröffentlichte. Da hat sich denn ergeben, daß hier ein Versehen des Berichtserstatters de Grahl vorlag. Daß ein Doppeltext des Textes vorhanden gewesen sei, von denen der eine zurückgewiesen und der andere akzeptirt worden sei, ist missige Erwähnung. Von Verabredungen nach dieser Richtung hin mußte ich etwas wissen, solche Verabredungen haben nicht bestanden. Das Hofmarschallamt hat mit diesen Dingen überhaupt nichts zu thun, sondern nur das Zivilkabinet. Als ich Ende September nach Berlin zurückkehrte, erfuhr ich von den Artikeln der 'Welt am Montag', die ich bis dahin gar nicht kannte, und der 'Staatsb.-Ztg.', die sich mit der angeblichen offiziellen Preiswirthschaft und der Fälligkeit des Kaiserthrones befaßt hatte. Ich war höchst erstaunt darüber, erwiderte aber dem Herrn Dr. Hamann auf dessen Frage, ob man eine Berichtigung loslassen solle, daß dies nicht nötig sei, da die Sache zu unstatig sei und daß eine Berichtigung höchstens vom Wolff'schen Telegraphen-Bureau ausgehen könne. Letzteres hat dann auch bald darauf ein Dementi gebracht. Eines Tages erhielt ich dann einen Brief des Herrn Dr. Pöhl mit Anfragen über die Wahrheit oder Unwahrheit der Mittheilungen in der 'Welt am Montag'. Dr. Pöhl wurde von Herrn Dr. Hamann empfangen und dieser ließ dem Dr. Pöhl keinen Zweifel darüber, daß alles Schwindel sei. Dem Dr. Pöhl wurde dann gesagt, daß wenn alles Schwindel sei, er doch kein Interesse daran haben könne, den Namen des Verfälschers zu verschweigen. Daraufhin ist dann der Name des Herrn v. Lühow von Pöhl genannt worden. Ich erkundigte mich, weshalb dieses Kind der Herr v. Lühow sei und erfuhr, daß derselbe in Journalistenkreisen in dem Rufe stehe, ein Agent der politischen Polizei zu sein.

Herr v. Marschall über Polizeispittel.

Als ich erfuhr, daß dieser Vertrauensmann der politischen Polizei seine Hände im Spiele habe, nahm ich die Sache sofort ernst und gerade dies Moment bestimmte mich, die Sache zur gerichtlichen Verhandlung zu bringen. Ich weiß, daß die Mittheilungen dieser Personen oft am giftigsten wirken, denn diese Leute machen sich oft eine gewisse Autorität an, die sie nicht besitzen, sie stützen sich die Dinge von Ohr zu Ohr und sie sind unfaßbar. Ich bat um den Besuch des Polizeipräsidenten. Derselbe wußte von nichts, er kümmerte sich selbstverständlich um die einzelnen Agenten nicht; aber er sagte mir bei der Unterredung: Herr Kriminalkommissar v. Tausch habe ihm auch die Meldung gemacht, daß dieser Artikel aus dem auswärtigen Amt stamme. Ich erwiderte, daß es für mich doch äußerst wichtig sei, wenn ein Kriminalkommissar ämtlich seinem Vorgesetzten mittheilt, eine solche Zusage stammte aus einem Amt, dem ich vorstehe. Ich ersuchte um Ermittlung, ob etwa Herr v. Lühow dahinter stecke, der Polizeipräsident bestätigte mir dies schon nach einiger Zeit und ich fand meine Vermuthung gleichfalls bestätigt, daß v. Lühow im Dienste der politischen Polizei stehe. Der Minister des

Innern hat mir später das betreffende Altkennzeichen des v. Tausch zur Verfügung gestellt. — Bei den Unterredungen mit diesem ergab sich der Eindruck, daß Herr v. Tausch alle Schuld auf Herrn Ledert wälzen und den v. Lühow möglichst entlasten wollte. Ich erwiderte: Da einer von beiden sich die Mittheilung einfach aus den Fingern gelogen haben muß, so ist ohne Anhaltspunkt nicht einzusehen, warum gerade Ledert dies gethan haben muß. Ich habe später Herrn Dr. Hamman beauftragt, verschiedene Korrespondenten, die ihn besuchten, zu bitten, nachzuforschen, wer der Herr v. Lühow eigentlich sei, und ihnen nahe zu legen, daß hier von einem Redaktionsgeheimnis keine Rede sein könne, denn hier handle es sich darum, ein Verbrechen zu entlarven, an dessen Beilegung die ausländische Presse das lebhafteste Interesse haben müsse. Es wurde dabei bestätigt, daß Herr v. Lühow als Agent der Polizei gette. Noch einen anderen Umstand muß ich hier erwähnen. Ich wußte den Namen des v. Lühow nur von Herrn Widj. Hatte dieser ihn mit nicht als Verfasser genannt, hätte ich diesen Namen vielleicht nie erfahren. Dafür sprechen meine Erfahrungen.

**Die „Kamarilla-Artikel“.**

Der Zeuge geht nun auf die „Staatsbürger-Zeitung“ ein. Schon seit länger als Jahresfrist seien in diesem Blatte Artikel erschienen, in denen angedeutet wurde, daß in dem Auswärtigen Amt die Quelle zu suchen sei, aus der die Verhörungen von hohen Beamten gegen einander kammen. Sein Name werde mit einer „Kamarilla“ in Verbindung gebracht, es werde behauptet, daß die Fäden der Intrigen in der Wilhelmstraße zusammen liefen und ähnliche Andeutungen mehr, die keinen Zweifel darüber ließen, daß die Spitze sich gegen das Auswärtige Amt richten solle. Es läge hier einer der Fälle vor, daß man eine bestimmte Person im Auge habe und doch vermeiden wolle, mit dem § 155 Str.-G. in Konflikt zu kommen. Im vorigen Jahre sei in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ ein Artikel über die Militär-Strapazens-Novelle erschienen. Damals habe die „Staatsbürger-Zeitung“ ebenfalls angedeutet, daß die Quelle des Artikels im Auswärtigen Amt zu suchen sei und bezwecke, die Minister Bronsart v. Schellendorf und v. Koller zu verhexen. Es seien Ermittlungen nach dem Verfasser des Artikels angestellt worden, welche aber nur den Erfolg gehabt hätten, festzustellen, daß in dem Ministerium des Innern keinerlei Indiskretion begangen sei. Darauf habe er seinem Legationsrath Dr. Hamman in München den Vorschlag gemacht, er möge sich doch direkt an Dr. Hirth, den Verleger der „M. N.“, wenden und an dessen Patriotismus appelliren. Dr. Hirth sei dann selber zu ihm gekommen, habe eine lange Unterredung mit ihm gehabt und ihm erklärt: Der Artikel stamme gar nicht aus Berlin, sondern aus München aus einer Unterredung und daraus sei dann ein Berliner Depeche gemacht worden. Den Gewährsmann könne er nicht nennen, aber jede Möglichkeit hiesiger In- spiration sei ausgeschlossen. Er sei dann sofort zu Herrn General v. Schellendorf gegangen und in einer Aussprache zwischen den beiden Ministern Bronsart und Koller sei die Sache zur vollen Befriedigung gelöst worden.

Als der Prozeß gegen v. Lühow im Gange war, habe der Zeuge vom Kriegsminister v. Wolter erfahren, daß der Kriminalkommissar v. Tausch den Journalisten Stukusch im literarischen Bureau des Ministeriums des Innern als denjenigen bezeichnet habe, welcher ihm anvertraute Geheimnisse verrathen habe. v. Tausch habe erklärt, daß der jetzige Angeklagte v. Lühow ihm diese Mittheilung gemacht habe.

Einige Tage später sei im „Hamburger Korrespondenten“ ein Artikel über die Militär-Strapazens- Ordnung erschienen und ebenso unter dem 28. April d. J. ein Artikel ähnlichen Inhalts in der „Köln. Ztg.“, der Dinge enthielt, welche der Verfasser nur durch einen Vertrauensbruch erfahren konnte. Auch bei dieser Gelegenheit habe man auf das Auswärtige Amt verwiesen. Der Zeuge habe vor einigen Tagen der „Köln. Ztg.“ angezeigt, daß dieser Artikel auch in dem gegenwärtigen Prozeß eine Rolle spielen würde, und hieran das Ersuchen geknüpft, ihm nunmehr den Verfasser zu nennen. Darauf habe er gefälligst erhalten, worin sich der Hauptmann A. D. Friß Hühig als Verfasser bekenne, aber gleichzeitig die Versicherung abgegeben habe, daß seine Informationen nicht von irgend einem Beamten herrührten, es sich vielmehr um eine Privatarbeit handle.

**Das Presbureau des Auswärtigen Amtes.**

Der Zeuge erörtert sodann die Geschäftsführung in dem Presbureau des Auswärtigen Amtes, welches unter der Leitung des Wirklichen Legationsrathes Dr. Hamman stehe. Das Presbureau sei ein notwendiges Uebel, am liebsten sähe der Zeuge, daß es dies Institut entbehren könne. Es gäbe eine ganze Reihe von Blättern, welche die auswärtige Politik unterstützten, theils dadurch, daß sie der Regierung günstige Artikel aufnahmen, theils dadurch, daß sie beim Presbureau des Auswärtigen Amtes anfragen ließen, ob von der ausländischen Presse verbreitete Nachrichten über deutsche Verhältnisse der Wahrheit entsprächen. Aber es habe dem Auswärtigen Amte stets vorgelegen, irgend welchen Einfluß auf die Tendenz der Blätter auszuüben, welche von ihm Informationen erhalten. Dr. Hamman empfangt die Vertreter der Presse und habe die strenge Weisung, bei der Ertheilung von Informationen alles zu vermeiden, was in der Oeffentlichkeit irgend welche Bemerkung hervorgerufen im Stande sei. Auch in betreff der jüngsten Hamburger Enthüllungen habe er angeordnet, daß außer den beiden Artikeln im „Reichs-Anzeiger“ keinerlei Inspirationen erfolgen sollten, aber trotz dessen seien in allen möglichen Zeitungen wohl über 100 Artikel über dies Thema erschienen, und auch dies werde dem Auswärtigen Amt in die Schuhe geschoben. Dies sei ein Punkt, wo die Presse selbst ansetzen müsse, um eine Aenderung einzuführen.

So wie bei uns, werde es bei allen auswärtigen Ministerien der Welt gehandhabt, das Auswärtige Amt könne unmöglich deshalb, weil es gewisse Beziehungen zu bestimmten Blättern unterhält, für alle Artikel dieser Blätter verantwortlich gemacht werden. Solche Blätter bleiben völlig unabhängig. Zeuge erwähnt die heitere Thatsache, daß auch Artikel, die gegen ihn selbst gerichtet gewesen, als „offiziös“ galten. Vom Auswärtigen Amte seien niemals persönliche Angriffe ausgegangen, weder gegen aktive, noch gegen frühere Minister und Beamte. Auf weiteres Befragen erklärt Zeuge, daß er unter allen Umständen Strafantrag gestellt haben würde, wenn das Auswärtige Amt in irgend welche Beziehung zu den „Unverantwortlichen“ gebracht würde. Leute wie Ledert und Lühow würde er nicht empfangen haben.

Rechtsanwalt Lubjanski richtet noch eine ganze Reihe von Fragen an Herrn v. Marschall, die feststellen sollen, inwiefern diesem die persönlichen Verhältnisse des Angeklagten v. Lühow bekannt seien und inwiefern die in verschiedenen Blättern erschienene Behauptung, daß Herr v. Lühow wegen Verdachts der Spionage aus dem Offiziersstande entfernt sei, an Inspiration des Auswärtigen Amtes zurückzuführen sei. Herr v. Marschall erklärt, daß er über letztere Frage nichts wisse. — Auf Frage des Rechtsanwalts Schmitz erklärt Zeuge, daß Herr Dr. Widj dem Staatsinteresse einen wesentlichen Dienst durch die Nennung des Namens v. Lühow erwiesen habe. Dies sei dankbar anzuerkennen, von einem „Verrath“ könne gar keine Rede sein. — Auf eine weitere Frage des Rechtsanwalts Glatzel erwidert Herr v. Marschall, daß er es dem Gerichtshof überlassen müsse, über die mala fides der „Staatsbürger-Zeitung“

sich zu entscheiden, aber wenn einer so schematisch mit Anlagen gegen das Auswärtige Amt vorgeht, wie die „Staatsbürger-Zeitung“, so müsse man doch annehmen, daß ihm vollständiges Material zur Verfügung stehe, und deshalb sei auch anzunehmen, daß seine eigene (des Zeugen) Thätigkeit zur Ermittlung der Urheberschaft ihm bekannt sein mußte. Es frage sich, auf grund welchen positiven Materials die „Staatsbürger-Zeitung“ sich berechtigt glaubte, systematisch so schwere Angriffe gegen einen Minister zu richten; bisher sei solch Material nicht in die Erscheinung getreten. — Rechtsanwalt Glatzel: Seit Jahren besteht in der Presse, welche sich nicht für offiziös hält, die Ueberzeugung, daß eine offiziöse Presbureau existirt, wie sie von der „Staatsb. Ztg.“ behauptet wurde, tatsächlich existirt, daß eine Reform dringlich notwendig sei und auch von allerhöchster Stelle mit Rücksicht auf die Verwirrung, die dadurch angerichtet werde, dies als berechtigt anerkannt worden sei.

Herr v. Marschall: Er könne keine Beziehungen zur Presse nicht noch enger ziehen, als es gethan, wenn nicht das Staatsinteresse darunter leiden solle. Er wünsche, daß er mit der Presse überhaupt nichts zu thun hätte, denn er wisse, daß damit immer Anfeindungen verknüpft seien. Er habe aber diese Post aus sich nehmen müssen, denn es gebe nicht anders. Von einer Presbureau existirt im Auswärtigen Amte könne keine Rede sein, die Presbureau existirt in allererster Reihe darin, daß gewisse Blätter eine Polemik mit einem anderen Blatte gar nicht führen zu können vermeiden, ohne daß sie den Gegner als „offiziös“ denunziren.

Rechtsanwalt Glatzel: Daß eine Presbureau existirt, ist ja doch die Thatsache, daß ein so anerkannt „offiziöses“ Blatt, wie die „Kölnische Zeitung“, auf allerhöchsten Befehl aus dem Schloß verbannt worden sei. — Herr v. Marschall: Kein Ministerium der Welt könne den Zeitungen, welche sich berechtigt erklären, Ansichten der Regierung Raum zu gewähren, zu Pflicht machen, niemals irgend etwas gegen ein Regierungsamt zu schreiben. Das läßt darauf hinaus, daß solche Blätter förmlich ein Versprechen des Wohlverhaltens abgeben müßten, daß sie sich kein ausländisches Blatt gefallen, ein solcher Vorwurf wäre unmöglich.

Rechtsanwalt Glatzel wünscht die Beilegung eines Artikels der „Staatsbürger-Zeitung“, aus welchem hervorgeht, daß es der „Staatsbürger-Zeitung“ bei der Erörterung derartiger Dinge nicht auf eine Beilegung des Freiherren v. Marschall, sondern auf die Beilegung eines Krebschadens und auf die Reform offenerer Verhältnisse ankomme.

Oberstaatsanwalt Drescher: Wenn doch noch Verlesungen stattfinden sollen, so beantrage ich die Verlesung einer Broschüre, welche schon in diesem Hause Gegenstand gerichtlicher Maßnahmen geworden ist. Sie wird beweisen, daß die „Staatsbürger-Zeitung“ und die antisemitische Presse am allerwenigsten sich zu schaulustigen Veranlassungen hat über Angriffe, die gegen die Umgebung des Kaisers erhoben werden. Die Broschüre ist betitelt „Geheimnis Judenthum. Nebenregierung und jüdische Weltberührung“. Diese Broschüre enthält die pöbelhaftesten Angriffe gegen den Hof, behauptet, daß die Umgebung des Kaisers — unter besonderem Hinweis auf Herrn v. Bismarck — aus Judenabkömmlingen bestehe und daß ein förmlicher Ring die Entschlüsse des Kaisers beeinflusse. Der Verfasser war der Bestimmungsgewisse der „Staatsb. Ztg.“, der bekannte Herr Karl Paasch, der von dieser nach allen Richtungen hin verherrlicht worden ist. Wo war denn gegenüber dieser Broschüre die „Staatsbürger-Zeitung“, um im Interesse des Staates ihre Stimme zu erheben? — Rechtsanwalt Glatzel vertritt die Behauptung in der Ausführung des Staatsanwalts, daß die „Staatsbürger-Zeitung“ mit dieser Broschüre sich identifizire. Der Verherrlichte bleibt bei dem Antrage, daß noch eine ganze Reihe von Artikeln verlesen werden solle. Die Verlesung soll nach Schluß der Zeugenvernehmung stattfinden.

Rechtsanwalt Lubjanski richtet noch eine Reihe von Fragen und Querfragen an den Zeugen de Grahl, die den Zweck haben, die Glaubwürdigkeit desselben zu erschüttern. Der Verteidiger beantragt namentlich die Vorlesung des Wirklichen Geheimen Rathes v. Bismarck oder dessen Sekretär, um die Stunde feststellen zu können, wann Herr de Grahl den richtigen Wortlaut erhalten hat. — Zeuge de Grahl erklärt, daß dies zwischen 10 und 11 Uhr abends gewesen sein müsse. — Oberstaatsanwalt: Ich muß doch entscheiden bitten, mitzutheilen, zu welchem Zwecke derartige Anträge dienen sollen. — Rechtsanwalt Lubjanski: Bei einem so hervorragenden politischen Prozeß ist es doch nöthig, die denkbar größte Klarheit zu verbreiten. Und liegt natürlich daran, festzustellen, daß Herr de Grahl der erste Wortlaut aus der Umgebung des Kaisers zugeföhrt sei. — Oberstaatsanwalt: Will Herr v. Lühow wirklich bei dieser ungenügenden Behauptung bleiben, dann fordere ich ihn auf, nun endlich klipp und klar den Namen der Person zu nennen, die er im Auge hat. Dazu sollte ihn doch sein eigenes Gehörgefühl bewegen. — Angell. v. Lühow erklärt sich dazu außer Stande.

**Legationsrath Dr. Hamman:**

Er kennt Lühow aus seiner Thätigkeit bei der „Allgemeinen Reichskorrespondenz“, giebt über die Entwicklung der Dinge, über seine Unterhaltung mit Dr. Widj, über seine Recherchen zur Sache etc. dieselbe Darstellung wie die Anklagebehörde, wie Herr Dr. Widj, der Herr v. Marschall und der Zeuge Rippel. Er giebt zu, daß er davon gesprochen, daß v. Lühow in journalistischen Kreisen als Polizeivagant gelte und nennt als seine Gewährsmänner v. Hubn, Dir. Mantel, Redakteur Keller, Dr. Remmer von der „Magdeburger Zeitung“, Hornow u. s. w. Alle diese und andere Journalisten würden bestätigen, daß v. Lühow in dem Maf der Polizei-Agenten stehe. Auf Befragen der Verteidigung erklärt Zeuge, daß „Journalisten auch untergeordnete Qualität“, wie einer der Angeklagten behauptete, nicht in der Presbureau des Auswärtigen Amtes empfangen würden. Ebenso wenig Journalisten, die sich keine guten Rufes errienen. Er wisse sich keines Einzigen zu erinnern, alle seien persönlich durchaus ehrenwerth. Diese Abtheilung giebt nur Informationen über auswärtige Angelegenheiten aus, niemals über innere preussische Angelegenheiten, und über innere Reichsangelegenheiten nur auf Anordnung des Reichskanzlers. Eine solche Anordnung liege bei den Dingen, um die es sich bei den Artikeln der „Staatsb. Ztg.“ handle, nicht vor.

**Anderer Zeugen.**

Die Vernehmung des Legationsrathes Prinzen Alexander v. Hohenlohe-Schillingensfeld ist sehr kurz. Sie beschränkt sich darauf, daß der Zeuge erklärt, weder Herrn Ledert noch Herrn v. Lühow je gesehen oder einen von ihnen empfangen zu haben.

Wirkl. Legationsrath v. Holsheim erklärt, daß er Ledert zum ersten Male sehe und von Zuwendung von Nachrichten an diesen durch seine Person absolut keine Rede sein könne.

Direktor Mantel von Wolffs Telegraphenbureau: Er habe das viel besprochene Dementi in der „D. Tagesztg.“ veranlaßt, um den vielfachen Erörterungen über die Meldung des Wolffschen Bureaus bezüglich des Kaiserthrones ein Ende zu machen. Der Artikel der „Welt am Montag“ war für ihn die Kombination einer Reihe aus der Luft gegriffener Erfindungen und er habe diese in der „Deutschen Tageszeitung“ gekennzeichnet, weil gerade diese Zeitung die Erwartung ausgesprochen hatte, daß das Wolffsche Bureau das Wort nehmen werde. Wei er Ledert noch v. Lühow haben sich infolge dieser Nichterklärung an die Adresse des Zeugen gewendet, soweit er sich erinnere, ist die erste Verlesung um 1/12 Uhr hier im Bureau eingegangen, die Verlesungsgewaltig trat erst wahrscheinlich nach ihr ein und da es Sonnabend Nacht war, so lag für das Bureau keine Mög-

lichkeit vor, diese Verlesung wenigstens noch den Berliner Blättern mitzutheilen.

Auf den von der Staatsanwaltschaft vorgeschlagenen Zeugen Unruh wird allethier verzichtet.

Redakteur Dr. Werle vom „Breslauer Generalanzeiger“: Er habe Herrn v. Lühow als Wanderverblichter eingegirt, weil dieser sich auf vorzügliche militärische Verbindungen berief und sagte, daß er im Besitze eines Passirschines vom Generalstabe sei. Lühow habe ihm dann in Breslau den Ledert als seinen Bekannten und geschickten Journalisten vorgestellt. Ledert habe dann vernommen, daß ein Mitarbeiter namens Thomas eine Unterredung mit dem Reichskanzler gehabt habe und darauf hin gesagt, daß auch er eine solche Unterredung gehabt habe. Nachdem er dann versichert, daß alles, was er darüber melden werde, Thatsachen seien, habe er den Angeklagten aufgefordert, das Manuskript einzuschicken und das sei dann auch geschehen. Ledert habe sich der vorzüglichsten Verbindungen gerühmt. Von Berlin aus habe er ihm mitgetheilt, daß er eine hochwichtige Nachricht habe, aber einen Vorwurf haben müsse, weil er in der Angelegenheit noch eine Reise nach Köln machen müsse. Er sei also von dem Angell. Lühow mit 100 Mark gewissermaßen hineingefahrt worden. Dieser habe einen Artikel geschickt, der ähnlich dem Artikel der „Welt am Montag“ war, jedoch den deutlichen Hinweis auf den Grafen Eulenburg noch nicht enthielt. Er habe den Artikel zurückgeschickt mit dem Bemerkten, daß nur Thatsachen und keine Kombinationen erwünscht seien. Ledert habe aber noch einmal versucht, den Artikel anzubringen, indem er ihn zurückgab und direkt angab, daß sein Gewährsmann der Freiherr Marschall von Bieberstein sei. Herr v. Lühow habe ihm bei Antritt der Verbindung geschrieben, daß er Beziehungen zum Hofstaate habe.

Oberstaatsanwalt: Ich möchte vom Angeklagten v. Lühow wissen, zu welchen Hofstaaten er Beziehungen habe? — Angeklagter: Das habe ich wohl nicht gesagt, ich habe wohl nur von Beziehungen zu Hofkreisen, militärischen Kreisen und dergl. gesprochen. — Oberstaatsanwalt: Ich möchte wissen, welche Beziehungen er zu Hofkreisen gehabt hat? — Angeklagter v. Lühow: Ich habe nicht direkte Beziehungen im Auge gehabt, sondern nur, daß ich infolge meiner gesellschaftlichen Stellung mit derartigen Kreisen in Berührung komme und mancherlei höre.

**Kriminalkommissar v. Tausch:**

Derselbe erklärt, daß er seit etwa 4 Jahren mit dem Angeklagten v. Lühow bekannt sei, auf welche Weise die Bekanntschaft entstanden sei, vermöge er nicht mehr zu sagen. — Präsident: Hat v. Lühow der Polizei Dienste geleistet, Verbrechen vorgenommen oder dergl.? — Zeuge: Jawohl. Wenn mir ein Artikel aufstieß, von welchem ich annahm, daß er die Polizei beschäftigen könne, so wandte ich mich an Herrn v. Lühow und bat ihn, zu ermitteln, wer der Verfasser sei. Über Herr v. Lühow war durchaus kein Wigilant. Wir müssen derartige Personen haben, aber was Herr v. Lühow zu erledigen hatte, war harmloser Natur und durchaus nichts Ehrenwürdiges. — Präsi.: Sie mußten also doch annehmen, daß v. Lühow der Mann und geeignet und bereit war, derartige Aufträge zu erledigen. — Zeuge: Das habe ich angenommen. — Präsi.: Also diese Beziehungen zwischen Ihnen und dem Angeklagten haben etwa vier Jahre bestanden? — Zeuge: Ja, ungefähr so lange. — Präsi.: Wie war es nun, als der Artikel in der „Welt am Montag“ erschien? Haben Sie sich denn damals auch an den Angeklagten v. Lühow gewandt, um den Verfasser zu erfahren? —

Zeuge: Als ich den Artikel las, da sagte ich mir sofort, da kommen Anfragen. Ich fragte also Herrn v. Lühow nach dem Verfasser des Artikels der „Welt am Montag“. Da nannte er sich selbst. Auf meine Frage, wie kommen Sie dazu, sagte mir, daß der Artikel vom Staatssekretär v. Marschall herrühre, der dem Ledert die nöthigen Informationen ertheilt habe. Ich hielt es für ungläublich, daß sich das Auswärtige Amt zur Unterbringung eines inspirirten Artikels eines so jungen Menschen bedienen werde. Ich erzählte die ganze Sache in Form eines Vortrages dem Polizeipräsidenten v. Windheim, der natürlich auch den Kopf schüttelte. Am nächsten Tage hat der Präsident v. Windheim mir erklärt, daß er sich bei Herrn v. Marschall erkundigt habe und daß alles Schwindel sei. Ich habe dann Herrn v. Lühow kommen lassen und ihm das Ergebnis mitgetheilt, er blieb dabei und da habe ich ihn gebeten, mir in Form eines Berichtes die Entwicklung der ganzen Angelegenheit darzustellen, damit ich den Bericht dem Polizeipräsidenten übergeben konnte und nicht dem Verdachte unterliege, daß zwischenhände was dazu gemacht hätten; Der Angeklagte v. Lühow ist aber dabei geblieben, daß die Sache der Wahrheit entspräche. Ledert, so habe er weiter erzählt, sei nicht so unbedeutend, wie er (der Zeuge) wohl denke; der junge Mann habe vortreffliche Verbindungen, er sei von Herrn v. Marschall in Breslau in jovialer Weise empfangen worden etc. etc. Auch brieflich hat v. Lühow nochmals entschieden behauptet, daß die Sache ihre volle Wichtigkeit habe und ich habe daraus die feste Ueberzeugung gewonnen und bezog sie heute noch, daß v. Lühow dupirt worden ist und selbst an die Wahrheit der Ledert'schen Angaben glaubte. Ich kenne doch Herrn v. Lühow sehr genau. Wenn man 5 Jahre lang so viel verkehrt und mit einander spricht, kennt man sich doch.

Präsi.: Haben Sie denn nun nicht mal Herrn v. Lühow gefragt, er solle Ihnen doch mal den Ledert zufliegen? — Zeuge: Nein. Ich kannte Ledert nur vom Ansehen, von dem Kaisermanöver aus, wo wir öfter in einem Koupee saßen. Ich habe die Ansicht, daß Ledert in der That einen Hintermann hat, denn ich halte ihn nicht für zu erfahren in der Politik, sich selbst eine so fein eingedickte Intrigue auszubedenken. Sein Gewährsmann dürfte natürlich in anderen Kreisen zu suchen sein. Der Hintermann dürfte wohl mehr die Absicht gehabt haben, dem Staatssekretär v. Marschall ein Bein zu stellen.

Präsi.: Worauf stützt sich denn Ihre Annahme, daß der Artikel eine Spitze gegen Herrn v. Marschall habe?

v. Tausch: Schon die Wendung von den „englischen Einflüssen“ besagt es. Ich glaube auch nicht, daß Ledert wollte, daß Eulenburg hineingebraucht werde.

Präsi.: Es wäre nun sehr interessant, diesen Hintermann kennen zu lernen. — Zeuge: Es wäre vielleicht nicht unmöglich, daß dieser Hintermann noch gefunden wird. — Staatssekretär v. Marschall: Die Annahme des Herrn Kommissars, daß Ledert einen Hintermann habe, ist ja recht interessant, aber es wäre doch wünschenswerth, wenn der Herr Beamte seine Anschauung begründet. Ist es dem Herrn Kommissar nicht bekannt, daß Leute, die er beschäftigt hat, ihre Angriffe gegen das Auswärtige Amt einfach erfinden und es logen haben? Ich erinnere ihn nur an Normann-Schumann.

v. Tausch: Das ist mit nichts Neues. Wir sind dafür nicht verantwortlich. Wir treiben auf der politischen Seite eine Politik, Herr Staatssekretär. Wir sind Beamte, wir brauchen Leute, die vielseitig sind. Leute von den „fliegenden Blättern“ und vom „M“ können wir nicht brauchen. Es liegt uns fern, auf eigene Faust Politik zu treiben, wir erfüllen die uns gestellten Aufträge. Was unsere Leute nebenbei treiben, dafür sind wir nicht verantwortlich.

(Schluß des Verhandlungsganges in nächster Nummer.)



Der Streik der Hafenarbeiter an der Waterkant.

Der regelmäßige Eilbrief unseres Hamburgischen Sonder-Berichterstatters ist heute morgen ausgeblieben.

Hamburg, 3. Dezember. Die Ablehnung des Schiedspruchs veranlaßt die Streikenden zu lebhafterem Vorgehen. Die Gesamtlage ist unverändert, die Zahl der Streikenden eher gewachsen als gefallen. Die Vorkreise nehmen an, daß die Arbeitgeber von der Ansicht ausgehen, daß ein jegliches Nachgeben keinen dauernden Stillstand der Forderungen bringen werde, und glauben, daß der eingetretene Frost und der Mangel die Forderungen milde machen wird.

Der Vorwärts meldet vom Abend des 3. Dezember: Heute sind wieder 40 schwedische Arbeiter abgereist. Der dänische Landarbeiterverband schickte 10 000 Kronen (11 250 M.). Die Hamburger Geschäftsleute sind über die Unternehmer empört, sie beklagen den Verlust des Weihnachtsgeschäfts.

Das Hamburger Fremdenblatt teilt den ablehnenden Beschluß der Rhetor ebenfalls mit und sagt dazu: „Damit ist der von uns mit Freuden begrüßte Vorschlag der Herren Vermittler leider als gescheitert zu betrachten; es ist uns infolge der Kürze der Zeit, die uns nach Zugang dieser Entscheidung zu Gebote steht, noch nicht möglich, Stellung zu diesem Schritte der Herren Arbeitgeber zu nehmen.“

Wie man in den Kreisen der Streikenden und ihrer Freunde diese Entscheidung aufsaß, darüber folgender Bericht des Hamburger Echo: Ungeheure Aufregung verursachte heute Abend an der Waterfront die von den Abendblättern gebrachte Notiz, daß der Arbeitgeberverband den Vorschlag der Vermittlung durch ein Schiedsgericht abgelehnt habe.

Die brutale Antwort der Rhetor ist der Dank des Hamburger Geldfaktors dafür, daß das Proletariat im Jahre 1892 Leib und Leben in die Schanze schlug, um den Würgerengel Cholera zu bannen. Die Arbeiter, darunter in vorderster Reihe die Hafenarbeiter, gingen in die verschiedensten Quartiere und holten unter Nichtachtung ihres eigenen Lebens die Kranken und Toten heraus, während die Herren vom Geldsack-Killingel feig auskniffen!

Das leitende Centrumsblatt, die Bölnische Volkszeitung, spottet über den „englischen Popanz“, mit dem die Bismarckpresse und die parlamentarischen Comités des Unternehmertums, wie Herr Baasche, krebzen gehen.

Ueber den Friedensschluß in Bremen wird weiter mitgeteilt: Die Hafenarbeiter hielten in einer Versammlung die vor dem Gewerbeamt als Einigungsamt getroffene Vereinbarung einstimmig gut. Erreicht wurde durch den Ausgleich u. a. eine Erhöhung des Tageslohns auf 3.30 M., der Zehn-Stunden-Tag auch für die Sommerzeit (bisher war die Arbeitszeit nur im Winter zehnstündig); ferner darf kein Fremder eingekerkert werden, bevor alle am Streik beteiligten Arbeiter wieder eingekerkert sind.

werden, bevor alle am Streik beteiligten Arbeiter wieder eingekerkert sind.

m. Hamburg, 4. Dezember, 12 Uhr mittags. (Privattelegramm der Leipziger Volkszeitung.) Sämtliche Arbeiter des Staatskanals, mit Ausnahme der Greise und Krüppel, legten heute morgen 8 Uhr die Arbeit nieder.

Neu streiken 2000 Mann. Die Gesamtzahl beträgt 17000. Das Centralstreikkomitee proklamierte den Generalstreik aller Hafenarbeiter und Seeleute Hamburgs.

Der Hafenverkehr ist somit gänzlich eingestellt. Die Vorkreise, das Hamburger Parlament, berührte in ihrer letzten Sitzung mit keinem Wort den Streik.

Die Dualarbeiter verlangen Abschaffung der Recordarbeit und gleichmäßig etwas höhere Entlohnung.

Der Streik muß nun bald entschieden werden, da der Kaufmannstand auf Beendigung drängt.

Musterhaft ist die Ordnung. Viele Streikbrecher verlassen heimlich Hamburg.

Die Kohleneinfuhr des letzten Monats ist auf 13 212 Tonnen zurückgegangen und ruht jetzt völlig.

Gemeinde-Zeitung.

Aus dem Stadtverordnetensaale.

(Sitzung vom 2. Dezember 1896.)

Infolge des seiner Zeit an den Deconomieauschuß verwiesenen Antrages, für die abgebrochene Knüppelbrücke baldmöglichst Ersatz zu schaffen, hat der Sachwalter der Leipziger Grundstücks-Gesellschaft, Rechtsanwalt Dr. Behme, einen Brief an den Deconomieauschuß gerichtet, worin er eine Aussprache über den fraglichen Brückenbau anregt.

Auf die zu der neuen Wasserwerksordnung seiner Zeit vom Kollegium beschlossenen Abänderungen ist vom Räte eine Mitäußerung eingegangen, in der er sich mit den meisten der beschlossenen Änderungen, namentlich auch mit der Herabsetzung des Maximalpreises des Wassertarifes von 24 auf 22 Pfg. einverstanden erklärt.

Die Einführung der Wasserleitung in die noch nicht regulativmäßig bebauten Bilkensstraße zu Leipzig-Reudnitz mit einem Aufwande bis zu 1880 M., a Conto Stammaufwand wird unter der Bedingung genehmigt, daß der betr. Interessent das Anlagekapital bis zur regulativmäßigen Bebauung mit 5 Proz. verzinst.

Conto 13, Museen, des Haushaltplanes für 1897 wird genehmigt. Beim städtischen Museum der bildenden Künste wird beantragt, in Zukunft, und zwar schon von 1897 ab, die Gardebogenselder in Einnahme, zugleich aber auch in Ausgabe eine der

gehigen Verwendung entsprechende Position einzustellen und dem Kollegium davon Mitteilung zu machen.

Im Conto 42, Verschiedene Einnahmen und Ausgaben, soll im nächsten Jahre der früher an den Nennverein gezahlte Beitrag von 2000 M. in Wegfall kommen, der Nennverein beabsichtigt aber bereits, hiergegen vorstellig zu werden. Der Wechselschuß der Handelskammer will die in unbestimmten Intervallen erscheinende Wechselschrift eingehen lassen, dafür aber ein Verzeichnis der zur Messe hier ausfallenden Verkäufer herauszugeben. Das Conto 42 und 7 zur Anwendung bringen. Wenn es wahr sei, daß die Perquisieren der Nennen bereits einen „vollständigen“ Charakter angenommen haben, so sei das nur bedauerlich. Sie wirkten verrohend und entwürdigend. Für die Einschränkung des Sedanfestes durch die Verhinderung des Umzuges wisse nicht nur die sozialdemokratische Bevölkerung dem Räte Dank, sondern auch viele Geschäftsleute.

Genehmigt werden dann noch die Specialbudgets für Leihhaus und Sparkasse sowie für die Sparkassen der Vororte, ferner Conto 11, Feuerlöschwesen, wobei die Befolgung der vier Brandmeister eine Aufbesserung erfährt, sowie ohne wesentliche Debatte die Conten Waldungen, Wiesen und Triften, Jagden und Fischerei sowie das Conto des Steinbruchs zu Grassdorf.

Es folgt noch eine nichtöffentliche Sitzung.

Vereine und Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung sämtlicher in der Schuh-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen fand am Sonnabend den 28. November im Saale des Banquetons mit folgender Tagesordnung statt: 1. Wie können die Arbeiterinnen ihre wirtschaftliche Lage verbessern; 2. Gewerkschaftliches; 3. Diskussion. Referentin Fr. Baader-Berlin. Die Referentin verbreitete sich in ihrem 1 1/2 stündigen Vortrage zunächst über die schlechte Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Schuhfabriken, und zeigte, wie durch die Entwicklung der Technik das Kleinhandwerk immer mehr erschwindet. Sie forderte am Schluß sämtliche Kollegen und Kolleginnen auf, sich als Einzelmitglieder dem Verein deutscher Schuhmacher anzuschließen, denn nur durch eine starke Organisation seien die Arbeiter im Stande, sich ein menschenwürdiges Dasein zu erkämpfen.

Kleine Chronik.

Leipzig, 4. Dezember.

Vom Berliner Theater. Aus Berlin wird uns vom 3. Dezember geschrieben: Am letzten Sonntag fand im Theater des Westens die erste Matinee der neugegründeten Dramatischen Gesellschaft statt. Es ist das eine Vereinigung von Schriftstellern, Bühnensachleuten und Theaterfreunden, die ähnlich wie die verflorenene Freie Bühne den Zweck hat, durch Veranstaltung von dramatischen Auführungen dichterischer und schauspielerischer Talente zu fördern. Da die Berliner Polizei ein besonders wachsames Auge auf solche staatsgefährdende Institute hat, müssen die Vorstellungen unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden. Selbst die mitwirkenden Schauspieler sind Mitglieder des Vereins. Zur Aufführung kam die satirische Komödie: Die Fahnenweiche von Joseph Kuederer, einem jungen Münchener Schriftsteller. Das Stück führt mit prächtigem Humor die Verlogenheit der sentimentalen Bauernromane von Ganghofer, Neuert und anderen vor Augen. Es zeigt, wie es in Wahrheit um die herzerfrischende Natur und vielgepriesene Sittlichkeit der frommen Gebirgsleute bestellt ist. Es macht uns in einer bunten, allzu bunten Reihe von Bildern mit einer fast verwirrenden Menge von Bauern und „Stadtfracks“ bekannt, und endigt mit einem Triumph der Niederträchtigkeit, indem die ärgsten Lumpen des Stückes zu Ehrenmitgliedern eines gemeinnützigen Vereins ernannt werden. Der Dichter der Fahnenweiche hat zweifellos ein großes Talent zur Satire. Ob er ein bedeutender Dramatiker werden wird, läßt sich noch nicht voraussagen. Wir sind heutzutage schon an eine feinere und tiefere Charakteristik gewöhnt, als sie Kuederer bietet, der nur Typen, aber keine Individuen zeichnet. Auch der Handlung des Stückes vermag der Zuschauer bei den fortwährend wechselnden Auftritten und der Menge der Ereignisse nur schwer zu folgen. Aber, wie gesagt, ein abschließendes Urteil über den Dichter wird erst nach weiteren Proben seines Talentess möglich sein. Das Stück fand großen Beifall und der Verfasser wurde nach jedem Akte mehrmals hervorgerufen. Unter den Darstellern ragten Max Doppauer, Ferdinand Bonn und Frau Ruscha Buße hervor. Was es heißt, soll die Fahnenweiche in das Repertoire des Theaters des Westens aufgenommen werden.

aufführung von Wildenbruch Tragödie Kaiser Heinrich hatte einen starken äußeren Erfolg. Der Kaiser war im Theater anwesend und applaudierte nach jedem Akte lebhaft. Eine Opposition berer, denen das Stück nicht gefiel, war ausgeschlossen, und so gestaltete sich der Abend zu einem ungestörten Triumph für den mit dem Schillerpreise doppelt gekrönten. Ob er auf diesen Triumph besonders stolz sein wird, weiß ich nicht. Jedenfalls gehört Wildenbruch zweifellos zu den besseren unter den klassizistischen Epigonen, und auch diejenigen, die ein anderes künstlerisches Glaubensbekenntnis haben, würden ihm oft gern ein bescheidenes Lob spenden, wenn nicht der übertriebene und unkritische Kultus, den seine Verehrer mit ihm treiben, zur Opposition reizte. Die Aufführung war mittelmäßig. Nur ein einziger Darsteller, Albert Wasseremann, der den jüngeren Heinrich, den Sohn des Kaisers gab, erhob sich über den Durchschnitt.

Im neuen Theater gastiert augenblicklich Eleonora Duse, die berühmte italienische Tragödin. Ich werde auf die Kunst der genialen Schauspielerin im Zusammenhange zurückkommen, wenn das Gastspiel beendet ist. Bis jetzt ist sie in Dumas Kamelindame, Sudermanns Heimat, einem kleinen Einakter von Giacosa und dem Goldonischen Lustspiel: Die Gastwirtin aufgetreten.

m. Bureaukratisches. Wollte da jemand vor einiger Zeit von einer sächsischen Amtshauptmannschaft einen Ausweis über seine Staatsangehörigkeit haben. Er dachte, das sei doch ein recht einfaches Ding, in unserem Vaterland, wo jeder Mensch, und mag er noch so klein sein, in Tausenden von Listen bis an sein selbige Ende geführt wird, brauchte man doch sicherlich nur das große Hauptbuch aufzuschlagen, um gleich zu wissen, wie es um X oder um Y stehe.

Aber, der gute jemand hatte sich geirrt; er bekam zwar nicht den gewünschten Ausweis, sondern einen Brief, in dem sein säuberlich neuem Fragen zur geälligen Beantwortung verzeichnet standen. Nur einige davon seien hier mitgeteilt, zum Beweis, mit welcher Bewissenhaftigkeit sich der Bürger um seine und der Seinen Vorgeschichte zu kümmern hat.

Da heißt es z. B.: 4. In welchem Regiment haben der Vater und der Großvater gedient und zu welcher Zeit? (Militärpapiere sind beizufügen.)

- 5. Waren dieselben, nämlich der Vater und der Großvater (sic!) a) anständig und haben sie bei ihrer Anständigmachung den Unterhaneneid geleistet? b) haben dieselben sich an Landtags- und Gemeinderatswahlen beteiligt und Gemeindeväter innegehabt? Nicht nur Astronomie und Mathematik glängen durch Genauigkeit!

xy. Einen Zeitungskatalog mit Notizkalender giebt die bekannte Annoncenexpedition von Haasenstein und Vogler auch in diesem Jahre wieder heraus. Das gewaltige Material ist übersichtlich zusammengestellt worden, die Ausstattung solb und schön.

# Eine vollständige Stadtoper. Aus Paris wird uns vom 2. Dezember geschrieben: Der Pariser Gemeinderat plant gegenwärtig eine vollständige Stadtoper. In der „Hauptstadt der Civilisation“ ist das arbeitende Volk bisher vom Genuß der musikalischen Kunst so gut wie ausgeschlossen.

Die Große Oper kostet zwar den Steuerzahlern nicht weniger als 3300 000 Franken jährlich (800 000 Fr. an baren Staats-subvention und 2 1/2 Mill. Fr. an Zinsen von dem im Gebäude angelegten Kapital), die unerschwinglichen Eintrittspreise machen aber aus der Oper eine Anstalt für die einheimische Bourgeoisie und die reichen Touristen. Will ein armer Schüler die von ihm mit unterhaltene Oper besuchen, so muß er sich in die „Claque“ anwerben lassen. Dorn erhält er als Entgelt für seine Klatscharbeit eine Preisermäßigung. Der klügliche Plan, von dem aus man wieder sehen noch hören kann, kostet 2 1/2 Fr., die Hälfte des durchschnittlichen Arbeitslohnes in Paris.

Im zweiten Pariser Operntheater, Opéra-Comique (Römische Oper), das eine jährliche Beihilfe von 300 000 Fr. erhält, sind die Eintrittspreise zugänglicher, aber dort werden nur minderwertigere musikalische Stücke und Operetten gegeben. Ferner leidet auch die Kunst unter dem Einfluß des exklusiven Bourgeoispublikums. Das giebt bezeichnenderweise selbst der gut bürgerliche Berichterstatter über den Stadtoper-Entwurf zu.

Der Plan des Gemeinderates hat allgemeinen Beifall auch unter den Musikern gefunden. Seine Verwirklichung wird endlich dem Zustand ein Ende setzen, bei welchem, umgekehrt wie im alten Athen, die ärmeren Volksklassen teilweise den Kunstgenuß der Reichen bezogen, ohne selbst daran teil zu haben.

Die Buchdruckmaschinenmeister hielten letzten Sonntag eine öffentliche Versammlung in der Flora ab. Herr Dettler-Dresden hielt einen interessanten Vortrag über Liplatten. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung, Stellungnahme zu einer event. Maschinenmeister-Konferenz, betonte Herr Kerschmar die Notwendigkeit des engeren Zusammenschlusses der Maschinenmeister. Sie müßten, um eine größere Macht innerhalb des Verbandes zu bilden, ihre Interessen selbst energisch wahren. Ohne auf Einzelheiten weiter einzugehen, empfahl er im Namen der Kommission die Beschickung einer Konferenz, der die Aufgabe zufalle, Klarheit für unser weiteres Vorwärtstreben zu schaffen. Die nachfolgenden Redner pflichteten mit einer Ausnahme den Ausführungen L.S. bei und gelangte schließlich die folgende Resolution zur Annahme: „In Erwägung, daß bei der letzten Lohnbewegung der Buchdruckergehilfen die beruflichen Interessen der Drucker und Maschinenmeister nicht in der gewöhnlichen Weise gewahrt und vertreten worden sind, sind sie zu der Ueberzeugung gekommen, daß durch ein engeres Zusammenfügen ihre Interessen nur ersprießlich gefördert werden können. Es beschließen deshalb die heute in der Flora versammelten Maschinenmeister, alle darauf hinstrebenden Bestrebungen nachdrücklich zu unterstützen. Sie erklären in der Einberufung einer Maschinenmeister-Konferenz den ersten Schritt zur Besserung ihrer Lage.“ Bei beruflichen Angelegenheiten kommen außer dem bekannten Fall Lindenberg noch verschiedene Druckermeisterstände zur Sprache, auf deren Befriedigung hingewirkt werden soll.

Der Konsumverein für Döllitz u. Umgegend hielt am 29. November im Gasthof zum Reiter seine diesjährige Generalversammlung ab. Nach Anhören und Nichtigsprechen des Geschäfts- und Kasensberichts wurde beschlossen, eine Dividende von 9 Prozent zur Verteilung gelangen zu lassen. Es bedeutet dies eine Summe von 21578,85 Mk. Mit teilweise an Einstimmigkeit grenzenden Majoritäten wurden in den Vorstand nachstehende Herren gewählt: Karl Gehrmann, Oskar Geibel, Hermann Franke, Otto Hibernig, Hermann Henkel in Döllitz und Bernhard Schlegel in Marktleiberg. Der Aufsichtsrat wird sich in Zukunft aus den Herren F. Krug-Lößnig, Wilhelm Mary-Marktleiberg, Ferdinand Schöps-Gaschwitz, Max Beder-Großewitz, R. Franke-Großstädteln und Hermann Sporbert-Marktleiberg zusammensetzen. Aus geschäftlichen Rücksichten beschloß man einstimmig, den Geschäftsjahresabschluss auf den 30. Juni zu verlegen. Ein weiterer auf der Tagesordnung stehender Antrag, die Käden künftig (außer Sonnabends) abends 8 Uhr zu schließen, fand nur für die Winter-Monate mit Ausnahme der Zeit drei Wochen vor Weihnachten Annahme, während es für das Sommerhalbjahr bei der jetzigen Geschäftszeit bleiben soll. In der Diskussion bekundeten mehrere Genossen ihr Interesse an der Genossenschaft durch einige praktische Vorschläge für den ferneren Geschäftsbetrieb in mehreren Hauptartikeln. Die Verwaltung des Vereins wird sich jedenfalls die möglichst baldige Ausführung der Vorschläge angelegen sein lassen.

Eine öffentliche Versammlung der Holzarbeiter fand am letzten Sonnabend mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die Geschichte der Erde, erläutert durch Kalkbilder. 2. Gewerblich-gesellschaftliches. Nach dem Vortrage des Genossen Laube giebt der Vertrauensmann Ohmann bekannt, daß er seine halbjährige Abrechnung geben will. Hierauf wird ein zweiter Revisor gewählt. Kollege Mohs teilt mit, daß die Listen vom Dreißigertreue so schnell als möglich abgeliefert werden sollen, da er seine Abrechnung geben will. Hierauf Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Aus Sachsen und den Nachbargebieten.**

Der säumige Herr Fiskus. Aus der Lausitz wird geschrieben, daß die Bezahlung der Mannvergespanne aus dem verfloffenen Sommer immer noch aussteht. Die Beteiligten hegen den ebenso begreiflichen wie berechtigten Wunsch, daß der Fiskus mit dem Bezahlen von Arbeitsleistungen ebenso pünktlich sein möchte, wie mit der Einforderung der Steuern.

Dresden, 3. Dezember. Ein Ortsgesetz, betr. die Firmenschilder an Geschäftsräumen, durch das die konfessionsantifemischen Propaganda der Stadtverordnetenversammlung Trei und Glauben im Handel und Wandel zurückzuführen wollen, ist gestern in Kraft getreten.

Ein technischer Aufsichtsbeamter für den elektrischen Straßenbahnbetrieb wird zum 1. Januar von der Stadt mit 4500 Mk. Gehalt und Pensionsberechtigung angestellt. Ihm soll die allgemeine Ueberwachung des Straßenbahnbetriebes vom technischen Standpunkte aus übertragen werden.

Auf einem Neubau in der Selgolandstraße brach ein Gerüstteil mit 5 Arbeitern zusammen. Ein Arbeiter wurde schwer, zwei andere leicht verletzt.

Am Schnee-Abdeplage am Terrassenufer oberhalb der Carolabrücke stürzte am Dienstagabend ein Wagen samt den beiden Pferden über die Mierkante in den Strom hinab. Die Pferde versanken so tief im Wasser, daß nur Hals und Kopf noch zu sehen waren. Der herbeigerufenen Feuerwehr gelang es unter vieler Mühe, die Tiere aus Trodene zu bringen.

Freiberg, 3. Dezember. Die Zahl der Studierenden an der Königl. Bergakademie beträgt nach Abschluß der Inspektionen gegenwärtig 199 gegen 174 im Vorjahre. Der Nationalität

nach kommen davon auf Deutschland 86, Oesterreich-Ungarn 9, Italien 2, Frankreich 1, Spanien 2, England 10, Schweden 1, Rußland 57, Rumänien 17, Nordamerika 6, Japan 3, Afrika 3 und Australien 2. Inskribiert sind von den Studierenden 171, während 28 als Hospitanten an den Vorlesungen teilnehmen.

Notiz, 3. Dezember. Durch den morgens 8 Uhr 57 Min. von Großbothen nach Glanbach verkehrenden Personenzug wurde gestern in unmittelbarer Nähe der benachbarten Haltestelle Laßlau auf dem dasigen Niveau-Übergange ein einspänniges Gesährt überfahren. Hierbei wurde der Wagen des letzteren teilweise zertrümmert, während Gesährtfahrer und Pferd glücklicherweise unverletzt blieben. Beschädigungen am Eisenbahnzuge waren nicht zu bemerken - er setzte nach kurzem Aufenthalt seine Fahrt fort.

Goldig, 3. Dezember. Die Behörde verbot hier eine sozialdemokratische Versammlung, weil die Räumlichkeiten nicht den gesetzlichen Vorschriften entsprächen. In früheren Zeiten konnten in dem betreffenden Lokale ungehindert Versammlungen abgehalten werden.

Ghemmitz, 3. Dezember. Bei der am letzten Sonntag stattgefundenen Gemeinderatswahl für die Klasse der Unausfälligen wurden von 138 Wahlberechtigten nur 73 Stimmzettel abgegeben. Unser Parteigenosse Ermischer wurde mit 71 Stimmen wiedergewählt; 2 Stimmen waren gesplittet. Trotzdem die Wahl Sonntags vorgenommen wurde, waren mehrere Färbearbeiter nicht in der Lage mit wählen zu können, da sie arbeiten mußten.

g. Zwickau, 3. Dezember. Im Laufe von vier Tagen verunglückten auf den Schächten des Herrn v. Arnim auf Planitz zwei Bergleute - Wöckel und Schilbach - tödlich; auch im Oelsniger Revier gab es vergangene Woche einen Toten. Auf den v. Arnimschen Schächten giebt es noch für die unterirdischen Arbeiter regelmäßig die 12 stündige Schicht; es ist das einzige Kohlenwerk in Sachsen, das so lange Arbeitszeit hat.

Kdorf, 3. Dezember. Die hiesige Polizeibehörde erhebt bei Anmeldung von Versammlungen Gebühren, wozu sie keines Erachtens kein Recht hat. Für die Anmeldung einer öffentlichen Bauhandwerker-Versammlung, die gestern abend hier stattfand, mußte der Einberufer Maurer Gebold eine Mark Gebühren entrichten. Es ist den Parteigenossen zu empfehlen, gegen die Erhebung solcher Gebühren Beschwerde zu führen.

Klauen, 3. Dezember. Der Schneidergehilfe Hilmer, dessen Familie nach dem Genusse von mit Arsenik durchsetzten Wehlkloßen erkrankte und dessen Frau infolgedessen verstorben ist, während die fünf Kinder genesen, ist unter dem Verdachte, seine Frau vergiftet zu haben, verhaftet worden. Die in die hilfloseste Lage veretzten Kinder werden allgemein bedauert.

Zittau, 2. Dezember. Ein hiesiger Architekt geriet in Wilschostwerda mit antisemitischen Reformern in einen politischen Disput, wobei er freiwillig die Unterscheidungen kritisierte, die auch nach dem Tode noch zwischen den Angehörigen der verschiedenen Gesellschaftsklassen gemacht werden, und sagte außerdem den Reformern einige der Sache ganz entsprechende, aber für sie nicht schmeichelhafte Worte. Als er später nach dem Hofthofe ging, wurde er von einem Polizeibeamten angehalten und mit zur Polizeiwache genommen, jedoch bald wieder entlassen. Aus den Verhandlungen auf der Wache ging hervor, daß er wahrscheinlich von den Antisemiten wegen Gotteslästerung denunziert worden ist. Die Zittauer Morgenztg. bemerkt zu dem Fall: „Der Vorfall charakterisiert wieder einmal zur Genüge die Denkweise der Antisemiten. Wenn ihnen im Wortgefecht unangenehme Wahrheiten gesagt werden, laufen sie auf die Polizei und denunzieren den unbehaglichen Gegner. Bei früheren Gelegenheiten, wir erinnern an einen Fall in Lautan, war es wegen Majestätsbeleidigung, hier war es gar wegen Gotteslästerung.“ Tapfere Helden, diese Antisemiten!

**Aus dem 11. sächsischen Reichstagswahlkreise.**

o Burzen, 3. Dezember. Bezüglich der neulich mitgeteilten Vorschriften über den Verkehr mit Milch am hiesigen Orte, die auch die Zustimmung der Stadtverordneten gefunden hatten, hat nun der Rat beschlossen, daß sie am 1. Januar 1897 in Wirksamkeit treten sollen.

Das Regulativ über die Erhebung von Besitzveränderungsabgaben wird demnächst dem Stadtverordnetenkollegium zur Beratung zugehen. Nach den Beschlüssen des Rechtsausschusses und des Rats wird nur eine Erhöhung der Abgabe von 1/2 auf 1/3 Prozent des Kaufpreises bezw. Wertes des veräußerten Grundstückes (nicht wie kürzlich von uns erwähnt auf 1 Prozent) eintreten. Die meisten Städte Sachsens erheben 1 Prozent; Chemnitz sogar 1,8 Prozent. Die Abgabe soll bei jeder Erwerbung eines Grundstückes oder Grundstücksteiles im

Stadtgemeindebezirk Burzen, und zwar zur Armenkasse, erhoben werden. Der Hausbesitzerverein ist über die Erhöhung dieser Abgabe höchst ungehalten, er bezeichnet sie in einer Eingabe an die städtischen Kollegien als eine schwere Belastung des Grundbesitzes und fordert die Ablehnung des Regulatives.

Die Bauberufsgenossenschaft hat den Stadtrat hier angegangen 1. bei Erteilung von Genehmigungen zu Neubauten, wenn es sich dabei um Dächer mit einer Neigung in einem Winkel von 45 Grad handelt, die Anbringung von Sicherheitsgelen an den Mansarden und Dachstößen vorzuschreiben, an denen bei Dachdeckerarbeiten Leitern, Gerüste etc. und die Arbeiter selbst befestigt werden können, und 2. in Neubauten, die durch Coakfeuerung zum Trocknen gebracht werden, während der Dauer dieser Heizung die Vornahme von Arbeiten zu verbieten. Zur Unterstützung ihres Verlangens verweist die Bauberufsgenossenschaft auf die häufigen Unglücksfälle bei Dachdeckerarbeiten und auf die vielfach vorgekommenen schweren Schädigungen an ihrer Gesundheit, die Arbeitern zugefügt wurden, die in Neubauten bei Coakheizung arbeiten mußten. Der Rat hat nun neulich, wie wir erfahren, beschlossen, diesem Verlangen der Bauberufsgenossenschaft noch beiden Richtungen hin Folge zu geben, bezw. der Sicherheitsgelen noch mit der Erweiterung, daß ihre Anbringung nicht nur bei Neubauten, sondern auch gelegentlich der Vornahme größerer Dachreparaturen oder Umbedrungen gefordert werden soll.

Von der Grenze. Der Mann ohne Junge im böhmischen Grenzstädtchen Rumburg stammte aus Obergrund und hieß Anton Weichhan. Er war in der tschechischen chirurgischen Klinik in Prag operiert worden und trotz seiner schweren Verletzung und seines Krebsleidens, das Speiseröhre und Hals durchgefressen hatte, ungeheilt entlassen worden. Mittel- und andweißlos, der Sprache beraubt, wurde er von der Polizei aufgegriffen und dem Allgemeinen Krankenhause übergeben, das seine Herkunft und den Namen ermittelte, um ihn dann der Polizei wieder abzutreten; die den Unglücklichen per Schab nach der Heimat beförderte. Ein schönes Kulturbild!

Falle, 2. Dezember. Der bisherige Kasseffektär Müller beim Königl. Amtsgericht wurde verhaftet, da die eingehende Prüfung seiner Geschäftsführung ergeben hat, daß er durch jahrelange Unterschlagungen die Kirchenkasse um mindestens 10000 Mk. betrogen hat. Die Veruntreuungen waren jahrelang durch geschickte Fälschungen verdeckt worden.

Andolskadt, 3. Dezember. Im Landtag gab es eine lebhaft erregte Sitzung, als der sächsische Abg. Wilhelm in einer persönlichen Bemerkung sich gegen die Anschuldigung verteidigte, daß er sich das Mandat durch Täuschung der Sozialdemokratie erschlichen habe. Er erklärte, er sei nicht gefangen worden; ob er Sozialdemokrat sei oder nicht. Er habe kein Parteiprogramm unterschrieben und sich nur bereit erklärt, einigen Forderungen, die die sozialdemokratische Partei an den Landtag zu bringen habe, zuzustimmen. Die über sein Verhalten verbreiteten Gerüchte beruhten auf Lügen. Nachdem ihm eine Ordnungsruf erteilt war, erklärte der sozialdemokratische Abg. Apel, er bleibe bei seinen früheren Erklärungen über Wilhelm und hält diesem vor, er habe in Königssee einen Verein zum engeren Aneinanderknechten der Genossen bilden wollen. Wilhelm leugnete; darüber kam es zu äußerst lebhaften Erörterungen.

**Vom Reichstage.**

Die Geschäftsordnungskommission trat am Donnerstag vor-mittag zusammen. Zunächst wurde darüber verhandelt, wie weit die Unterstützung von Anträgen auf namentliche Abstimmung die Anwesenheit der Unterzeichner voraussetzt. Es wurde beschlossen, daß bei leblich formellen Anträgen, wie Schluß der Debatte, namentliche Abstimmung etc. stets die Anwesenheit der Antragsteller erforderlich sein soll. Bei sachlichen Anträgen, Amendements etc. soll aber nicht die persönliche Anwesenheit der Antragsteller erforderlich sein. Zweitens wurde über die Anregung des Abgeordneten Richter entschieden, künftig die Generaldiskussion bei den dritten Beratungen an das Ende, statt an den Anfang zu legen. Man entschied sich dahin, daß auch in Zukunft die Generaldebatte die dritte Lesung eröffnen soll, jedoch kann nach Schluß der dritten Beratung nochmals eine Generaldebatte stattfinden, wenn eine solche von mindestens 15 anwesenden Mitgliedern beantragt wird. Schließlich wurde auf Wunsch des Abgeordneten Radwanst (Centrum) die Genehmigung zu der strafrechtlichen Verfolgung desselben erteilt, die vom Staatsanwalt in Pleß nachgesucht worden ist.

Die Wahlprüfungskommission hat die Wahl des freikonfessionellen Abgeordneten Holz-Schweh für ungültig erklärt. Bekanntlich hatte der Landrat bei dieser Wahl die Listen der vorigen Wahl benutzen lassen, weswegen nach der Praxis des Reichstages die Wahl als ungültig behandelt werden mußte.

# Billige Radmäntel      Billige Jacketts

➔ **Bedeutend unter Preis** ➔
(kein Ramsch)

aus einfarbigen und Fantasie-Stoffen, sowie auch in wattiert:      aus sehr soliden Stoffen und in bekannt vorzüglichem Schnitt

<b>Anstatt:</b>	<b>Jetzt:</b>	<b>Anstatt:</b>	<b>Jetzt:</b>
15 bis 75 Mk.	10 bis 58 Mk.	9 bis 20 Mk.	13 bis 27 Mk.

**Leipzig, Petersstr. 36.      Sperling & Wendt.**

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 4. Dezember.

Zum Hafnarbeiterstreik!

An die Maurer Leipzigs! Berufscollegen! Nachdem von den Hamburger Rhedern jeder Ausgleich mit den streikenden Arbeitern abgelehnt worden ist, glauben wir in Eurem Einverständnis zu handeln, wenn wir den Streikenden 1000 Mk. übersenden.

Die Agitationskommission der Maurer Leipzigs.

Aus dem Hafnarbeiterausstand an der Waterkant ist durch die Ablehnung des Schiedsgerichts seitens der Arbeitgeber ein Generastreik entstanden. Die Erbitterung, aber auch die Standhaftigkeit der Streikenden wächst von Tag zu Tag. Zu einem derartig ausgebreiteten Ausstande müssen die Arbeiter aller Orten Stellung nehmen und ihre Solidarität nach jeder Weise hin bekunden.

Wir ersuchen nochmals für zahlreichsten Besuch der Versammlung zu wirken.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in der zweiten Klasse flegte die Liste des Vereinigten Bürgerwahlkomitees (Hausbesitzer). Von 4231 Wählern gingen 2794, das ist 66 Prozent (gegen 65 1/2 im Vorjahre), an die Wahlurne. Die Hausbesitzerliste erhielt durchschnittlich 1550 Stimmen, die Liste des Unabhängigen Komitees 1250.

Das Unabhängige Wahlkomitee hat sich in Permanenz erklärt und beabsichtigt eine fortgesetzte Agitation gegen den Hausbesitzerring zu entfalten.

Die öffentliche Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins am 3. d. d. Leipzig, die für gestern abend einberufen war und sich mit dem Hafnarbeiterstreik beschäftigen sollte, konnte wegen zu schwachen Besuchs nicht stattfinden.

Ein etwas spätes Zugeständnis machen die Leipziger Neuesten Nachrichten, daß das Massenwahlrecht eine Verewaltung der großen Masse der Wähler ist.

Es giebt in der That keine bessere Parodie auf die in einzelnen Bundesstaaten noch bestehende Einrichtung, daß die Vererbung zur geschlechtlichen Thätigkeit nicht von der Einnahme des Besitzes abhängt gemacht wird.

Die selben Neuesten Nachrichten haben die Umänderung des Stadtverordnetenwahlrechtes, das 5000 Wählern des Gebiets die Macht im Stadtverordnetenkollegium sichert und 22000 Bürger fast machtlos macht, sowie die Umänderung des sächsischen Landtagswahlrechtes, durch das der breiten Volksmasse überhaupt der Einfluß auf den Landtag genommen ist, nicht nur mit Jubel begrüßt, sondern auf das lebhafteste unterstützt.

Vom Reichsgericht. Reichsgerichtsrat Wittmann, der sein Entlassungsgesuch eingereicht hat, ist Hofmeister von Geburt. Im Jahre 1865, 32 Jahre alt, wurde er schon zum Mitgliede des höchsten Gerichtshofes für das Herzogtum Schleswig-Holstein ernannt, 1867 aber bei der Reorganisation der Justizverwaltung in den neuen preussischen Provinzen als Rat an das Appellationsgericht zu Kiel versetzt.

Universitätsnachrichten. Das Personalverzeichnis der hiesigen Universität für das Wintersemester 1896/97 ist soeben erschienen. Die Frequenz der Studierenden an der Universität beträgt in diesem Semester 3126, abgesehen von 150 Hötern, und zwar 1603 Sachsen und 1523 Nichtsachsen.

Anstaltung von Kanarien, Zier- und Singvögeln, Aquarien, Terrarien etc. Sonnabend den 5. Dezember wird in Waltersberg diese eigenartige Ausstellung eröffnet. Sie entspricht eine der reichhaltigsten zu werden; die in Leipzig veranstaltet wurden.

Wahrgeln gegen die Weiterverbreitung der Maul- und Klauenseuche. Das Ministerium erläßt eine Bekanntmachung, nach der die in der Verordnung vom 27. November d. J. zunächst für die Bezirke der Kreishauptmannschaft Leipzig und der Amtshauptmannschaft Lobau und Plauen angeordneten Maßregeln hierdurch auf den ganzen Bezirk der Kreisauptmannschaft Zwickau und außerdem auf den Bezirk der Amtshauptmannschaft Bittau ausgedehnt.

Gegen die Zwangsorganisation. Der Bund Deutscher Gastwirte, der bekanntlich seinen Sitz in Leipzig hat, beschloß, sich der Petition des Deutschen Gastwirtsverbandes, betreffend die Verwerfung einer etwa geplanten bzw. angestrebten Einbeziehung des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes in die Zwangsorganisation des Handwerks, anzuschließen.

Welchen Ersatz die Post für beschädigte oder abhanden gekommene Pakete leistet, dürfte jezt, beim Herannahen des Weihnachtverkehrs, für alle Abnehmer von Postpaketen von besonderer Wichtigkeit sein. Die Postverwaltung ersezt bei gewöhnlichen Paketen im Falle der Beschädigung, des Verlustes oder eines durch verzögerte Beförderung bzw. Verstellung entstandenen Schadens den wirklich erlittenen, höchstens jedoch für 1/2 kg 3 Mk., und zwar, wenn durch die verzögerte Beförderung oder Bestellung der Inhalt verdorben ist, oder seinen Wert ganz oder teilweise verloren hat.

Die Leipziger elektrische Straßenbahn hat im Monat November 639096 zahlende Personen befördert und 60850 Mk. vereinnahmt. Die Frequenzziffer von zahlenden Personen stellt sich mithin ultimo November auf 4577703 und die Gesamt-einnahme auf 457399.60 Mk.

Bei der Großen Leipziger Straßenbahn sind gestern durch öfteres Verfallen des elektrischen Stromes kürzere Betriebsstörungen eingetreten, die verschiedentlich sehr unliebsame Verzögerungen der einzelnen Wagen zur Folge hatten.

Ist der Wasserstrahl einer Feuerspritze, wenn er mit der Leitung elektrischer Starkstroms (Nacht- oder Kraftleitung) in Berührung kommt, für den Schlauchführer gefährlich? Der jetzige Zeitpunkt, wo die elektrischen Starkstromleitungen die Straßen wie ein Spinnennetz überziehen, legt nahe, daß man sich mit obiger Frage beschäftigt. In Deuben hat am Sonntag vormittag eine dahin zielende Probe stattgefunden.

Verunglückt ist gestern nacht auf der Laternenwärterwache in der VII. Bezirksschule der Laternenwärter Georg Sälze. Er, der 1892 in der Querstraße von einem Radfahrer über den Haufen geschrien wurde und seitdem Unfallrenter bezieht, wurde in der Nacht an der Treppe, die zu der im Keller der Schule liegenden Wache führt, hilflos vorgefunden und schließlich durch den Aufseher nach seiner Wohnung geschafft.

Neuerfahren. Gestern vormittag wurde in der Corneliusstraße in Reudnitz eine 70 Jahre alte, in der Feldstraße wohnhafte Witwe von einem Geschirr überfahren und erlitt so schwere innere Verletzungen, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Verurteilt. Der hiesige Militärverein beschäftigte sich in seiner letzten Versammlung mit der Anordnung des Bundesvorstandes, daß solche Mitglieder, die auch einem Konsumverein angehören und sich bis Ende des Jahres nicht von der Mitgliedschaft des Konsumvereins haben freizeichnen lassen, aus dem Militärverein ausgeschlossen sind.

Tausch. Herr Löpfermeister Albert Beckert ersucht uns mitzuteilen, daß er nicht mit dem in der Nummer vom 26. November enthaltenen Gerichtsbericht erwähnten Töpfer Hermann Julius Beckert identisch sei, der zuletzt in Froburg wohnhaft war.

Gerichtssaal.

Schwurgericht.

Leipzig, 3. Dezember.

Des versuchten Verbrechens der Nothzucht an der Witwe H. begangen zu haben, wurde der 22 Jahre alte Zimmermann Karl Martin Friedrich Brauer aus Bannsdorf für schuldig befunden und unter Zubilligung mildernder Umstände zu neun Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust verurteilt.

Soziale Rundschau.

Sozialpolitisches aus der Pfalz. In Neustadt a. S. fand eine von über 100 Vertretern der pfälzischen Ortskrankenkassen besuchte Versammlung statt, in der die Errichtung einer Augenheilstalt beschlossen wurde.

In Dagersheim hat die Gemeindebehörde, dem Drängen der Arbeiter nachgebend, die Errichtung eines Gewerbegerichts beschlossen.

Alber, 3. Dezember. Der Streit in der Metallwarenfabrik von Thiel u. Söhne dauert unverändert fort.

Speisung der Schulkinder. Unser schweizerischer Korrespondent schreibt uns: In mehreren Orten des Kantons Solothurn — Grenchen, Solothurn, Olten etc. — werden auf Gemeindelosten unbemittelte Schüler während der Winterzeit mit Milch und der sogenannten Schülerruppe gespeist.

vi. Amsterdam, 2. Dezember. Der Ausbruch eines großen Diamantarbeiterstreiks scheint unmittelbar bevorzustehen. Wegen Boykottierung eines sogenannten Eigenwerk-machers, d. i. eines der kleinen Prinzipale, die auch selbst ihre Waare in den Handel bringen, sind Differenzen zwischen dem Verein der Eigenwerk-macher und dem niederländischen Diamantarbeiter-bunde ausgebrochen.

Eine von mehr als 7000 Arbeitern besuchte Versammlung beschloß, den Maßnahmen der Unternehmer mit Mißhe entgegen-zutreten. Wahrscheinlich wird es deshalb in der Amsterdamer Diamantindustrie, die 11000 Arbeiter beschäftigt, Donnerstag zu einem großen Ausstande kommen.

London, 3. Dezember. (Wolffs T.-B.) In Süd-Wales und Nordwales wird wahrscheinlich eine ausgebreitete Vereinigung der Kohleninteressenten zu Stande kommen, die die Preise auf eine lohnende Höhe bringen und einen unbilligen Wettbewerb verhindern soll.

Aus der Partei.

Die Genossen Grillenberger und Wolfenbühne sind von der sozialdemokratischen Fraktion als Redner für die Debatten über die Unfallversicherungsgesetz-Novelle bestimmt worden.

Fälle a. S., 3. Dezember. Genosse Behmann wurde zu 6 Wochen Haft wegen groben Unfugs verurteilt, den er begangen haben sollte dadurch, daß er als Verleger eine Boykottliste unterzeichnet hat.

Weiter wurde zu 12 Wochen Haft Genosse Brandt verurteilt; 6 Wochen erhielt er für Boykottnotizen gegen die Böllberger Mißhe und die anderen 6 Wochen für die Boykottaufrufe gegen einige Brauereien.

Die Revision des Genossen Gebr vom Volksblatt für Anhalt, die sich gegen eine Verurteilung zu zwei Wochen Gefängnis wegen Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewaltthatigkeiten richtete, wurde vom Reichsgericht verworfen.

Dresden, 3. Dezember. Wegen Beleidigung eines Hauptmanns a. D. im Kreise Waldenburg wurde heute Donnerstag Genosse Gerhardt, Redakteur der Volkswacht, von der ersten Strafkammer des Breslauer Landgerichts zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt.

Stuttgart, 3. Dezember. Bei den Bürgerauswahlwahlen ist unsere Partei unterlegen.

München, 2. Dezember. Bei der heutigen Gemeindevwahl erhielten in sämtlichen 20 Wahlbezirken die Sozialdemokraten 3440, Ultramontanen 6594, Liberalen 5252, Demokraten 474, Antifemiten 133 Stimmen.

Von Nah und Fern.

Ein kriegsgerichtliches Urteil.

Berlin, 3. Dezember. Das kriegsgerichtliche Urteil, das wegen des großen Schlägerei zwischen Gardebataillonen und Gardebataillonen in der Halenscheide gegen zwei Beteiligte schon vor längerer Zeit gefällt wurde, ist bestätigt und jetzt bekannt gegeben worden.

Ein Messerheld. Wie die Kölnische Volkszeitung meldet, verlegte ein Schiffer aus Mülheim drei Bahnbeamte des hiesigen Centralbahnhofes durch Dolchschläge, darunter einen schwer. Auf der Flucht von Soldaten verfolgt, sprang der Thäter aus einem Bahnhofsfenster auf die Straße, wo er liegen blieb. Er wurde nebst zwei der verletzten Beamten nach dem Krankenhaus gebracht.

Ein feiner Erzähler in Uniform. Grandenz, 3. Dezember. Der desertierte Premierlieutenant Trautvetter vom 141. Infanterie-Regiment, der jetzt vom Kriegsgericht der 35. Division in Grandenz zu 1000 Mark Geldstrafe wegen Fahnenflucht verurteilt wurde, war bis zu seiner Flucht als Erzähler beim Kadettencorps zu Potsdam abkommandiert. Sein Verschwinden erregte seiner Zeit großes Aufsehen, da er ein sehr beliebter Offizier war. Das geflüstert verbreitete Gerücht, Trautvetter sei wegen Schulden verschwunden, fand deshalb auch keinen Glauben. Aus zuverlässiger Quelle wird mitgeteilt, daß der Grund zu der Flucht Trautvetters ein anderer war. Er hatte alle Ursache, sich schleunigst zu entfernen, denn es wurde ihm zur Last gelegt, sich an den ihm zur Erziehung anvertrauten Kadetten unflüchtig vergangen zu haben. Gleich nach seiner Flucht wurde er übrigens als Offizier mit schlechtem Abschied entlassen.

Vermischtes.

Albert N. In Wien ist dieser Tage der trefflichste Kunsthistoriker N. N. gestorben.

Verscheiden! In der Christlichen Welt schreibt ein Herr Vakenberg über den Erfurter Delegiertentag der Raumannianer und feiert: „Die Versammlung war von etwa 120 Delegierten und zahlreichen Zuhörern, fremden und einheimischen, Männern und Frauen, Arbeitern und Hochgestellten, selbst höheren Offizieren mit ihren Damen, besucht. Sogar der bewachene Polizeikommissar schenkte allmählich die Amtsmiene zu vergessen und lauschte mit gespanntem und aufsehendem wohlwollendem Interesse.“ Nun kann's den National-Sozialen ja nicht fehlen.

Telegraphische Depeschen.

Volks telegraphisches Korrespondenz-Bureau.

Berlin, 4. Dezember. (Prozeß Deckert und Gnossen.) Der Oberstaatsanwalt teilt mit, er habe gegen von Vitzow Untersuchung wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrug eingeleitet.

Der gestern von dem Kriminalkommissar von Tausch als möglicher Hintermann genannte Reus bekundet, daß er weder den Angeklagten kenne, noch Beziehungen zu dem Auswärtigen Amte habe. Er kenne auch von Tausch nicht und unterhalte keinerlei Beziehungen zu der Polizei. Er habe mit dem Artikel der Welt am Montag nichts zu thun.

Mühlhausen i. G., 4. Dezember. Seit heute früh steht ein Teil der Gebäude der hiesigen Baumwollenspinnerei vorn. Mäßig frohes in Klammern. Die Entstehungsbursche des Brandes, der ausgebrochen war, ehe die Arbeiter die Fabrik betreten hatten, ist unbekannt. Die Feuerwehr beschränkt ihre Thätigkeit auf die Sicherung der anstehenden Gebäude und Straßen. Der bis jetzt entstandene Schaden wird auf über 300000 Mk. geschätzt.

London, 4. Dezember. Nach einer Meldung der Times aus Capstadt hat der neue britische Agent in Pretoria, Conyngham Greene, es abgesehen, eine von 115 britischen Einwohnern der Stadt unterzeichnete Adresse, in der die Aufrechterhaltung der Oberhoheit Englands betont wurde, anzunehmen. Der Agent begründet sein Verhalten damit, daß diese Worte die Regierung der Südafrikanischen Republik beleidigen würden.

Zufolge einer Meldung des Daily Chronicle aus New York sind Mc. Kinley und die Führer der republikanischen Partei völlig darüber einig, eine außerordentliche Tagung des Kongresses am 4. März 1897 einzuberufen, um ein neues Schutzsystem festzusetzen. Mac Kinley und seine Freunde

mißbilligten die Versuche, ein überstärktes Zollgesetz während der Tagung dieses Winters durchzuführen. Ein bemerkenswertes Anzeichen der Neubelebung der Industrie seit der Präsidentenwahl bilden namentlich die bedeutenden Verkäufe von Rohseisen nach dem Auslande.

Quittung.

Table with 2 columns: Item description and Amount. Includes 'Im Monat November gingen beim Gewerkschaftskartell folgende Beiträge ein:' and lists various contributions like 'Notenrecher (vom 20. Oktober) 50.-', 'Steinmeyer 10.-', etc.

Im Monat November 1896 wurden dem unterzeichneten Komitee folgende Summen übergeben: Von den Parteigenossen des Süd-Ostbezirks 340.-, Von den Parteigenossen von M.-Leipzig 200.-, etc.

Unterzeichnetem wurden zur Stadtverordnetenwahl folgende Summen übergeben: Die für uns aus der Konkursmasse des Leipziger Konsumvereins überwiesene Entschädigung von H. Claus, Wilhelm Spiel 16.48, 11 Bismarckarbeiter aus dem Westen 8.-, etc.

Versammlungskalender.

Freitag: Mültern. Öffentliche Volksversammlung. Samstag: Mültern. Öffentliche Volksversammlung. Sonntag: Mültern. Öffentliche Volksversammlung.

Bericht über den Schlachtviehmarkt

auf dem städtischen Viehhoft zu Leipzig am 3. Dezember 1896.

Table with columns: Summ Verkaufte stunden, Erzielte Preise per 50 kg in Mark für, Gewicht, and other market statistics.

Der Geschäftsgang war sehr langsam. Anmerkung: \* Marktsteuer bis 42 Mark. Das Schlachtgewicht bei Rindern wird mit Kalbieren berechnet. Die Schweine werden gehandelt mit 20 kg Tara. Wochenauftrieb: 510 Rinder, davon: 168 Ochsen, 19 Kalben, 204 Kühe, 124 Küken, 771 Hühner, 932 Schafe, 2892 Schweine, davon: 2892 Landschweine, - Bantonen; zusammen: 5105 Tiere.

Theatervorstellungen.

Neues Theater. Freitag den 4. Dezbr.: 329. Abonn.-Vorstellung (1. Serie, grün): Aufstuf. Lyrisches Drama in 4 Aufzügen von Felix Falgarl. Musik von Franz Lehár. Regie: Oberregisseur Goldberg. - Direktion: Kapellmeister Bangner.

Altes Theater.

Freitag den 4. Dezember: Komtesse Sueder. Lustspiel in 3 Akten von F. v. Schönthan und Franz Koppel-Eisfeld. Regie: Regisseur Hänseler.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalt.

Sonnabend: Speiseanstalt I (Johannplatz): Grüne Erbsen mit Rindfleisch. Speiseanstalt II (Rosenthalgasse): Kartoffelmus mit fetter Butter.

Filialen der Leipziger Volkszeitung.

- List of branches: Leipzig: Frau M. Deier, Alsterstraße 12, p. Herr R. Röber, Marktstraße 12, p. Herr R. Röber, Marktstraße 4 (Restaurant). etc.

Inserate für die Freitag- und Sonnabends-Nummer müssen bis Donnerstag, bezw. Freitag abends aufgegeben sein, andernfalls können wir - bei dem Inseratenandrang - für Aufnahme nicht garantieren.

Beim Wählen

des Plazes für eine Meltrade im Osten hat der Rat der Stadt Leipzig wenig Talent bewiesen, denn einen ungünstigeren Platz dazu gab es wohl nicht. Man kann dort - Ecke Eisenbahn- und Kirchstraße - Szenen beobachten, welche nicht dazu dienen, die Stillschickung zu heben.

Konkursmassen-Verkauf Leipzig-Neustadt 13 Eisenbahnstraße 13. Blaue Arbeiter-Normal-Anzüge kosten jetzt so lange der Vorrat reicht 2.75 Mk.

Elsäss. Holzschuh. Bester Schuh gegen Nässe und Kälte empfiehlt billigst G. H. Linde, Seltenmeister, Peterssteinweg 13. [10292]

Sofas 15-10, Schrank 12 Mk. Burgstr. 9, I. 3 geb. Sofa, bunt, 1 neue Ottomane, 38 Mk., zu verk. Plagwitz, Braustraße 1, II. r. Ein klein. Schrank, für Gewerkschaft passend, wird zu kaufen gesucht. etc.

Theodor Doberentz. Wir gratulieren unserem Kollegen zu seinem 25 jährigen Arbeitsjubiläum und wünschen, daß es ihm vergönnt sein möge, noch lange Jahre mit uns verbunden zu können. [10289] Die Arbeiter der Indingerschen Schuhfabrik. Soeben in Gutritsch angekommen: Der kleine Obmann d. I. K. Sängerkreis. R. K. u. Fr. [1027]

**Generalversammlung der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend.**

Der Vorsitzende eröffnete die von 181 Arbeitnehmern und 51 Arbeitgebern besuchte Generalversammlung, die am 30. November abends 8 Uhr im Saale der Flora stattfand, besetzt zu seiner Unterstützung aus der Versammlung als Beisitzer ein Kassenmitglied Herrn Michel und einen Arbeitgeber Herrn Wiltner und gab bekannt, daß im ganzen eingeladen worden seien 281 Arbeitnehmer und 109 Arbeitgeber, außerdem der Vertrauensarzt Herr Dr. Otte und Herr Stenograph Behl.

Hierauf berichtete der Vorsitzende weiter, daß im laufenden Jahre 48 Sitzungen des Vorstandes und der verschiedenen Ausschüsse stattgefunden haben, daß der Mitgliederstand am 15. Nov. 1896: 89227, am 15. November 1895: 98480 und am 15. Nov. 1894: 109518 betragen habe, so daß seit 2 Jahren eine Zunahme von 20000 Personen zu verzeichnen sei, und daß der Krankenbestand sich vor einigen Tagen auf 2067 = 1,89 Prozent gegen 1904 = 1,96 Prozent im Jahre 1895 gestellt habe. Er erwähnte ferner die vom 1. Juli d. J. ab eingetretene Erhöhung der Kassenleistung von 20 auf 24 Wochen, die in der Zeit vom 1. Juli bis 1. Nov. d. J. insgesamt 119 Mitglieder zu teil geworden sei und einen Mehraufwand von 8971,25 Mk. an Krankengeld, Verpflegungskosten im Krankenhause und an Familienunterstützung verursacht habe. Ueber die Ergebnisse der Verwaltung des der Kasse gehörenden Grundstückes, früher Spanners Hof, konnte Günstiges berichtet werden. In Verkehrsbüro machen sich einige Verbesserungen der Büroräume notwendig, die 1898 vorgenommen werden würden, da zu dieser Zeit der Vertrag mit einem Abmieter abläufe. Der Neubau des Grundstückes Querstraße 20 sei fertiggestellt und inzwischen mit Anbahnung des Partierreguliers vermerkt. Der Vorsitzende berichtete ferner, daß im laufenden Jahre Verbandstage der sächsischen Ortskrankenkassen und des Centralverbandes der deutschen Ortskrankenkassen stattgefunden haben und sprach der Vereinigung zur Fürsorge für kranke Arbeiter den Dank der Kasse für ihre Mitarbeit bei der Aufbarmachung des § 12 des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes aus, gleichzeitig auf eine vor kurzem erschienene wichtige Bekanntmachung der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt für das Königreich Sachsen hinweisend, wonach Versicherte, die wegen Lungenkrankheit oder anderer Leiden zur Anwendung der Invalidität der Behandlung in einer Heilanstalt bedürfen, der Gebrauch einer Kur in einer solchen auf Kosten der Versicherungsanstalt bewilligt werden könnte und zwar in den Fällen, in denen eine vollständige Heilung oder doch eine wesentliche Besserung zu erwarten stehe.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung übergehend, wählte die Versammlung in den Ausschuss zur Prüfung der Rechnung des

laufenden Jahres folgende Herren mit Reclamation die Arbeitgeber: Herrn David Magnus, als Stellvertreter Herrn Direktor Brück, die Arbeitnehmer die Herren Adolf Hättig und Hermann Kabe, als Stellvertreter die Herren Capps und Ehrlich.

Sodann erwidert man den 2. Punkt: Die Wahl eines Vorstandsmittgliedes an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Jacobson. Der Vorsitzende berief als Wahlleiter die Herren Biel, Hafertorn und Bräun; die Versammlung wählte mit Reclamation als Beisitzer der Wahlleiter die Herren Galisch, Thiele, Schneider, Bertram, Lehner und Glanzmann. Nach beendeter Auszählung verkündete der Herr Vorsitzende, daß Herr Arthur Heyne als Vertreter der Arbeitnehmer mit 148 Stimmen gewählt worden sei. Herr Heyne erklärte, daß er die Wahl annehme.

Zum 3. Punkt berichtet für den Finanzausschuss Herr Wiltner. Er stellte mit, daß im laufenden Jahre zweimal eine Revision der Hauptkasse und einmal eine solche des Markenbestandes stattgefunden habe und legte die darüber aufgenommenen Protokolle vor, aus denen hervorgehe, daß nur unwesentliche Ausstellungen zu machen gewesen seien, desgleichen legte er die Ergebnisse der Prüfungsbilanz der vereinigten Sachverständigen vor. Die Gesamteinnahme bestrich er für das Geschäftsjahr 1896 vorläufig auf 2800000 Mark, die Gesamtausgabe auf 2550000 Mark, den voraussichtlichen Ueberschuß auf 250000 bis 260000 Mark, so daß die gesetzlich vorgeschriebene Rücklage zum Reservefonds von 10 Prozent gedeckt sein werde.

Für den Verfassungsausschuss berichtete Herr Hafertorn folgendes: Der Ausschuss habe 7 Sitzungen abgehalten und u. a. 48 Gesuche der Arbeitgeber um Erlaß von Forderungen der Kasse erledigt, 3 durch volle, 22 durch teilweise Bewilligung, 17 durch Abweisung. Herr Hafertorn richtete an die Arbeitgeber die bringende Bitte, wenn sie von der Kasse wegen unterlassener Anmeldung Haftbar gemacht würden, nicht mehr die Verantwortung auf ihre Angestellten zu übertragen, da der Vorstand außer Stande sei, diese auf solche Gesuche eingehen zu können, da nach dem Gesetz nicht der Angestellte, sondern nur der Arbeitgeber der Kasse gegenüber verantwortlich sei. Auch erwähnte er, daß verschiedene Arbeitgeber wegen Nichtabführung der Arbeiterbeiträge der Staatsanwaltschaft angezeigt worden wären und berichtete über einige Verleumdungsfälle.

Die bei der Versammlung der freien Vereinigung der sächsischen Ortskrankenkassen und bei der Hauptversammlung des Centralverbandes der deutschen Ortskrankenkassen gestellten Anträge und die darauf gefaßten Beschlüsse machte der Berichterstatter zum Gegenstand einer eingehenden Darstellung und bemerkte dabei, daß die Ortskrankenkasse Leipzig infolge ihrer Eigenschaft als geschäftsführende Kasse verpflichtet sei, diese Beschlüsse zur Ausführung zu bringen. Ferner weist der Herr Berichterstatter darauf hin, daß in einem von der Ortskrankenkasse geführten Prozesse rechtskräftig

festgestellt worden sei, daß Streitigkeiten nach § 58 des Krankenversicherungs-Gesetzes zwischen den zu versichernden Personen oder ihren Arbeitgebern einerseits und der Ortskrankenkasse andererseits über die Verpflichtung zur Leistung von Beiträgen nach einer neuerlichen Entscheidung des Oberlandesgerichts nicht im ordentlichen Rechtswege, sondern im Verwaltungsstreitverfahren weiter zu verfolgen seien. Auch in der Frage der Aufbarmachung des § 12 des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes sei durch das Entgegenkommen der Versicherungsanstalt für das Königreich Sachsen viel erreicht worden, insbesondere habe diese die Lungenheilanstalt Albertsberg bei Reibolsgrün durch einen Beitrag gefördert und sie zu erhoffen, daß die Anstalt im nächsten Jahre eröffnet werden könne.

Herr Ramm sprach den Wunsch aus, daß der Vorstand in der Frage der Haftbarmachung der Arbeitgeber feste Grundsätze beobachten möchte und besprach noch die freie Vereinigung sächsischer Ortskrankenkassen und den Centralverband von Ortskrankenkassen im deutschen Reich.

Herr Ernst empfahl dem Vorstande, strenge Maßnahmen zu treffen gegen solche Arbeitgeber, die der Meldepflicht nur ungenügend nachkommen.

Herr Hafertorn erläuterte gegenüber Herrn Ramm das Verhalten des Vorstandes, ebenso Herr Grimm.

Herr Lehner befrucht die Berechtigung der Abertennung des Mandates gegenüber zweier Arbeitnehmervertreter.

Nachdem Herr Ramm nochmals zur Sache gesprochen und Herr Steinmeyr ihm erwidert hatte, sprach Herr Hafertorn über den einen von Herrn Lehner erwähnten Fall Stühr, bei welchem der Vorstand lediglich nach den Statuten gehandelt habe.

Den Bericht des Sanitätsausschusses trug Herr Steinmeyr vor. Er erwähnte, daß die dem Sanitätsausschuss unterstehenden Angelegenheiten dem Vorstande am meisten Arbeit verursachen, daß aber die Thätigkeit dieses Ausschusses eine befriedigende sei und berührte die Thätigkeit des Vertrauensarztes Herrn Dr. Otte, mit dem die Kasse fürzlich einen Vertrag auf weitere drei Jahre abgeschlossen habe. Von den Kassenärzten seien 2 verstorben, 10 verzoogen, 2 haben gekündigt und 2 Ärzten sei gekündigt worden; für den demnächst ausscheidenden Dr. Pabst werde als Ersatz ein anderer Arzt zugelassen werden.

Die von der Kasse benutzte Heilmühle am Giesberg sei nach dem Brandschaden des vorigen Jahres erweitert worden, so daß jetzt bis zu 60 Personen dort Unterkunft finden könnten.

Die Herren Wunderlich, Schneider, Käden, Weibler und Galisch stellten verschiedene Anfragen, worauf der Herr Vorsitzende und Herr Steinmeyr antworteten.

Hierauf erklärte der Herr Vorsitzende die Tagesordnung für erledigt und die Versammlung für geschlossen.

**Konsumverein L.-Plagwitz u. Umg.**

Eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht.

Die diesjährige Dividenden-Rückzahlung findet nach den laufenden Mitgliedsnummern an folgenden Tagen statt:

Am 2. Dezember für die Nummern	1-1500
" 3. " " " " "	1501-3000
" 8. " " " " "	3001-4000
" 9. " " " " "	4001-5000
" 10. " " " " "	5001-6000
" 15. " " " " "	6001-7000
" 16. " " " " "	7001-8000
" 17. " " " " "	8001-9000
" 19. " " " " "	9001 bis Schlus.

Die Auszahlung erfolgt nur an den angegebenen Tagen gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches von 8-12 Uhr vormittags und von 2-8 Uhr nachmittags im

**Comptoir, L.-Plagwitz, Jahnstr. 69.**

Der Vorstand.

9614]

**L.-Rendnitz** **Gebr. Rockmann** **L.-Plagwitz**  
 Chausseestr. 49 **Karl Heine-Str. 30**  
 gegenüber dem **Inhaber: Gottfr. Hühne.**  
 gegenüber dem **gegenüber dem**  
 Rendnitzer Depot. **Plagwitzer Felsenkeller.**

**Special-Warenhaus für feinste Herren- u. Knaben-Garderobe.**

Infolge unseres großen Konsumes unterhalten wir in jedem einzelnen Artikel die größte Auswahl und sind wir in der Lage, treu unserem Prinzip: „Großer Umsatz bei verhältnismäßig kleinem Nutzen“, die größtmöglichen Vorteile zu bieten und zu den denkbar billigsten Preisen zu offerieren:

Winterüberzieher mit prima Wollfutter von	12 1/2 - 18	Herrn-Beinkleider, feinste Muster, Ausw. von	3 1/2 - 11
Winterüberzieher, hochmodern, engl. Façon von	20 - 33	Schlaröcke in ff. Ausführung	9 - 24
Kragen-Mäntel mit prima Wollfutter	16 - 30	Anzüge, Paletots und Kragensmäntel für Knaben und Schüler zu den billigsten Preisen.	
Hohenzollern-Mäntel dunkelblau Daffel	25 - 38	Knaben-Anzüge in hochmoderner Ausführung von	2 1/4 - 8
Herrn-Anzüge aus ff. Winterstoffen von	14 - 22	Knaben-Mäntel mit Kragen in bedeutender Ausführung von	3 1/2 - 8
Herrn-Anzüge, hochmodern, englische Façon von	24 - 35	Knaben-Tricot-Anzüge	2 1/4 - 8
Herrn-Joppen mit warmem Wollfutter von	6 1/2 - 16	Leibchenhosen für Knaben	75 Pf. an

Eingnahme nur dauerhafter, reeller Stoffe. Sauberste Ausführung und beste Zuthaten.

**Arbeiter-Garderobe für jeden Beruf zu billigsten Fabrikpreisen.**

**Anfertigung nach Maß** unter Leitung erster Kräfte bei präzisester Vorsehung zu sehr billigen Preisen.

Jeden Abend bis 10 Uhr geöffnet. — Umtausch bereitwillig gestattet.

**M. Kemski**  
**6 Nürnberger Str. 6**  
 (neben der Hirsch-Apothek).  
 Bitte genau auf Nr. 6 zu achten.  
**1 neue Uhr-Feder 75 Pf.**  
 Um jeder Konkurrenz die Spitze zu bieten, setze ich von heute ab  
**1 neue Uhr-Feder für 75 Pfg. ein.**

Für Haltbarkeit dieser Uhr-Feder 1. Güte leiste ich 3 Jahre Garantie.  
 Bei Abgabe der Uhr lasse man sich die alte (zerbrochene) Feder gleich mitgeben.

**M. Kemski**  
**6 Nürnberger Strasse 6**  
 (neben der Hirsch-Apothek).  
 Alle Leser der Leipziger Volkszeitung 10 Prozent Rabatt.

Unterstützungs-Verein aller in der Hutbranche beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands. BERLIN.

Wer die Spinnweb-Organisation im Kampfe gegen das kapitalistische Uebermaß unterstützen will, laufe mit der grünen Marke geteignet.

Wer die Spinnweb-Organisation im Kampfe gegen kapitalistischen Uebermaß unterstützen will, laufe mit der grünen Marke geteignet.

**Kauf keinen Hut ohne diese Marke.**

**Ostvorstädtisches Schuhwaren-Lager**  
**A. Karczmarozik,**  
 Burgener Str. 42 Neufellerhansen, Burgener Str. 42 empfiehl  
 Herren-Stiefel 5.50, Herren-Halbsh. 5, Herren-Haussh. 2.75, Dam.-Knopfl. 5.50, Dam.-Stiefel 4.50, Dam.-Ballsh. 2.50, Großes Lager in Hutschuh für Kinder u. Erwachsene zu billigsten Preisen. Maß- und Reparaturwerkstatt.

1885

# Thilo Hühne

3 Johannisplatz 3.

Knaben-Paletots, Mäntel und Anzüge in grösster Auswahl und allen Preislagen.

**Anfertigung elegantester Herrenbekleidung nach Mass**

unter Bürgschaft tadelloser Sitzens zu civilen Preisen.

**Bitte um gütige Beachtung meiner Schaufenster.**

empfehl in bedeutender Auswahl und vorzüglicher Verarbeitung  
 in modernsten Chivots und  
 Kammgarnen  
**Herren - Anzüge** 15-40 Mk.  
**Winterpaletots** aller Qualitäten und Ausführungen 15-43 Mk.  
**Kragenmäntel** in Loden, Cheviot etc. 18-32 Mk.  
**Hohenzollernmäntel** in grau und blau 25-38 Mk.



**Die ältesten und bedeutendsten**

**Margarine-Werke**

**Ant. Jurgens, Prinzen & Co.,**

Goch, Osch, Helmond und Antwerpen,

Liefere in ihren verschiedenen Marken einen anerkannt vorzügl. Ersatz für Naturbutter.

Man verlange Jurgens-Prinzensehe Margarine.

Überall zu haben!

[10189]

## E. A. Höbne E. A. Martins E. A. Höbne Weihnachts-Ausstellung.

Beste und oberste Wahl von  
**Christbaumbehang**  
 80 Bsp. an.  
 Marzipan  
 in Silbernen Originalen Dessins.  
 Marzipanmasse, a Bsp. 90 Bsp.  
 Konfituren etc.  
 Halle. — Braunschweig. — Nürnberg. — Thurt.  
 Bei Warch-Entnahme auf Hallischen Honigkuchen für 3 Mark  
 1.00 Mark Rabatt in gleicher Warch.  
**Leipzig — Salzgässchen 1a — Leipzig.**  
 Wiederverkäufer 2. — Warch.

Als hervorragend billig empfehle:

Kinder- Lack-Ohrschuhe <b>80</b> s. Kinder-Cordschuhe <b>50</b> s.	Kinder-Knopfschuh <b>1.00</b> M. Kinder-Knopfstiefel <b>1.30</b> M.
Damen- Lacktuchanzschuh <b>1.70</b> M. Echtwoll-Lackschuh <b>3.50</b> M.	Damen-Filzschuh <b>70</b> s. Damen-Stoppschuh <b>1.40</b> M.
Herren-Filzschuh <b>90</b> s. Herren-Halbschuh <b>4.50</b> M.	Herren-Zugstiefel <b>4.50</b> M. Herren-Schaftstiefel <b>5.50</b> M.

**Schuh-Magazin**  
26 Georg Wolff, 26.  
Reichsstrasse.

**Herm. Kriemichen**  
 Beiker Straße 53,  
 Nähe Vereinsbrauerei,  
 Nürnberger Straße 6,  
 bittet um Johannisbraten  
 empfiehlt  
**Hüte mit Kontrollmarke**  
 Mützen, Schirme u. Bilzwaren  
 in grösster Auswahl.

**Die Fleischerei und Würstfabrik**  
**Bruno Kutzscher**  
 L-Neureudnitz, Stötteritzer Straße 14  
 empfiehlt dem geehrten Publikum seine  
**ff. frischen u. geräuch. Fleisch- u. Wurstwaren**  
 zu den besten billigen Preisen.  
 NB. Neben Dienstag und Freitag von mittags an frische Wurst.

**Patente, Gebr. Musters. Marken**  
 aller Länder direkt, sachkundig u. billigst. — 17 Jahre Praxis  
 Rat und Verantwortung gratis. — Dauernde Neuheiten-Ausstellung.  
 Salzg. 2 Patent-Bureau Teubert Post 1, 1896.

**Schuhwarenausverkauf.**  
 Das Schuhwarenlager von Gertrud Haubold,  
 Johannisplatz Nr. 20, habe ich billig erworben und  
 verkaufe dasselbe zu allen annehmbaren  
**Preisen aus.**  
**Otto Niese.**

**Musikinstrumente, mechanische Musikwerke aller Art**  
 sowie verschiedene Gegenstände mit Musik, z. B. Wasserflöte, Cigarrenliste, Brotzeller etc. etc.  
 offeriert in grösster Auswahl zu den billigsten Preisen  
**J. F. F. Paul, Schützenstrasse Nr. 21**  
 Musikalien-, Instrumenten- und Saiten-Handlung.  
 Reelle Bedienung. Teilzahlungen gern gestattet.

**K. Schüllers Athmungs-Apparat**  
 verbessert und gesetzlich geschützt für  
**Asthma-**  
**Brust- und Lungenleidende**  
 wird vom 3. bis Sonnabend den 5. Dezember von früh 8 bis  
 7 Uhr abends im **Hôtel Stadt Freiberg, Brühl**, aus-  
 führlich erklärt und gezeigt. Selbst in veralteten Fällen sind  
 meist noch günstige Erfolge zu erzielen.

**Buckskin-Rester.**  
 um damit zu räumen, außerordentlich billig, verkauft  
**Heinrich Rost,**  
 Brühl 3.

**H. Tritzschler, Uhrmacher**  
 L-Thonberg, Reitzenhainer Strasse 51  
 empfiehlt zum bevorstehenden Weihnachtsfeste seine anerkannt  
 besten Fabrikate in  
**Uhren und Goldwaren**  
 aller Art, vom einfachsten bis elegantesten unter reeller,  
 billiger Bedienung und 3jähriger Garantie.  
 Reparaturen aller Art sauber und billig.

**Auf Credit!!!**  
 erhält Jedermann  
**Herren-Anzüge, Paletots, Jackets, Hosen**  
 (fertig und nach Mass in besser Ausführung u. tab. Stoffen etc.)  
**Knaben-Anzüge**  
**Damen-Jackets, Kragen, Umhänge, Mäntel**  
**Kleiderstoffe**  
 schw. Cachemire, Gardinen, Bettzeuge  
**Möbel und Betten**  
 bei wöchentlich  
**Abzahlung**  
**1 Mark** an.  
**L. Cohn**  
 Waren-Credit-Haus  
 „Am Westplatz“.  
 Eingang  
 Goldschmiedstr. 34, I.  
 Die Kautions-ist unbedenklich!  
 Die Preise sind erstaunlich billig!  
 Die Qualitäten sind bessere als  
 anderswo!  
 Die Zahlungsbedingungen sind  
 so günstig wie nirgends!  
 [7462]

**Arbeiterhemden**  
 in allen Preislagen: [0746]  
**Max Sachse, Einbeun,**  
 Gte Kaiser Wilhelm- u. Westf. Str.

**Gold-Quelle** Empfehle meinen kräftigen **Wittgenstein** und gutgeköhlte **Blere**. H. Donner.

**Friedenfels** Bestes Bayerisches Bierlokal f. alle Volksklassen. NB. Vereinszimmer für 30 bis 60 Personen.

**Restaurant Peterruh** Volkmarsdorf, Bergstrasse 24. Sonntag den 13. und Montag den 14. Dezember. Grosses gesellschaftliches Schwein-Auskegeln.

**Angel-Schellfisch** à Pfund 15 Pfg. **Grosser Schellfischfang.** Frische grüne Seringe 3 Pfd. 25 Pfg., 10 Pfd. 75 Pfg. **K. Thurm, Markthalle Nr. 192.**

**Angel-Schellfisch** à Pfund 15 Pfg. **Grosser Schellfischfang.** Frische grüne Seringe 3 Pfd. 25 Pfg., 10 Pfd. 75 Pfg. **H. E. Henschel & Co. Katharinenstrasse 23.**

**Fleischerei von Wilhelm Reinhardt** Reitzenhainer Strasse 45. empfiehlt seine fr. Fleisch- und Wurstwaren in nur bester Qualität zu nur soliden Preisen.

**Emil Ottos Bazar für Herren** Plagwitz. Hocherliche und Bekanntschafts-Strassen-Ad. Weihnachtsgeschenke praktisch und billig.

**H. Döring, L.-Kleinzschocher, Plagwitzer Str. 24** empfiehlt Hüte, Wintermägen, Pelz- und Filzwaren sowie Schirme, Regenschirme, Besen, Bürsten, etc. Hüte von 2 Mk. an. Hüte, Spezialität, 2,80 Mk. mit Kontrollmarke. Beste Bezugsquelle.

**Grösstes Sarglager des Ostens** Wurzenener Strasse 41. Nur billigste Preise. Ausführung jeder Art von Beerdigung.

**Stauen müssen Sie** über die reichhaltige Auswahl und die, wie bekannt, aussergewöhnlich billigen Preise in Spielwaren, Puppen, Porzellan, Steingut, Haus- und Küchengeräten. **F. Heinemanns Bazar** Zeitzer Strasse 2, Ecke Albertstrasse.

**Immer elegant** und billig können sich alle Herren kleiden. Pelz- u. Wollwaren, Herrenkleider, Mägen, Fracks, Hosen, Winterüberkleider, Gabeltaschen verlässt und beliebt. **H. Brandt** I. Große Meissnerstrasse 1. Spiegel u. Polsterwaren bayerg. Bettstellen mit Matr. 24 Mk., 41 Mk., 61 Mk. **B. Arnold, Schönfeld, Leipz. Str. 39.**

**Pelz-Garnituren** in Skunks, Nerz, Biber, Iltis. Seal wolf in allen einfachen Sorten, zu konkurrenzfähigen Preisen. Baretts u. Mützen empf. **K. Panzer** Kürschner, Querstr. 11, III. Werkstatt z. Anfertigung u. Umarbeitung künstlicher Pelzwaren, Muffs neu füttern. **Suppenwagen** Ranstädter Steinweg 12

**Felsen-Hemd.** Gesetzlich geschützt!

Auf natürlichem Wege unzerreissbar! Das beste Hemd für Arbeiter! Keine extra Waschvorschriften! Dauerhaft, gut und billig! Von allen Qualitäten Hemden, welche die Tricotbranche bis jetzt hervorgebracht, ist auch nicht eine dabei, welche den Anforderungen eines Arbeiters entspricht. Abgesehen davon, dass die billigen Qualitäten, die speziell für die Arbeiterklassen in den Handel gebracht werden, schon nach kurzem Tragen zerreißen, so schrumpfen solche nach der ersten Wäsche sehr stark ein, brechen durch und ist es trotz aller Waschvorschriften nicht zu vermeiden, dass solche geradezu unbrauchbar werden. Der neuen Komposition meines Felsenhemdes ist es jedoch gelungen, sämtliche vorangegebenen Fehler total auszuschliessen. — Das Felsenhemd kann gerieben, gekocht und mit jeder Seife gewaschen werden; es verfilzt nicht, flockt nicht, geht in der Wäsche nicht ein, nimmt Schweiß auf, mehr wie jedes andere Hemd, ist ausnahmsweise dauerhaft, weich, warm angenehm und billig. — Nur allein echt, wenn mit untenstehender Marke versehen.



Alleinverkauf hiervon habe ich für Leipzig und Umgegend der Firma: **Carl Häuser** Leipzig, Reichsstrasse 6; Ecke Schuhmachergässchen die zu Fabrikpreisen abzugeben vermög. übertragen. **Mechanische Tricotagen-Fabrik** David Levy, Nöbblingen. [10288]

**In reichster Auswahl** weisse und bunte **Bettwäsche** solid und billig **Grosse Inlets** Stk. 2, 2,50, 3-7 Mk. **Grosse Bezüge 6. Klassen** Stk. 2,40, 3, 3,50-6 Mk.

**Grosse Bettdecken** Stk. 1 Mk., ohne Nacht 1,50-3 Mk. **Barchent-Bettdecken** weiss und bunt Stk. 0,90, 1,25, 1,50, 1,75, 2-2,50 **Grosse Strohsäcke** Stk. 1, 1,25, 1,50 Mk.

**Barchenthemden** für Männer u. Frauen Stk. 0,90, 1,125, 1,50, 1,75, 2 Mk. für Kinder von 40 Pfg. an.

**Fertige Barchent-Frauen-Röcke u. Blusen** von 1, 1,25, 1,50, 2-4,50 Mk.

**Bettfedern** und **Daunen.**

**Erstlingswäsche** Hemdchen von 10 Pfg. an; Jackchen von 20 Pfg. an; Strümpfen von 30 Pfg. an.

Sämtliche Artikel sind auf das peinlichste sauber gearbeitet und übernehme ich für bereit Güte volle Garantie.

**A. Blum** Wäsche u. Schürzenfabrik **9 Reichsstr. 9.**

**Kleiderstoffe.** Keine Wolle von 75 Pfg. an. **Max Sachse, L.-Lindenau.**

**Medizinal-Weine** als: Malaga; Portwein, Tokayer u. s. w. sowie Rot- und Weissweine empfiehlt in sehr großer Auswahl zu billigsten Preisen [9708] **Gustav Hoffmann** R.-Anger, Zwickhauendorfer Str. 6.

**Dursthoffsche Presshefe** täglich frisch, alle anderen Backmittel empfindlich [9841] **Friedrich Claus** Bindmühlstr. 18, früh, Klosterstr. 6.

**Schweinefleisch** — 60 Pfg. **Fettes zum Ausbraten** — 60 Pfg. **Terdelat- und Salamihurst** 1,10 Mk. **Knackwürst** — 80 Pfg. **Blut- und Leberwurst** — 80 Pfg. **Speck und Schwarzfleisch** — 70 Pfg. **Ausgelassenes Fett** — 70 Pfg. **H. Wurstfeil** — 50 Pfg. **22 Markthalle Stand 22** **10 Tauchaer Strasse 10.** **Markthallenstand 40.** **Rindfl. 60-65, Schweinefl. 60-65, Hammelfl. 55-60, Kalbfleisch 55-60, Schweinefett 80, Gekochtes 70, Butter 60, Wurstfleisch.**

**Achtung!** **Markthallenstand 20.** Rindfleisch 60-65, Schweinefleisch 60-65, Schöpfsenf. 50-60, Kalbf. 50-60 Pfg. à Pfd.

**Ratskeller, Kleinzschocher.** Sonnabend von 9-8 Uhr verteilte 3 G. fr. Rinds, Kalb- u. Schweinefleisch, beste geräuch. Blut-, Knack- u. Terdelatwurst, Wurst und and. mehr. [10801] **Plagwitz, Mühlstr. 33.** **Kalb- u. Hammelfleisch** 60 Pfg., **Hammerfleisch** 60 Pfg., **fettes Schweinefleisch** zum Ausbraten, 60 Pfg., sowie sämtliche Fleisch- und Wurstwaren gut und billig.

Jeden Freitag und Sonnabend fette **Pressener Gänse**, zum Ausgebraten, Ostk. Schmidt, Lindenau, Rühner Str. 72.

**Schuhwaren-Lager** **Lindenau** Leipziger Strasse 7 **Wilhelm Welsch** Empfehle mein großes Lager aller erdentlich **Schuhwaren** in nur solider Ausführung zu billigsten Preisen. [9981] **Reparaturen** werden prompt ausgeführt.

**Auktion, Gr. Fleischergassel.** Sonnabend von 10-1 u. 3-7 Uhr verteilte **8000 Cigarren**, die, Wurstwaren, Spirituosen, Sofa, Bettstelle m. Matr., Kommode u. J. A. Reuter, Aukt. u. Tag.

**Pelzwaren.** Muffen, Baretts, Herrenmägen, Kragen, Pelzinnen und Kollern zu billigsten Preisen. Reparaturen und Umänderungen prompt und billig. **Gerberstrasse 12. Kein Laden.**

Als passendes **Weihnachtsgechenk** empfiehlt **Regen- und Sonnen-Schirme** **Spazierstöcke** höchste Neuheiten, zu billigsten Preisen **Emil Böhme** Schirmfabrik **Theaterplatz 1, gegenüber. Alten Theater, Neudnitz, Wurzenener Strasse 13.**

**Emil Kloth** Buch-, Papler- u. Schreibwaren-Blg. **Bayerische Strasse 55, Ecke der Rottkestrasse** empfiehlt angelegentlich sein Lager von **Kinderspielen, Portemonnaies, Cigarren-Etuis, Bilderrahmen, Luxuspapieren, Photographie- und Postalbum, Papierwäse etc.** **Emil Kloth, Bayer. Str. 55** Schnitt-, Wollwaren- u. Wollmantel-Handlung, empfiehlt **Hemden, Strümpfe, Kragen, Handschuhe, Armbänder, Spürzen, Herren- u. Damen-Handschuhe etc.** in schöner Auswahl

**Großes Lager** der beliebtesten Systeme von 75 Pfg. an. [10259] **Alwin Richter, n. u. Chausseest. 14.**

# Konkursmassen-Verkauf

der Louis Goldsteinschen Konkursmasse  
Eisenbahnstrasse 13 Leipzig-Neustadt Eisenbahnstrasse 13.  
Manufakturwaren, Wäsche, Triootagen, Wollwaren zu enorm billigen Preisen.

## Kanonen-Ofen

sonst alle anderen Sorten  
eif. Ofen, Ofenrohre,  
Kofte, Koflenkasten  
empfehl. billig  
**Alwin Richter**  
Eisenhandlung  
Reudnitz, Gaussestr. 11.



Brikets (Luokenauer) Ctr. 60 Pf.  
Steinkohle . . . Ctr. 90 Pf.  
Böhm. Patentkohle Ctr. 70 Pf.  
ab Lager empfiehlt  
**Albert Reimann**  
Kaufhaus Landauer Straße 19  
am Hauptb. 10189

**Achtung.**  
Neue u. getragene Herren-Garderobe,  
Kinder-Kleidung, Schuhe, Stiefeln u.  
Wäsche kauft man gut und billig bei  
**Max Junghans**. 1886  
Thalstrasse, alte Nr. 28.

**Grosse Auswahl**  
in  
**Damen- und Kinderhüten**  
garniert und ungarziert  
**Kapotten** von 90 Pfg. an  
**Kopfhawls** von 25 Pfg. an  
**Ballshawls**, sehr billig  
**Tricottailen** von 1.50 M. an  
**Blusen** für Damen von 82 Pfg. an  
**Barchenthemden**  
von 38 Pfg. an  
**Hemden**, weiß, von 58 Pfg. an  
**Barchent-Bettflchern**  
von 53 Pfg. an  
**Winterhandschuhen**  
von 25 Pfg. an  
**Kinderhandschuhen**  
von 13 Pfg. an  
**Strümpfen** von 9 Pfg. an  
**Schürzen** für Damen u. Kinder  
**Schulterkragen**  
von 65 Pfg. an  
**Muffen** (Pelz und Strimmer)  
von 40 Pfg. an

**Billigste**  
**Einkaufsquelle!**  
**Kaufhaus**  
**Albert Tropolowitz**  
**L.-Reudnitz**  
Chausseestr., Ecke Gerichtsweg.  
**Grösste Sortimerte!**  
**Billigste aber feste Preise!**  
**Reelle Bedienung!**  
**Umtausch gestattet.**

**Kindermützen**, sehr billig  
**Bursch- u. Männermützen**  
**Herren- u. Knabenhüte**  
**Korsette** in enormer Auswahl  
**Herren-Krawatten**  
von 6 Pfg. an  
**Vorhemden, Oberhemden**  
**Kragen, Manschetten**  
**Hosenträger**  
**Regenschirme**  
**Schleier, Tapiserien**  
in grösster Auswahl  
**Portemonnaies, Broschen**  
**Ketten, Nippes**  
**Glaswaren, Holzwaren**  
**Spielwaren, Löffel**  
**Messer, Bilderbücher**  
**Kleiderstoffe, Barchente**  
**Bettzeuge, Teppiche**  
**Bettvorlagen**  
**Hemden, Jacken, Hosen**  
**Jägerwäsche**  
**Besätze und Besatzstoffe**  
billiger als überall.

## Markthallenstand Nr. 25, 26, 27.

**Grösstes Geschäft in der Markthalle.**  
Prima Schinken 60 u. 65 Pf.  
" Ratschfleisch nur 50  
" Schweinefleisch 60  
" Schmalzfleisch nur 50  
" Ratsch 70  
Primas Schweinefleisch 70  
f. Thüringer Landschweinefleisch 70 Pfund 80 Pf.  
f. Thüringer Vorderschinken 70  
Wache ein grosses Publikum darauf aufmerksam, das ich zu meinen von mir  
selbst hergestellten Wurstwaren nur Fleisch verarbeite, welches der hiesigen Sanitäts-  
hof-Kontrolle unterliegt ist.

**Robert Röser, Fleischermeister.**

Verlag von **Wörlein & Comp.** in Nürnberg.

In unserem Verlage erschien (soeben und ist durch uns, sowie die **Leipziger Volks-**  
**buchhandlung**, alle Buchhandlungen und Kolportage zu beziehen:

# Karl Marx

zum Gedächtnis.

Ein Lebensabriß und Erinnerungen.  
Von **Wilhelm Liebknecht**.

Unter Beigabe von einem Porträt von Marx, der Abbildung seiner Grabstätte  
und zwei Facsimile-Wiedergaben von Briefen Marx' und Engels'.  
8 1/2 Bogen 8°. Preis 75 Pfennige.

In der vorstehend angekündigten Schrift wird Karl Marx nicht als der Gelehrte, der  
bahnbrechende Forscher auf dem Gebiete der Gesellschaftswissenschaft, sondern als Mensch geschildert.  
Und wohl keiner ist noch vorhanden, der mehr befähigt und berufen wäre, diese Aufgabe zu  
erfüllen, als **Wilhelm Liebknecht**.

Liebknecht verkehrte während der Londoner Flüchtlingszeit bis zu Anfang der 60er Jahre fast  
täglich und jahrelang fast den ganzen Tag im Marx'schen Hause.  
Den Millionen von Proletariern auf dem weiten Erdenrund, denen Marx Waffen ohne  
Zwecken zum Befreiungskampfe schmiedete, ist Marx durch die Liebknecht'sche Schrift als Mensch  
näher gerückt, die vielfach falsche Urteile und Vorstellungen von dem Menschen Marx richtig stellt.  
Der Inhalt besteht aus einer biographischen Einleitung, Erinnerungen und einem An-  
hang, in dem neben anderen das Verhältnis Lassalles zu Marx, Engels, Liebknecht u. s. w.  
dargestellt wird. Gerade dieser Abschnitt wird großes Interesse wecken.

Von den einzelnen Kapiteln nennen wir:  
"Wie ich mit Marx bekannt wurde".  
"Ereignisreiches und Confligues".  
"Marx als Lehrer".  
"Popularität".  
"Menschen, Menschen und Photogra-  
phen".  
"Genie ist Fleiss".  
"Freund und Lehrer. Urquhart".  
"Barthelemy".  
"Marx und die Kinder".  
"Patriotismus und was davon kommt".  
"Krankheit und Tod". (In diesem Kapitel  
hat in lebenswüthiger Weise Frau **Cléa-  
re Weyling**, die Tochter Karl Marx' mitge-  
arbeitet).  
"Nach meiner Londoner Zeit".

**Wörlein & Comp., Verlagsbuchhandlung.**

[10280]

## Schuhe u. Stiefel



äußerst dauerhafte Arbeit, kauft man am  
vorteilhaftesten in dem seit 34 Jahren  
anerkannt großen und vollen  
Schuhwarenlager von

## N. Herz

**Reichstraße 19.**  
Herren-Schaftstiefel, gute feste Handarbeit, Mark  
5.90, 6.50, 7.00.  
Herren-Stiefeletten, dauerhafte Handarbeit, elegante  
Façon, Mark 4.50.  
Herren-Halbschuhe, elegante und höchst solide Hand-  
arbeit mit Kappchen, Mark 4.50.  
Damen-Leder-Stiefeletten, elegant und dauerhaft,  
Mark 4.50.  
Damen-Leder-Promenadenschuhe, englische und  
russische Absätze, hochfein, Mark 3.50.  
Stieppschuhe, Filzschuhe für Herren, Damen und  
Kinder, sowie alle feineren und hochfeinen  
Schuhe und Stiefel zu noch

nie dagewesenen billigen Preisen.  
Um Irrtum zu vermeiden,  
bitte genau auf

**Firma und Hausnummer 19 zu achten.**

Gummischuhe: Damen 2 M., Kinder 1.50 M., Herren 3 M.  
Filzschuhe: Damen 1.50 M., Kinder 1 M., Herren 1.75 M.

## Van den Bergh's Holländische Margarine Excelsior

gesetzlich geschützt unter Nr. 3392.  
Fabriken in Cleve, Rotterdam, Brüssel, London  
grösste Etablissements der Branche.  
Bietet nach übereinstimmenden sachmännischen Urteilen  
Besten Ersatz für Naturbutter.  
Zu haben in allen Kolonialwaren- und Buttergeschäften. [10255]

**C. Ernst Heyne**  
11 Schützenstr. 11  
empfiehlt in reichster  
Auswahl zu allerbilligsten  
Preisen: 1000 Puppenwagen  
50, 75, 1.00, 1.50, 2, 2.50,  
3-12 M., 100 Kinderwagen von  
9 M. an, Blumentische u. 5 M. an.  
Korbstühle von 4.50 M. an.  
Lettewagen in größt. Auswahl.

**Uhren u. Goldwaren**  
in großer Auswahl empfiehlt  
billigst unter mehrjähriger Garantie  
**K. Thomas Thon**, Stützerbergstr. 16.  
Werkstatt solider Reparaturen.

## Geschäfts-Eröffnung.

Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, das ich  
**L.-Reudnitz, Carolastrasse 12**  
eine Fleischerei mit feiner Wurstfabrikation eröffnet habe.  
Mein aufrichtigstes Bestreben wird es sein, nur mit streng reeller  
Ware zu dienen.  
Einem recht regen Zuspruch steht entgegen.  
**Theodor Köpping.**

[10290]